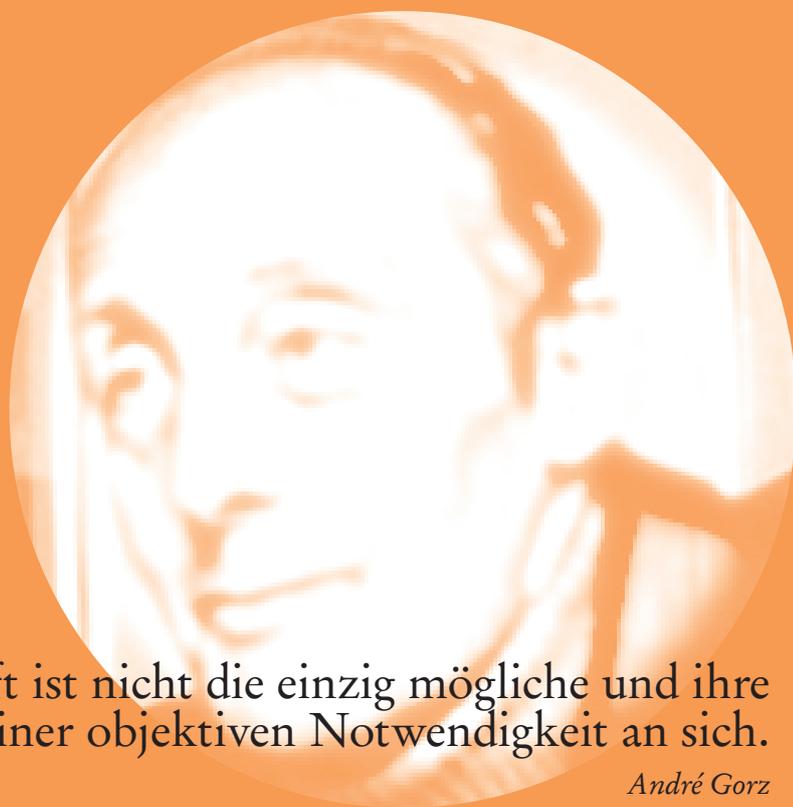


N° 87 Frühling 2023
Euro 10,-

Streifzüge



Die gegenwärtige Gesellschaft ist nicht die einzig mögliche und ihre Funktionsweise hat nichts von einer objektiven Notwendigkeit an sich.

André Gorz

INHALTSVERZEICHNIS

NIKOLAUS DIMMEL	3
Enforce Flexibility, Punish the Flexible	
HANS LEO KRÄMER	7
Nazdar Gérard!	
ANDRÉ HÄGER UND STEFAN MERETZ	10
Der Wissenskommunismus des André Gorz	
FRANZ SCHANDL	13
Euphorischer Überhang	
HERMANN ENGSTER	17
Heinrich Heine, Jude und Deutscher	
BRIGITTE KRATZWALD	24
Wo blieb der Aufschrei?	
SILJA SAMERSKI	29
Eine „verplante, technisierte Hölle“?	
LORENZ GLATZ	35
Es geht voran. In die „letzten Tage der Menschheit“?	
ANDREAS URBAN	37
Realitätsverlust und Bellizismus	
FRANZ SCHANDL	44
Eingesessen und Ausgesessen (Teil II)	
MARIA WÖFLINGSEDER	51
„... nur der Verstörte wagt zu stören“	
MARIA WÖFLINGSEDER	53
Robert Jungk – Ururenkel des Ahasver	
PETRA ZIEGLER	56
Alle schwer auf Arbeit	

Ab heuer erscheinen die *Streifzüge* nur noch mit zwei Printausgaben jährlich. Vor allem die exzessiv gestiegenen Versandkosten haben uns zu diesem Schritt veranlasst. Auch sonst gibt es ein paar Änderungen, sowohl beim Umschlag als auch beim Papier. Und insgesamt werden die einzelnen Ausgaben etwas umfanglicher. Wir hoffen, es gefällt. Ursprünglich war ja eine Nummer zu André Gorz geplant. Nun, ein kleiner Schwerpunkt zu seinem 100. Geburtstag ist es tatsächlich geworden. Mit seinem Porträt und einem Zitat schmückt er auch unser Cover.

Verabschiedet haben wir uns auch von den regelmäßigen Schwerpunkt-Ausgaben. Bei zwei Nummern pro Jahr erscheinen sie anachronistisch, wichtiger ist uns, dass wir an den relevanten Themen dranbleiben. In Kombination mit der stets aktualisierten Homepage scheint das möglich. Der kostenlose Zugang auf unsere Website bleibt uneingeschränkt aufrecht.

Nur unser Service zu nutzen, halten wir allerdings für etwas unfein. Wir verfügen jedenfalls über keine öffentliche Alimentierung. Unsere Abopreise haben wir daher nach fünf Jahren erhöhen müssen. Wir bitten nicht nur um Verständnis, sondern um Unterstützung. Wer uns will, muss uns ermöglichen. Die Zeit, die *Streifzüge* aufzumästen, war noch nie so günstig wie jetzt. Wirklich.

P.S.: Verweisen möchten wir noch auf den aktuellen Band von Lorenz Glatz: *Ratlos unzufrieden. Texte zu Kritik, Perspektive und Transformation* ist im März im Mandelbaum-Verlag erschienen. Details zu dieser Einstiegsdroge finden sich auf Seite 31.

Franz Schandl

Vorschau

Streifzüge 88 · Herbst 2023

Streifzüge 89 · Frühling 2024

Nikolaus Dimmel

Enforce Flexibility, Punish the Flexible

Über die Peitscherlbuben der Disziplinar- und Kontrollgesellschaft

Jüngst hat Göran Therborn mit großer Geste die soziale Substanz des Neoliberalismus als „Sado-Liberalismus“ charakterisiert. Dessen Kern bildet ein Mechanismus der Responsibilisierung. Darin wird den Verlierer:innen des Prozesses der atypisierten Flexibilisierung der Lohnarbeit, der Vermarktlichung und Durchkapitalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie der profitablen Privatisierung der Kernfunktionen staatlicher Daseinsvorsorge auf von außen betrachtet unempathisch, rücksichtslos oder hinterhältig wirkende Weise mitgeteilt, sie seien selbst schuld an ihrer Misere.

Typisch für den darin zum Ausdruck gelangenden Politikmodus im Spektrum der rechtspopulistischen, rechtsextremen und (klerikal-)faschistischen politischen „Rackets“ ist, soziale Probleme zu erzeugen, ihre sozialtechnologische Steuerbarkeit im Habitus der Empörung zu blockieren und auf die daraus entstehenden Blockade-Konstellationen mit durchgängig idiotisch wirkenden Rezepturen zu antworten. Selbige basieren regelhaft auf Empirie-aversen Simplifizierungen, nationalistischen, rassistischen und moralisierenden Dichotomien. Ihr Storyboard ist simpel: Es geht um die Autochthonen gegen die Fremden, die (fleißigen) Leistungswilligen gegen die (faulen) Minderleistenden in der sozialen Hängematte aus Transferleistungen, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld, um die heroischen Entrepreneure der Elite gegen die lauwarmen Handaufhalter der doch eher blöden Masse.

Derlei Narrative verdecken durchgängig, dass es das politische System selbst ist, welches Probleme erzeugt, die anschließend, allerdings nicht, ohne erst einmal profitabel medial skandalisiert worden zu sein, mit Dauerreformen erzeugenden Dauerreformen „bearbeitet“ werden. In der Tat gehen die Brü-

che der Integration und Assimilation von Immigrant:innen oder die geringen Arbeitsmarktchancen der Bildungsverlierer:innen auf politische Strukturentscheidungen ebenjener politischen „Rackets“ zurück, welche diese sozialen Probleme wortreich beklagen. In der Tat sind Einkommensarmut, kanzerogene Lebensbedingungen, extreme Ungleichheit, Wohnkostenüberlast, Fettleibigkeit oder Wohnungsnot im abgehängten Prekariat und in einem deutlich zunehmenden Segment der Einpersonen-Unternehmen und Scheinselbstständigen Ergebnis einer Politik der Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Entstaatlichung, Verwettbewerblichung oder schlicht der Lizenzierung des Kapitals, die durch Produktionsprozesse und Produkte die Körper der vulnerablen Subalternen (egal ob lohnabhängig oder selbstständig) in (Gift-) Müllhalden und disponibles „Humankapital“ verwandelt.

Man muss nicht den dünnen Begriff der Intersektionalität bemühen, um zu begreifen, dass, wie schon Pierre Bourdieu wusste, in den Feldern gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse alles mit allem zusammenhängt; auf dass man also nicht bloß ausgebeutete (Lohn-)Arbeitskraft ist, sondern in allen Lebenszusammenhängen permanent von Knappheit, Unterversorgung und Ausgrenzung bedroht. Zugleich aber mündet jede Dauerreform, und dies ist nun wirklich ein Gassenhauer der politischen Soziologie, in einer Situation der Überkomplexität, in einem selbstgestrickten Gordischen Knoten, der sich aus der Sicht der Agenten der Kapitalismusverwaltung nur noch auf repressive Weise zerschlagen lässt. Dass hierbei konzeptionell eher krudes Besteck zur Anwendung gelangt, versteht sich von selbst. Noch wähnt sich die politische Rechte nach 40 Jahren antisozialer

Gegenreformation derart sicher im Sattel ihres Liberalisierungsreformregimes, dass sie sich um konzeptionelle Inkonsistenzen ihrer Rhetorik, Programmatik und „Policies“ keinerlei Gedanken zu machen genötigt sieht. Eine der Fraktionen des „Racket“ an der politischen Macht klebt sich die Label „sozial“ und „Standortsicherung“ an und betreibt eigentlich nur antisoziale, korruptive Politik, die den beschworenen Standort massiv beschädigt; die andere Fraktion schwätzt von „evidenzbasierter Politik“, betreibt aber auf grundsätzliche Weise „non-evidence-based politics“ fortgesetzter Anlassgesetzgebung – na und? Hauptsache, es geht medial „rein“ und der Souverän hält bei Heimat-Inszenierungen, Schweinsbraten, Knödel und Bier still.

Kochers Köcher

In die Pole-Position der Polit-Schausteller:innen jener Responsibilisierungs-Strategien des Sado-Liberalismus hat sich Arbeitsminister Kocher hinaufgearbeitet. Sein jüngster Coup bestand darin, einzufordern, den flexibel und atypisch, nämlich in Teilzeit Beschäftigten Familien- und Sozialleistungen zu kürzen, um zur Verrichtung einer Vollzeit-Erwerbsarbeit „anzuregen“ (die Zeitgeist-Vokale herzu lautet „nudging“), da dem Kapital die Arbeitskräfte ausgehen. Hallo, Kurzzeitgedächtnis? War es denn nicht die ÖVP, welche jahrzehntelang der Teilzeitarbeit und Flexibilisierung der Arbeitszeiten das Wort geredet hat? Und war es nicht das ÖVP-affine Institut für Familienforschung, welches die Teilzeitarbeit als Maßnahme zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerb geadelt hat (Dörfler 2004)?

Fraglos ist der Befund des Arbeitskräftemangels triftig. Nach Pandemie, der „Great Resignation“ im Lichte der vor aller Augen ablaufenden Klimakatastrophe, der inneren Kündigungswelle angesichts prekarisierter Arbeitsbedingungen, dem Offenkundigwerden des Oxford-„Hoax“ der „47 % aller Jobs sind in 25 Jahren wegrationalisiert“-Erzählung (Frey/Osborne 2013) und der einsetzenden Pensionsübertrittswelle der „Babyboomer“ fehlt dem hiesigen „Branch“ der Megamaschine der Kapitalverwertung ausbeutbares Arbeitsvermögen. Auf der Suche nach Mehrwert stößt man indes unausweichlich auf das brachliegende „Humankapital“ – so der Hokuspokus-Slang der BWL – der überwiegend weiblichen teilzeitbeschäftigten Arbeitskräfte. Und „natürlich“ geht man an dieses Problem mit dem „Mindset“ der Peitscherlbuben der Disziplinar- und Kontrollgesellschaft heran.

Und dieses sagt uns: Diese Leute „wollen einfach nicht“ (sich Vollzeit ausbeuten lassen). Also muss man auf das Instrumentarium der Sozialdisziplinierung setzen.

Allerdings sind diese brachliegenden Arbeitsvermögen und ihr Mehrwert-Potential nicht einfach deshalb bis dato unverwertet, weil ihre Träger:innen nicht wollen, sondern weil sie auch nicht können. Denn die Einzelkapitalisten setzen schlicht voraus, dass ihnen ausbeutbares Arbeitskräfte-Material beigestellt wird. Sohin ist es Aufgabe des ideellen Gesamtkapitalisten, Bedingungen (familiäre Reproduktion, Auf- und Wiederaufbereitung der Arbeitsvermögen, Care- bzw. Sorgearbeit) bereitzustellen, auf dass die Arbeitskräfte ihre Kraft zu Markte tragen. Der aber erledigt diese Aufgabe nicht bedarfsdeckend. Das ging sich bislang deshalb aus, weil Frauen, also jene, die der Arbeitsminister adressiert, den Agenten der Kapitalismusverwaltung, aber auch relevanten Teilen des Elektorates seit jeher als flexibles Reservoir („the last to hire, the first to fire“) des Arbeitsmarktes gelten. Auch das Murren über den hohen Gender-Pay-Gap hat man mühelos ausgesessen.

In dieser Dialektik von Wollen und Können gäbe es einerseits Stoff genug, um grundsätzlich über katholisch infizierte Familienleitbilder und Anti-Abtreibungs-Kampagnen, pronatalistische Mutterverdienstkreuz-Phantasien der ÖVP-Eliten oder völkische Geburten-Dschihad-Dystopien von seiten der FPÖ zu räsonieren. Das aber ist eine andere Baustelle. Im vorliegenden Zusammenhang müsste es dazu anregen, sich mit atavistischen patriarchalen Praktiken, unzureichend ausgebauten, nicht adäquat geöffneten, unleistbaren Kinderbetreuungseinrichtungen, inexistentem öffentlichen Verkehr und daraus resultierenden hohen Pendel-Belastungen, einem Spitzenwert des Gender-Pay-Gap oder diskriminatorischen Praktiken der Unternehmen nach Rückkehr aus einer Kindererziehungs-Episode zu beschäftigen. Und es zwänge, bei Licht besehen, auch dazu, sich zu fragen, warum Lohnarbeitskräfte in einer erwerbsarbeitszentrierten Ökonomie offenkundig Besseres im Sinne haben, als einen Gutteil ihres Lebens in einer Ausbeutungsstätte entfremdeter Arbeit zu verbringen. Jedenfalls wäre es ein Ansatzpunkt, sich mit Motiven der Verrichtung von Erwerbsarbeit zu befassen, einerseits mit Marxens Erwägung der „Lohnsklaverei“, also des stummen Zwangs der Verhältnisse, andererseits mit der Arendt'schen Unterscheidung von „Arbeiten“ und „Herstellen“,

dazwischen aber auch mit der Csikszentmihályi'schen Vorstellung des „Flow“, dernach wir eine Tätigkeit suchen, bei der wir bei uns sind und in der wir uns als gesellschaftliche Wesen vergegenständlichen können.

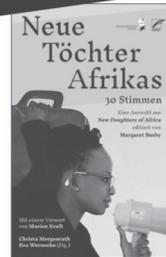
Modifizierter Taylorismus

Nichts dergleichen findet augenscheinlich in der Vorstellungswelt des Herrn Kocher statt. Hier geht es nicht um ein psychologisches Verständnis der Arbeitsmotive, ein soziologisches Verständnis der Arbeitsbedingungen oder ein der „Human Relations“-Schule entlehntes Menschenbild von sozialen Sinn suchenden Subjekten, sondern um eine modifizierte tayloristische Phantasie der Fabrik als Kasernenhof, der Arbeitskraft als „Loafer“, der faul, dumm und gefräßig dem Kapital auf der Tasche liegt, und, einmal aus dem Arbeitsleben ausgeschieden, der Allgemeinheit der Steuerzahlenden (die Klientel der ÖVP-Steuervermeidungsindustrie zählt hier ohnehin nicht dazu) zur Last fällt. Das ist nicht nur „disgusting“, sondern provoziert die Frage, wieso wir uns als Steuern zahlende Citoyen(ne)s derlei vor-empirischen Unsinn vom Sprechpult der politischen Dienstklasse zumuten lassen (müssen).

Sagt der Mensch doch tatsächlich, dass, um Vollzeitbeschäftigung attraktiver zu machen, ein treffsicherer Einsatz von Sozialleistungen und eine einkommensbezogene Sozialversicherungsbelastung zielführend wäre. Sozialrecht ist, scheint's, seine Sache nicht. Vorab: Auf Sozialleistungen bestehen noch weitgehend Rechtsansprüche. Treffsicherheit spielt im Sozialversicherungssystem keine Rolle. Wenn er das meint, soll er das auch sagen: nämlich dass sein Anliegen die Zerstörung des Kausalprinzips in der Sozialversicherung (Anknüpfen an der Ursache, also Unfall, Arbeitslosigkeit, Alter oder Krankheit) als einer bisher kollektiven, solidarischen, lohnbasierten Absicherung gegen typisierte Risiken ist. Und dass er selbiges durch das Finalprinzip (Bedarfsprüfung bei gleichzeitiger Anknüpfung an der Mitwirkung der betreffenden Person eines zu erreichenden sozial-technologischen Ziels) ersetzen will. Kurz: Soziale Sicherheit wäre dann nur noch in der Logik der Sozialhilfe denkbar, wo Klient:innen an der Erreichung behördlich vorgegebener Zielsetzungen mitwirken müssen, um Leistungen zu erhalten. Zum Kotzen.

Ohnehin aber lässt sich derlei Gerede nur wenig Konsistentes entnehmen. Vielleicht wäre ihm da-

Neuerscheinungen



30 Schwarze Autorinnen* feiern ihre ›Sisterhood‹ – beherzt und mutig

Christa Morgenrath,
Eva Wernecke (Hg.)
Neue Töchter Afrikas
30 Stimmen

256 Seiten | geb. | 22 €



»...nach wie vor ein radikales und relevantes Werk der politischen Theorie.«
New York Times

bell hooks
Ain't I a Woman
Schwarze Frauen und Feminismus
224 Seiten | 16 €



»Ein Glanzstück!«
livres Hebdo

Daisy Letourneur
Man wird nicht als Mann geboren
Kleine feministische Abhandlung über Männlichkeiten
216 Seiten | 16 €



Sachcomic: Was bedeutet soziale Klasse im 21. Jahrhundert?

Laura Harvey, Sarah Leaney, Danny Noble
Klasse
Ein illustriertes Handbuch
184 Seiten | B5 | 18 €



Wie Gentrifizierung unsere Städte zerstört und was wir dagegen tun können

Leslie Kern
Gentrifizierung lässt sich nicht aufhalten und andere Lügen
272 Seiten | 18 €



Was Sie schon immer über Diskriminierung wissen wollten ...

Yara Hofbauer
Das ist Diskriminierung!
Verstehen, was hinter dem Vorwurf steckt
136 Seiten | 14 €

Das ganze Programm online unter:
www.unrast-verlag.de

mit geholfen, erst einmal zwischen Sozialversicherungs- und bedarfsgeprüften Leistungen zu unterscheiden. Denn Versicherungsleistungen sind nach der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (und seither auch in Österreich) eigentumsförmige Ansprüche. Da ließe sich dann auch lernen, dass im Sozialversicherungssystem (Pension, Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, Versehrtenrenten) u. a. das Äquivalenzprinzip gilt, demnach den Versicherungsleistungen die vorgängigen Arbeitsverdienste zugrunde liegen. Wer also vorher Teilzeit gearbeitet und daher auch weniger verdient hat, erhält auch geringere Leistungen. Dann wäre füglich darauf hinzuweisen, dass schon jetzt einem erheblichen Teil der ins Treffen geführten Sozialleistungen Bedarfsprüfungen zugrunde liegen, welche die ominöse „Treffsicherheit“ (das sozialpolitische Mantra der Rechten) ohnehin längst zu ihrem Gegenstand gemacht haben. Irgendwie schon peinlich, dies als Minister so augenfällig nicht zu wissen.

Noch übler wird es, wenn Herr Kocher ausführt, dass in Österreich zu wenig unterschieden wird bei „Familienleistungen, ob jemand 20 oder 38 Stunden arbeitet. Wenn Menschen freiwillig weniger arbeiten, dann gibt es weniger Grund, Sozialleistungen zu zahlen.“ Und das wird angesichts von 370.000 armen Kindern ausgeführt. Fraglos sollte er wissen, dass Teilzeitarbeit (in der ohnehin 70 % des Arbeitsvolumens einer Vollzeitbeschäftigung

geleistet wird) vor allem darauf zurückgeht, dass Frauen Betreuungs- und „Care“-Pflichten (Kinder, pflegebedürftige Angehörige) übernehmen, weil in mehreren Bundesländern keine entsprechend geöffneten, leistbaren Betreuungseinrichtungen verfügbar sind, weil Arbeitgeber Lohnnebenkosten senken, indem sie keine Vollzeitbeschäftigung anbieten. Er sollte wissen, dass Frauen, die 80 % der Teilzeitbeschäftigten stellen, jetzt schon 40 % weniger Pension als Männer erhalten. Und er sollte vor allem wissen, dass der VfGH die verfassungsrechtlich zulässige/angezeigte Höhe der Familienbeihilfe eben nicht am Erwerbseinkommen von Eltern anknüpft, sondern an 50 % der durchschnittlichen Aufwendungen, die mit der Versorgung von Kindern einhergehen. Entweder er weiß es nicht, kann seinen Zynismus nicht zügeln oder lügt. Das ist wenig unterhaltsam und nicht „ministrabel“.

Treffsicher spart Herr Kocher dabei aus, was eigentlich auf der arbeits- und sozialpolitischen Tagesordnung steht, nämlich existenzsichernde Löhne in einer flexibilisierten, Family-Worklife-Balance ermöglichenden Vier-Tage-Woche (32–36 Stunden) mit vollem Lohnausgleich so durchzusetzen, dass dies von Klein- und Mittelbetrieben bewältigt werden kann, die 90 % aller Betriebe in Österreich stellen und zu 45 % auf ökonomisch dünnem Eis (kein/wenig Eigenkapital; geringe Privatentnahmen) stehen. DAS wäre die eigentliche Herausforderung.

Alfred Fresin Wie kommt der Kapitalismus an sein Ende?

Kritik an Vorstellungen zum Abgang dieser Ökonomie



Schon wieder ein Buch, das den Abgang dieser Ökonomie beschwört oder prophezeit? Nein, ganz und gar nicht: Es geht darin vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung mit Vorstellungen von Kapitalismuskritikern vom Ende des Kapitalismus und mit praktizierten Versuchen, diesen zu überwinden.

Nach einer Zusammenfassung der daraus resultierenden wichtigsten Erkenntnisse wird skizziert, wie der Kapitalismus tatsächlich an sein Ende käme.

Diejenigen die sich ernsthaft die Frage nach einer Alternative stellen, werden schließlich auch fündig.

Die „bedürfnisorientierte Versorgungswirtschaft“, die der Autor in einem anderen Buch ausführlich vorgestellt hat, wird kurz dargestellt und kritische Stellungnahmen besprochen.

Übersichtliche Gestaltung und verständliche Sprache zeichnen dieses Buch aus.

Weitere Informationen im Internet

Erschienen im Peter Lang Verlag

LITERATUR

Dörfler, S. (2004): Die Wirksamkeit von Arbeitsbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, ÖIF-WP 36/2004, Wien.

Frey, C. / Osborne, M. (2013): The Future of Employment.

Hans Leo Krämer

Nazdar Gérard!

Auf den wenigen Fotos, die ich von André Gorz kannte, sitzt oder steht er irgendwie im Hintergrund. Er tritt nicht in „Erscheinung“, im Gegensatz zu seinem zeitweiligen Mentor Jean-Paul Sartre, der wie auch Simone de Beauvoir bildbestimmend ist. Nach der Lektüre von „Der Verräter“, den ich im ersten Anlauf stellenweise kaum verstand, rückte die Person dieses Gorz für mich in eine eigenartige Unwirklichkeit. Gleichsam wie eine Romanfigur. Bis ich dann dieser „Figur“ leibhaftig begegnete. Im Sommersemester 1984 hatte ich ein Seminar zu aktuellen Klassentheorien an der Universität des Saarlandes veranstaltet. Die Theorien von Gorz, vor allem sein „Abschied vom Proletariat“ riefen leidenschaftliche Diskussionen hervor. Schließlich meinte ich ohne Häme: Da sitzt einer irgendwo auf dem Land und stellt mit seinen Behauptungen alles auf den Kopf. Den möchte ich mal kennenlernen. So erhielt ich den Auftrag, diesen „Typ“ ausfindig zu machen. Ich kontaktierte André Gorz über seinen Verlag. Überraschenderweise erhielt ich nach kurzer Zeit einen Brief von ihm. Er sei gerade umgezogen nach Vosnon in ein kleines Dorf in der Nähe von Troyes, das gar nicht mal soweit entfernt von Saarbrücken sei, und würde sich freuen, mit den jungen Menschen zu diskutieren.

Gorz hatte alles arrangiert, ein Mittagessen im damals noch existierenden Gasthof wenige Schritte von seinem Landhaus entfernt, den Zeitplan für die Diskussion einschließlich einer Erholungspause. Er begrüßte jeden einzelnen von uns auf deutsch und wünschte uns guten Appetit. Er hatte wohl nicht mit den genussfreudigen und laut diskutierenden Studierenden gerechnet. Ich merkte ihm an, dass ihm das Essen sichtlich zu lange dauerte. Gorz drängelte ein wenig. Er wollte endlich diskutieren. Es war ein heißer Sommertag. Gorz wollte nicht auf

der Terrasse seines Hauses im Freien „arbeiten“. Er führte uns in die ausgebaute Mansarde seines Hauses. Dort fand unser „Seminar“ statt. Gorz, das bemerkte ich später, brauchte den abgeschlossenen Raum, gleichsam die mönchische Zelle. Auch in den folgenden Jahren saßen Gorz und ich immer in einem mit Büchern und Zeitungen und Zeitschriften überladenen Wohnzimmer. Dorine, seine Frau, verfolgte dann unsere Gespräche von ihrem Platz auf dem breiten Sofa aus. Die Hitze unter dem Dach war während der Diskussionen angestiegen. Wir schwitzten alle. Gorz hatte kein Problem damit. Es war eine erstaunlich lebhaft in alle theoretischen Richtungen ausufernde Debatte, die Gorz selber leitete und immer wieder zurückführte auf seine Interpretation des marxistischen Ansatzes. Mich überraschte, wie geduldig Gorz selbst auf die emphatisch vorgebrachten Kritiken („Dann lesen Sie doch mal Habermas!“) einging. Nach vier Stunden intensiven Gesprächs mit einer kleinen Pause im Garten, wo viele von uns ermattet im Gras lagen, war, wenn ich das heute so sagen kann, der Einstieg in das Werk von Gorz erfolgt.

Seit damals habe ich die Gorz öfters in Vosnon besucht. Ich bin unmotorisiert, deshalb holte mich André oft mit seinem alten VW Golf am Bahnhof von Troyes ab. Miteinander sprachen wir französisch. Nur gelegentlich, vor allem wenn ein philosophisches besonders hegelianisches Thema anstand, wechselte Gorz ins Deutsche. Er glaubte sich manchmal für sein „nicht mehr so flüssiges Deutsch“ entschuldigen zu müssen. Einmal meinte ich, dass er damit etwas kokettierte. Dann schaute er, den Kopf leicht nach oben hebend auf und lächelte. Überhaupt liebte er hintergründigen Spaß. Als er mitbekommen hatte, dass Claus Leggewie und ich eine Festschrift zu seinem 65. Geburtstag

vorbereiteten, meinte er lediglich, er sei doch kein Professor. Als ich ihm die Festschrift überreichte, bedankte er sich hochofrenet, fügte jedoch verschmitzt lächelnd hinzu: „Ihr habt mich jünger gemacht.“ Er lachte herzlich und zeigte mir seinen Personalausweis. Die Mutter habe wegen des notwendigen Aufenthalts in der Schweiz sein Geburtsjahr auf 1924 verlegt.

Wir haben uns sehr schnell geduzt. In allen Gesprächen und allen Briefen war er Gérard. Seine Postanschrift lautete übrigens: Gérard Horst, Vosnon. Er selbst machte sich ein Vergnügen daraus, mich auf den Briefumschlägen, handschriftlich natürlich, mit vollem Titel (Professor Dr.) zu nennen. Er hätte nie Professor sein wollen, sagte er manchmal. In der Tat, er war ein Mann des geschriebenen Wortes. Er scheute sich fast ängstlich, unvorbereitet an einer Diskussion teilzunehmen.

Gorz war stets bestens über die politischen Ereignisse und sozialen Entwicklungen in Europa und fast der ganzen Welt informiert. Davon zeugten die vielen Zeitungen und Zeitschriften, die Dorine und Gérard täglich lasen. Nicht zuletzt haben ihm viele Freunde und Freundinnen, mit denen er unermüdlich korrespondierte, Informationen zu den verschiedensten Anlässen zugeschickt. Von mir wollte er meine Einschätzung zur deutschen Politik hören. Als ich mal erwähnte, mit dem Redeschreiber von Oskar Lafontaine befreundet zu sein, spitzte Gérard die Ohren. Er wollte zu gerne wissen „wie dieser Oskar tickt“. Er hatte gewisse Hoffnungen auf ein von Lafontaine initiiertes Linksbündnis. Seine Enttäuschung über Oskar fasste Gorz schließlich in einem Satz zusammen: „Was sind das nur für Menschen!“

Nur ausnahmsweise erwähnte Gorz, wer seine Korrespondenten sind oder wer ihn besuchte. Als er sich mit Fragen der Wissensgesellschaft beschäftigte, hatte er brieflichen Kontakt u.a. mit Stefan Meretz. Er setzte sich mit ihm sehr intensiv über Wissenskommunismus und die Wertkritik sowie das Projekt Oekonux auseinander. In fast jugendlicher Begeisterung schrieb er mir damals: „Leo, ich habe jetzt einen Freund, einen wirklichen Freund in Berlin.“ Er bedauerte außerordentlich, die Gruppe um Meretz nicht früher gekannt zu haben. Mehr und mehr spürte ich, dass Gérard nicht an einer einseitigen Wissenschaftsbeziehung interessiert war, vielmehr an einem freundschaftlichen Verhältnis. Als er seine letzte Pariser Wohnung definitiv räumen musste, trafen wir uns dort.

Er zeigte mir, welche Teile seiner Bibliothek er nicht nach Vosnon mitnehmen wollte. „Kannst du den Rest übernehmen?“ Dann gab er mir den Wohnungsschlüssel.

Meine ursprüngliche Angst vor diesem „Denker“ schwand zunehmend. Nicht zuletzt auch deswegen, weil er mich nie meine sprachlichen oder theoretischen Schwächen und Unkenntnisse spüren ließ. Im äußersten Fall entschuldigte er mich und meinte: „Du hast das wohl vergessen.“ Zweimal glaubte ich, dass er unsere Freundschaft auf die Probe stellen wollte. Irgendwann bot Gérard mir an, ab und zu seine Texte, an denen er gerade arbeitet, gegenzulesen. Nicht ahnend, welche Belastung damit auf mich zukommt, sagte ich zu. Kurze Zeit später erhielt ich ein recht dickes und umfangreiches, maschinengeschriebenes Manuskript. Gorz wünschte sich nicht nur einen Kommentar, vielmehr eine genaue Auseinandersetzung mit seinen Thesen. Kaum eine Woche später fragte er an, wie weit ich mit dem Text sei. Ich hatte das Konvolut auf die Seite gelegt und nur flüchtig überflogen. Mitten im Semester, mit Lehrveranstaltungen, Prüfungen, Sitzungen und Gutachten hatte ich dafür keine Zeit. Ich erklärte Gorz das. Missgelaunt nahm er das zur Kenntnis. Das zweite Mal kam Gérard unvermittelt mit der Idee, die ihn eine Zeitlang umtrieb, nämlich eine intellektuelle Biographie von ihm. Ob ich nicht Lust hätte, so etwas zu schreiben? Er sei ja noch am Leben und könnte mir bei allem helfen. Außerdem stünden mir alle Unterlagen zur Verfügung. Und vor allem könnte ich im Haus arbeiten und leben. Auch in diesem Fall nahm Gérard mit traurigem Gesicht Abstand, mich weiter zu drängen. Er akzeptierte meinen Entschluss vielleicht auch deshalb, weil in der Zwischenzeit meine französische Frau Josette an Krebs erkrankt war und ich sie deshalb nicht für längere Zeit allein lassen konnte. Dorine hatte ja ebenfalls mit der Krebserkrankung zu kämpfen. Der Krebs vertiefte unsere Freundschaft. Gérard bot mir finanzielle Hilfe an, sollte ich sie brauchen.

Klar, dass die Krankheiten von Dorine und Josette unsere Gespräche mehr und mehr beherrschten. Gérard suchte schon seit langem nach alternativen Möglichkeiten der Heilung. Er besaß eine Reihe von Informationen über die bei Francois Mitterrand angewandten Methoden. Es müsste doch zumindest Wege zur Schmerzlinderung geben. Eines Tages hatte er Josette überredet, zusammen mit Dorine zu einem „Heiler“ zu fahren, von dem er Erstaunliches, ja fast Wundertätiges gehört habe.

Josette hatte zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr die Hoffnung, den Krebs zu überleben. Das sagte sie aber den beiden nicht. Erst nach der Sance. Gérard war wie verzweifelt: „Josette glaubt nicht mehr daran.“ Im April 2000 starb Josette. Gérard schrieb mir, er könne mich nicht trösten. Welchen Trost sollte es geben, dass wir leben und sterben? „Man kann sich nicht trösten, die menschliche Bedingung zu realisieren.“ Was wir tun können, ist einzig und allein zu weinen. Und er gestand, dass, wenn ihm zu weinen zumute ist, er die 21. Kantate von Bach („Ich hatte viel Bekümmernis“) auflegt. Das Sopransolo „Seufzer, Tränen, Kummer, Not“, das sich zu einem Schrei steigert, treibe ihm Tränen in die Augen und jage ihm jedesmal einen Schauer ein.

Ab diesem Jahr hat Gorz seine schriftstellerischen Aktivitäten stark reduziert. Dorine's Zustand verschlechterte sich. Etwas Erleichterung suchten sich die beiden in einem Kuraufenthalt im Thermalbad Ragazz (Schweiz) zu verschaffen. Von dort kam einmal eine Karte mit dem Satz, der so traurig klang: „Die Enten vom letzten Jahr sind auch noch da.“ Unser Briefwechsel wurde spärlicher. Die Besuche auch. Es blieb nicht mehr viel Zeit für Gespräche. Gérard intensivierte seine nächtlichen Arbeiten, um die angefangenen Texte zu Ende zu bringen. Übrigens verfasste er mit nur wenigen Ausnahmen alle Briefe handschriftlich und immer in ihrer beiden Namen. Üblicherweise musste man die Besuche bei ihnen vorab anmelden.

Warum ich eines Tages unangemeldet nach Vonn fuhr, weiß ich nicht mehr. Dorine ging es offensichtlich etwas besser. Als ich um das Haus herumschlich, saß sie auf der Terrasse. Als sie mich erblickte, bedeutete sie mir, leise zu ihr zu kommen. Gérard sei im Gemüsegarten. Kurz danach kam Gérard mit einer riesigen Zucchini in der Hand aus der Gartentür. Er tat so, als sei er überhaupt nicht überrascht. Übers eingefallene Gesicht strahlte er und sagte fast beiläufig: „Tiens Leo, was machst du denn hier? Kommt, wir lassen uns mein Gemüse schmecken.“ Gérard hatte den Gemüsegarten wie überhaupt die parkähnliche Anlage um das Haus eigenhändig angelegt. Dorine und er waren Vegetarier, machten aber zuweilen eine Ausnahme. In der ersten Zeit unserer Beziehung fuhren wir zweimal, wenn es Dorine besser ging, in ein Restaurant in der Nähe. Beide bestellten wie ich Lammfleisch. Gérard bestand auch darauf, dass ich meinen gewohnten Wein trank. Es waren zwei fröhliche Abende. Gérard akzeptierte lachend,

wenn ich ihn meinen „väterlichen Freund“ nannte. Bei einem meiner ersten Besuche hatte ich ihm eine Flasche Saarwein mitgebracht. Irgendwann zeigte er sie mir, vergraben im Sand seines gewölbtenartigen Kellers. Mit seinem verschmitzten Lächeln meinte er: „Für später“.

„Man kann sich nicht trösten,
die menschliche Bedingung zu realisieren.“

Als sich Dorines Zustand zunehmend verschlechterte, sagte Gérard die meisten Besuche ab. Gerne wollte er mit mir telefonieren. Doch ich litt unter einer fortschreitenden Schwerhörigkeit, die ich auch nicht durch beidseitige Hörgeräte korrigieren konnte. Und Gérard hatte sowieso eine ausgesprochen leise Stimme, so dass wir uns am Telefon kaum verstehen konnten. Als ich ihm brieflich meine Beziehung zu meiner neuen tschechisch-slowakischen Partnerin mitteilte und dass ich jetzt die meiste Zeit in Brno/ Brünn wohne, kamen postwendend herzliche Glückwünsche. Er bemerkte zudem, dass sein Großvater in Brno ein Fuhrunternehmen besaß. Ob er ihn dort besucht hatte, erfuhr ich nicht. Aber einige tschechische Wörter seien ihm in Erinnerung geblieben. Er unterschrieb den Brief mit dem tschechischen Servus „Nazdar Leo“. Einige Wochen vor ihrem Tod kam eine Briefkarte mit der letzten Nachricht der beiden. „Wir werden Dir nicht mehr schreiben, aber denken nicht weniger an alle unseren Gespräche.“

HANS LEO KRÄMER

war Professor für Soziologie an der
Universität des Saarlandes

André Häger und Stefan Meretz

Der Wissenskommunismus des André Gorz

Wie viele Alternativ- und Postmarxisten war André Gorz besonders an den Grundrissen von Karl Marx (MEW 42) interessiert. Sie bergen ein utopisches Potenzial in sich, das er vor allem mit der aufkommenden Wissensökonomie aktualisiert sah. Gleich im ersten Satz des Vorworts zur deutschen Ausgabe von „Wissen, Wert und Kapital“ weist Gorz gleichsam programmatisch auf diesen Aspekt hin: „Die allgemeine Erkenntnis, dass Wissen zur wichtigsten Produktivkraft geworden ist, hat einen Wandel in Gang gesetzt, der die Gültigkeit der ökonomischen Schlüsselkategorien untergräbt und auf die Notwendigkeit hinweist, eine andere Ökonomie zu gründen.“ Diese Suche möchte er unterstützen und greift bei der Analyse der Wissensökonomie immer wieder auf die Grundrisse zurück. Folgende Argumentationsfiguren interessieren ihn dabei besonders.

Marx unterscheidet in den Grundrissen die unmittelbar verausgabte Arbeitszeit von wissenschaftlicher Tätigkeit, die die „powerful effectiveness“, also die Wirksamkeit der in Bewegung gesetzten „Macht der Agentien“ bestimmt. Marx sieht hier einen Selbstwiderspruch heranreifen: „Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt.“ Für Gorz ist nun die „Arbeitszeit als einziges Maß“ des Werts der zentrale Aspekt des Widerspruchs. Er argumentiert, dass „Wissen ... nicht in einfache, abstrakte Einheiten übersetzt und nach solchen bemessen werden“ könne, was folglich zur „Krise des Wertbegriffs“ führe. Wissen umfasse verschiedenartige Fähigkeiten „ohne gemeinsamen Maßstab.“ Und weiter: „Die Unmessbarkeit der Arbeit führt unvermeidlich zur Unmessbarkeit des Wertes. (...) Und die Krise der Bemessung des Wertes stellt das Wesen des Wertes in Frage und folglich das System von Äquivalenzen, das den Warentausch regelt.“

Für André Gorz spielte die Frage der Unmessbarkeit immer wieder eine wichtige Rolle. Dem Argument, dass sich das System der Äquivalenzen und somit der Wert stets als gesellschaftliches Verhältnis aller Waren bilde und es folglich gar nicht darauf ankomme, die Arbeitszeit zur Herstellung einer einzelnen Ware tatsächlich zu messen, mochte Gorz nicht folgen, obwohl ihm das Faktum sehr wohl bekannt ist und auch einleuchtet. Gorz verweist auf Marx, demzufolge die Arbeitszeit das „einzig Maß und Quelle des Reichtums“ bleibt. Müsse man diese nicht auch irgendwo messen können?

Ganz offensichtlich fallen für viele Waren die aufgewendete Arbeitszeit und der erzielte Gewinn beim Verkauf auseinander – Gorz denkt hier etwa an Softwareproduzenten wie Microsoft oder an Firmen wie Nike, die selbst gar nichts mehr produzieren, sondern nur noch eine Marke lizenzieren. Gorz schließt, dass es sich bei den Erträgen um eine Monopolrente handeln müsse. Eine Rente jedoch ist „arbeitsloses“ Einkommen, sie wird von der Wertschöpfung anderen Orts alimentiert. Auch hier wieder bietet der Wert als gesellschaftliches Verhältnis den Schlüssel zum Verständnis der Missproportionen: Das gesamtgesellschaftliche Wertvolumen als Verhältnis aller Aufwände zur Herstellung der Waren verteilt sich eben nicht nach diesem Aufwandsverhältnis – welches ohnehin nicht (mehr) messbar ist, wie Gorz feststellt – sondern nach ökonomischen Machtverhältnissen unten den Produzenten. Drei Faktoren, mit denen sich Gorz immer wieder befasste, sind hier zu nennen:

1. Produktivitätsvorsprung: Der Wert bemisst sich am gesellschaftlich gültigen Niveau der Produktivität. Gelingt es einem Produzenten durch technische oder andere Innovationen die maßgebliche Produktivität zu übertreffen, so kann sich dieser einen relativ größeren Teil des gesellschaftlich produzierten Werts aneignen (realisiert als sog. Extraprofit).

2. Renteneinkommen: Über den Weg des „geistigen Eigentums“ (Copyright, Patent, Markennamen, Geschmacksmuster etc.) werden Wissensmonopole geschaffen. Es bildet sich ein „immaterielles Kapital“ heraus, das sich einen überproportionalen Anteil des gesellschaftlichen Wertvolumens als Monopolrente aneignen kann. Investitionen solcher „symbolischen Monopole“ fließen vorwiegend in die Schaffung und Sicherung von Wissensmonopolen sowie in Werbung und Marketing, die aus der Perspektive des Gesamtkapitals jedoch unproduktive Ausgaben darstellen. Auch hier findet folglich eine Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Wertvolumens statt.

3. Zugriff auf zukünftige Wertproduktion: Der Boom der Finanzsphäre „spiegelt in erster Linie die erhofften künftigen Gewinne. Die Immaterialität des intellektuellen Kapitals eignet sich am besten dazu, als Versprechen unbegrenzter künftiger Märkte für nicht schätzbare Waren zu funktionieren.“ Die Generierung von „fiktivem Kapital“ als „substanzlose Geldvermehrung“ kann jedoch nicht unendlich fortgeschrieben werden und der Krise entkommen, denn: „Wie kann eine Warengesellschaft weiterbestehen, wenn die Produktion von Waren immer weniger Arbeit verwertet ...?“ Die Finanzialisierung der Ökonomie durch fortwährende Schöpfung fiktiven Kapitals auf dem Wege der Schaffung neuer Finanzprodukte bedeutet faktisch einen Zugriff auf zukünftige (erhoffte) Wertproduktion. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Wertvolumens besitzt also nicht nur eine geografische, sondern auch eine zeitliche Dimension.

Für Gorz ist die Wissensökonomie ein Versuch des Kapitals „das Markt- und Wertgesetz zu umgehen ..., um immaterielles, nach keinem Maßstab messbares Wissen als Kapital und Quelle des ‚Wertes‘ funktionieren zu lassen.“ Im Versuch dem Selbstwiderspruch von notwendiger Verwertung lebendiger Arbeit und erzwungener Minimierung jener Arbeitsaufwände in der Produktion zu entkommen, schafft das Kapital die Voraussetzungen seiner eigenen Aufhebung. Das ist das Grundthese der Gorz’schen Überlegungen.

Eigenwerte und Reichtum

Der Gegenbegriff zum (objektiven) „Wert“ als Kategorie der politischen Ökonomie ist der Begriff des (subjektiven) „Eigenwerts“, den Gorz von Gabriel Tarde („*valeur intrinsèque*“) übernimmt. Er geht damit bewusst das Risiko ein, zwei theoretisch eigentlich unvereinbare Begriffsebenen in Beziehung zu setzen. Damit wird das Gorz’sche

Denken unvorhergesehen anschlussfähig an die aktuelle Debatte um die Commons, die Gemeingüter. Auch Gorz verwendet explizit den Begriff des „Gemeinguts“, dies jedoch eher deskriptiv und in einem globalen Sinne von „allgemeinen Gütern der Menschheit“ und nicht direkt verbunden mit dem Begriff des Eigenwerts, den er wie folgt definiert: „Der ‚Eigenwert‘ steht seinem Wesen nach außerhalb der Ökonomie. Die Eigenwerte – namentlich die vitalen Werte im Sinne von Max Scheler (Kraft, Wendigkeit, Gesundheit, Mut) und die ästhetischen respektive ethischen Werte – sind weder vergleichbar, noch untereinander oder gegen anderes austauschbar.“

Wissen besitzt nun eine Zwiegestalt. Als „Wahrheitswissen, Schönheitswissen und Weisheitswissen“ besitzt es einen Eigenwert, als „instrumentelles Wissen“ kann es kapitalisiert werden und dazu dienen, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern. Als Eigenwert ist es Reichtum und Selbstzweck, als Produktivkraft ist es Quelle von Reichtum und Mittel zum Zweck der Profitproduktion. Es müssen also zwei Formen des Reichtums unterschieden werden: der konkrete, unmittelbar sinnliche gegebene Reichtum der Sache (des Wissens usw.) selbst und der abstrakte, jeder Form entkleidete unbegrenzte monetäre Reichtum der Ökonomie – Eigenwert und Wert.

Der Eigenwert darf nicht mit dem Gebrauchswert verwechselt werden. Während der Gebrauchswert nur als andere Seite des Werts der Ware existieren kann, gibt es den Eigenwert ausschließlich für sich und nur als Selbstzweck. Dennoch ist der Kapitalismus auf ihn angewiesen. Hierin liegt für Gorz der zentrale Widerspruch: „Wissen ... gehört genauso wie die anderen menschlichen Fähigkeiten und wie Gesundheit, Leben und Natur ... zu den nicht messbaren Reichtümern, die für das Warenproduktionssystem unabdingbar sind, aber nicht gemäß seiner Logik und seinen Methoden produziert werden können.“

Damit sind wir bei den Commons, denn Vergleichbares gilt auch für die Gemeingüter. Der Kapitalismus entstand aus dem Prozess der Einhegung der Gemeingüter („*enclosure of the commons*“). Karl Marx hat die gewaltsame Enteignung der Bauern von ihren Subsistenzmitteln (Land und Ressourcennutzungsrechte) im Kapitel über die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ im ersten Band des Kapital (MEW 23) beschrieben. Rosa Luxemburg hat festgehalten, dass

die kapitalistische „Landnahme“ nicht bloß initialer Anstoß für die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern kontinuierliche Voraussetzung für seine Reproduktion. Und heute wissen wir, dass die gegenläufigen Prozesse von Einschluss und Unterordnung unter die Verwertungslogik auf der einen und Ausstoß von nicht mehr ausreichend Verwertbarem auf der anderen Seite dynamische Grundlage des Kapitalismus sind. Dabei ist die „Landnahme“ nicht mehr territorial zu verstehen, sondern geht heute in die Tiefen des menschlichen Lebens hinein: Sie betrifft das, was Gorz als Eigenwerte bezeichnet und was vielerorts als Commons auch heute noch das Überleben der Menschen sichert. Commons oder Eigenwerte sind zur Produktionsvoraussetzung des Kapitalismus geworden, können „aber nicht gemäß seiner Logik ... produziert werden“ – das hat Gorz klar erkannt.

Die Krise des Kapitalismus besteht Gorz zufolge also darin, dass im Kapitalismus die „Substanz“, auf der er gründet, nämlich die Vernutzung von Arbeitskraft, kontinuierlich zurückgeht und nicht mehr durch die Ausweitung der Produktion (über-)kompensiert werden kann. Der Kapitalismus zieht sich gewissermaßen selbst den Boden unter den Füßen weg. Gleichzeitig ist er auf die zunehmende Subsumtion der nur außerhalb der kapitalistischen Logik schöpfbaren Eigenwerte angewiesen, die er nicht selbst herstellen kann. Hierin liege dann auch die Quelle seiner Überwindung und Aufhebung, so Gorz Überlegung und Hoffnung.

Keimformen eines Neuen

Ohne die unsichtbare „zweite“ Ökonomie“, die den „untauschbaren, unbesitzbaren, unteilbaren, unverbrauchbaren Lebensreichtum schöpft“, so Gorz, „hätte die herrschende ‚erste‘ Ökonomie nie entstehen können“ und folgert: „Allein in dieser anderen Ökonomie, die auch das Andere der Ökonomie ist, lernen wir uns gegenseitig selbst zu humanisieren und eine Kultur des Gemeinsinns und des Gemeinwesens hervorzubringen.“ Hierin gründen Gorz' Hoffnungen der Konstitution eines Wissenskommunismus.

Interessanterweise stammt der sich auf die Wissenschaft beziehende Begriff „Wissenskommunismus“ aus einem durchaus traditionellen Kontext. Damit ist gemeint, dass sich die Wissenschaft nicht Privatinteressen unterordnen könne ohne ihre Funktion als Schöpferin allgemeinen Wissens einzubüßen. Gorz radikalisiert diese Überlegung, in-

dem er Wissen und Wissenschaft in ihrer Bedeutung für den aktuellen Kapitalismus untersucht. In dem Maße wie Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft werde, überlebten sich die Grundkategorien des Kapitalismus: Arbeit, Wert und Kapital. Er kommt zu dem Schluss: „Eine authentische Wissensökonomie wäre eine Gemeinwesenökonomie, in der die Grundkategorien der politischen Ökonomie ihre Geltung verlieren und in der die wichtigste Produktivkraft zum Nulltarif verfügbar wäre.“

Ausgangspunkt für die Bestimmung einer Gemeinwesenökonomie sind für Gorz wiederum die Grundrisse von Marx: „In fact aber, wenn die bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? (...) Das absolute Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen, ohne andre Voraussetzung als die vorhergegangene historische Entwicklung, die diese Totalität der Entwicklung, d.h. der Entwicklung aller menschlichen Kräfte als solcher, nicht gemessen an einem *vorhergegebenen* Maßstab, zum Selbstzweck macht?“ (Hervorh. nach Gorz) Verschwindet der selbstreferenzielle Zweck abstrakter Reichtumsvermehrung, so sind „die menschlichen Kräfte und Fähigkeiten ... nicht mehr Mittel zur Produktion von [abstraktem] Reichtum, sondern sie sind der [konkrete] Reichtum selbst. (...) Der Unterschied zwischen produzieren und sich selbst produzieren bzw. an sich arbeiten verschwindet letztlich.“ Selbstentfaltung hat sich selbst zum Zweck und die Entfaltung der anderen zur Bedingung. Hier hat Gorz längst den Wissenskommunismus als Bedingung eines funktionierenden Kapitalismus verlassen und ist beim Kommunismus sui generis angekommen.

LITERATUR

Gorz, André (2004) [2003]: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich: Rotpunkt.

Dieser Artikel ist ein Ausschnitt aus: Häger/Meretz, Fahnder nach „Auswegen aus dem Kapitalismus“ eine Erinnerung an André Gorz, *Berliner Debatte Initial*, 23 Jg. (2012).

Franz Schandl

Euphorischer Überhang

Notizen zu und Erinnerungen an André Gorz

*„Die große Frage ist: Was wollen wir in und aus unserem Leben machen?“
(André Gorz)*

Mein Kontakt zu ihm hatte sich zufällig ergeben. Stefan Meretz, wollte André Gorz 2003 zu einem Ökonux-Kongress in Deutschland einladen. Da bekam er zwar eine Absage – Gorz wollte seine kranke Frau nicht mehr verlassen – aber es entstand ein reger Briefwechsel, der sich dann auch bald auf mich ausweitete und bis zu Gorzens Freitod im Herbst 2007 andauerte. Nachzulesen ist dieser Briefwechsel auch auf der Homepage der *Streifzüge*.

Der Verräter

Um die Vita des in Wien geborenen „Halbjuden“ zu verstehen, muss man sein erstes großes Werk „Der Verräter“ kennen, das 1958 in Paris erschienen ist. Was ist das nun für ein Werk? Es ist keine Autobiographie. Es ist auch kein Roman. Es ist auch kein philosophisches Buch. Aber es hat doch von alledem etwas, braucht keinen Vergleich zu scheuen. Auf jeden Fall ist es das Werk einer Selbstfindung. Wie der Titel sagt, ist es ein Verrat, sein Autor ein Verräter. Er verrät sich selbst. Laufend. Diese Offenheit fügt der Verletzung oft noch die Selbstverletzung bei. Sie ist von einer Unerschrockenheit gegen sich selbst wie gegenüber der eigenen Familie, Vater jüdisch, Mutter arisch. Die Wunden haben gespürt zu werden. Immer wieder geht es um Kindheit und Jugend des Gerhard Hirsch (ab 1930 dann in Gerhard Horst umbenannt) in Ober St. Veit. Er erzählt von seinem Geiz, seiner Liebe zur baren Münze, aber auch von der ausdrücklichen Sympathie des jungen Gerhard für die Nazis, er spricht über seine Identifikation mit dem Aggressor, um den „Rassenmakel“ wettzumachen, den er an sich spürte. Gorz schreibt nicht „Ich“, er schreibt „Er“, wenn er von sich spricht. Er will, ja muss zu sich auf Distanz gehen, um sich überhaupt erreichen zu können. „Ich ist ein Anderer“, behauptet er.

Zweifellos wollte er eines nicht sein, der personifizierte „österreichisch-germanisch-christlich-jüdische Widerspruch“. So beschloss Gorz 1940, und zwar in einem Internat in der Schweiz, wohin ihn seine Mutter gesteckt hatte, Franzose zu werden: „Er hatte die Vorstellung aufgegeben, irgendwo zu Hause zu sein, er hatte seine Familie, seine Kirche, das Reich, Österreich, die Juden, seine Muttersprache, einfach alles verleugnet und beschlossen, das einzige zu sein, was er absolut nicht war: Franzose. Französisch lernen, schreiben, denken (im Jahre 1940, nach dem Zusammenbruch Frankreichs, in einer deutschen Schule französisch zu denken, war eine großartige, selbsterstörerische Askese, eine durchsichtige Wahl der Nichtigkeit) und alles in der Umgebung verachten, was nicht französisch war.“ 1940 lag Frankreich am Boden, unterworfen von den Deutschen, gedemütigt und geteilt. Gorz hat sich also nicht im Augenblick eines Triumphes, sondern einer Niederlage entschieden, „als es kein Frankreich und im Umkreis von vierhundert Kilometern keinen wirklichen Franzosen mehr gab“.

„Franzose zu sein“, war aber eine Negation und keine Position. Ostentativ hat er das „Franzose sein“ nie vor sich hergetragen, Nationalist war er deswegen keiner. Dieser Bezug ist historisch zu verstehen, nicht als prinzipielles Bekenntnis aufzufassen. Eine Bemerkung Anfang der 1980er-Jahre seinerseits spricht Bände: „Ich habe vier tschechische Großeltern, davon waren zwei jüdisch. Ich bin nicht mehr Franzose als Ludwig Wittgenstein Engländer, Paul Feyerabend Kalifornier und Ivan Illich Mexikaner.“

„Der Verräter“ ist ein reichhaltiges Werk, kein zu rechtgeschliffenes, sondern ein ungeschliffenes, überall Flecken und Blessuren und Wunden. Die

wahre Stärke kommt aus diesen Schwächen, in denen er sich windet, um sich ihnen zu entwinden. Da wollte sich keiner absichern oder verschanzen. Gerade diese Offenheit des Verrats macht aus Gerhard Hirsch oder Gerhard Horst erst André Gorz. „Der Verräter löscht alles aus und beginnt sich selbst neu: Das verschafft uns heute die Möglichkeit, ein radikales Buch zu lesen“, meint Jean Paul Sartre in seinem Vorwort, jener Sartre, dem Gorz sein Leben lang verbunden gewesen ist: „Ohne Sartre hätte ich wahrscheinlich nicht die Instrumente gefunden, um das, was meine Familie und die Geschichte mir angetan hatten, zu bedenken und zu überwinden.“

„Das System konnte nur wachsen und sich reproduzieren, indem es die Warenzerstörung zur gleichen Zeit beschleunigte wie die Warenproduktion ...“

Wie *zerstört* (nicht nur gestört!) sein Verhältnis zur „alten Heimat“ gewesen ist, zeigt eine Episode, die er im „Brief an D.“ beschreibt. Als seine Frau Dörine Deutsch lernen wollte, hat es ihr André glatt verboten. „Ich will nicht, dass Du ein einziges Wort dieser Sprache lernst“, herrschte Gorz sie an, um auf sich selbst bezogen ganz kategorisch nachzusetzen: „Ich werde nie wieder Deutsch sprechen.“ Er hat das auch in den Fünfzigern (zumindest gegenüber der Familie) nicht ganz durchgehalten, aber es zeigt doch seine entschiedene Absicht und wie tief dieser Bruch gegangen ist.

Kontakt nach Österreich oder auch zu kritischen Intellektuellen des Landes hat er weder gepflegt noch gesucht. Indes, man hat ihn auch nicht gefragt. Zumindest ist mir nichts davon bekannt. Auffällig ist, dass Gorz lange nicht in österreichischen Zeitungen publizierte, sieht man von einigen journalistischen Texten unter dem Namen Michel Bosquet im FORVM ab. Unter dem Namen Gorz findet sich dort aber nur ein einziger Artikel zur italienischen Streikbewegung im Jahr 1970. Gorz war sogar noch negativ berührt als Mitte der Nullerjahre – ohne dass man ihn gefragt hätte – ein Beitrag von ihm im *Spectrum* der *Presse* erschienen ist. Da wollte er protestieren, was ich verhindert habe. Wien, das war für ihn lediglich der Ort, wo er gelegentlich seine Eltern und fast bis zum Schluss seine Schwester Erika Angerer besuchte. Eine besondere Beziehung zu seiner Geburtsstadt, gab es hingegen nicht, man sollte sie ihm auch nicht andichten. In einem Brief an mich schreibt

er: „Ich war in Wien nie zu Hause. Bin in Ober-St. Veit aufgewachsen und kam nie [bei A. G. unterstrichen] in die Innere Stadt, in das Kunstmuseum, die Sezession usw. Meine Familie war ganz ‚ungebildet‘, was ich heute von Wien weiß, habe ich in Paris erfahren und dann sehr spät als Tourist besucht.“

Ökologie und Kommunismus

Schon früh, Anfang bis Mitte der Siebzigerjahre wandte er sich der Ökologie zu. Die persönliche Bekanntschaft (seit 1973) und sich entwickelnde Freundschaft mit Ivan Illich dürfte hier entscheidend und prägend gewesen sein. Am Intensivsten fand diese auch inhaltliche Bezugnahme auch Ausdruck in der 1974 gegründeten Zeitschrift „Technologie und Politik“, die von Freimut Duve im Rowohlt Verlag herausgegeben wurde. Die Zeitschrift konnte man durchaus als theoretisches Magazin der einsetzenden ökologischen Kritik bezeichnen. Illich und Gorz waren Mentoren dieser Zeitschrift.

Ökologie war für Gorz immanenter Bestandteil seiner Überlegungen, nicht bloß Zusatz. Mit der Wachstumslogik sei zu brechen, Selbstbegrenzung ein Überlebensgebot. Ökologie sei dazu da, „die Kritik des Kapitalismus zu vertiefen und zu radikalisieren“. Exemplarisch dafür steht der bereits 1975 verfasste Aufsatz über das Auto, wo Gorz Ansätze einer Theorie des Staus entwickelt und er zur Dialektik der Personenkraftwagen vermerkt: „Letztlich sorgt das Auto für mehr Zeitverluste als für Zeitersparnisse und schafft größere Entfernungen, als es überwindet.“ Da hört man Illich durch.

Industrialismus und Produktivismus hielt Gorz für blindwütig: „Das System konnte nur wachsen und sich reproduzieren, indem es die Warenzerstörung zur gleichen Zeit beschleunigte wie die Warenproduktion ...“ „*Brauchen* wir diesen Konsum? *Wollen* wir ihn? Ermöglicht er uns, dass wir uns entfalten, miteinander kommunizieren, ein entspanntes Leben führen, freundschaftlichere Beziehungen haben?“ Der Wunsch nach der großen Transformation, der hat sich in den Altersschriften noch verstärkt. In seinen letzten Aufsätzen fordert er eine „Ökonomie der Unentgeltlichkeit“, eine „Anti-ökonomie“: „Die gegenwärtige Gesellschaft ist nicht die einzig mögliche und ihre Funktionsweise hat nichts von einer objektiven Notwendigkeit an sich.“ „Die große Frage ist: Was wollen wir in und aus unserem Leben machen?“ Schon in seinem

Aufsatz „Über das Altern“ (1961) heißt es paradigmatisch, dass das Leben eines nicht sein darf, „dass man nie tut, was man will, und dass man nie gewollt hat, was man getan hat“.

Karl Marx und dessen Kritik der politischen Ökonomie waren zweifellos ein wichtiger Referenzpunkt im Schaffen von André Gorz. In gewisser Hinsicht war Gorz durchaus orthodox geblieben, ohne je linientreu zu sein. Gebrochen hat er jedoch (und da war er seit langem der erste) mit der marxistischen Verehrung der Arbeit und dem Glauben an die revolutionäre Potenz der Arbeiterklasse. Das hat nicht wenige Linke verärgert, die in ihm fortan einen Renegaten sehen wollten. Er resümiert: „Das 1979 erschienene Buch ‚Abschied vom Proletariat‘ war in keiner Weise eine Kritik des Kommunismus, im Gegenteil.“ „Aber der Kommunismus bedeutet weder Vollbeschäftigung noch Lohn für alle, sondern Abschaffung der Arbeit in der gesellschaftlich spezifischen Form, die sie im Kapitalismus hat, das heißt der Arbeit als Beschäftigung, der Arbeit als Ware.“

Gorz schreibt: „Eine strukturelle Komplizenschaft verbindet den Arbeiter mit dem Kapital: für den einen wie das andere besteht das entscheidende Ziel darin, ‚Geld zu verdienen‘, soviel Geld als möglich. Der eine wie das andere halten das ‚Wachstum‘ für ein unabdingbares Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Der eine wie das andere sind dem immanenten Zwang des ‚immer mehr‘, ‚immer schneller‘ unterworfen.“ Grundlegend ist für ihn die Identität von Arbeit und Kapital: „Arbeit

und Kapital sind aufgrund ihres Antagonismus grundlegend Komplizen, insofern ihr entscheidendes Ziel das ‚Geldverdienen‘ ist.“ Die Differenz zwischen Arbeit und Kapital sei lediglich eine auf der Ebene der Verteilung. Als Arbeiter hat der Arbeiter ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Verhältnisses, nicht an dessen Abschaffung.

Ad Personam

Der Gorz, den ich aus unserem Briefwechsel kennen lernen durfte, war aufmerksam und begeisterungsfähig, war sensibel und selbstkritisch – indes auch leicht beleidigt und manchmal hat er sich doch in geradezu übertriebener Bescheidenheit verkleinert. Anlässlich seines ersten (und für ihn überhaupt letzten!) Aufsatzes, den er in den *Streifzügen* veröffentlicht hatte, schrieb er mir im April 2007: „Für die Streifzüge zu schreiben, habe ich mich nie getraut. Ich hab ja von euch viel gelernt und fühle mich weiter nicht ganz reif. Freut mich von Euch/Dir aufgenommen zu werden.“

Insbesondere zeigen die Briefe einen wachen und aufnahmebereiten Geist. Selbstkritik war ihm nie fern, er hatte gar nichts vom eitlen Publizisten. War da etwas zu verwerfen, dann hat er es verworfen, nie hat er getan als hätte er immer recht gehabt. „In Deinem letzten Brief ging es unter anderem über die Möglichkeit einer Neuauflage einiger vergriffener Bücher von mir. Ich hab sie mir kurz angeschaut und bin der Meinung, dass sie neben noch Gültigem viel (zu viel) Obsoletes enthalten. Lieber sollte ich versuchen, eine Auswahl von Texten zusammenzustellen, und zwar thema-



Oliver Scheiber
Die Krise der Volkspartei

Essay | 144 Seiten
Taschenbuch | 19,00 €



Nikolaus Dimmel | Alfred Noll
Recht. Kaputt.

Eine Ruinenbesichtigung
Sachbuch | 752 Seiten
Hardcover | 26,00 €



David Staretz
Auto ergo sum

Leben auf vier Rädern
Essay | 144 Seiten
Leinen | 19,00 €

bahoe books
Literatur | Sachbuch | Comics



tisch geordnet auf höchstens 300 Seiten. (...) Aber es werden Monate vergehen, bevor ich diese Zusammenstellung fertig habe. Solltest Du diesbezügliche Anregungen oder Wünsche haben, wäre ich Dir dankbar dafür. Einige meiner Schriften kennst Du ja besser als ich!“ Da fühlte ich mich überfordert, auch wollte ich nicht Zensor und Richter seines Werkes sein.

Zweifellos hat er lieber geschrieben als gesprochen, Interviews hat er oft abgewehrt, auch als ich eines für den Berliner *Freitag* vermitteln sollte, hat er abgewiegelt. Es gibt da übrigens ein symptomatisches Video. Wenn ich mich recht erinnere, sitzen drei kettenrauchende Intellektuelle (wahrscheinlich so um 1970) bei einem Interview, deren Redezeit sich in der Sequenz ungefähr so verteilt: Jean Paul Sartre geschätzte 90 Prozent, Simone de Beauvoir 10 Prozent. Der Dritte sagt kein Wort. Trotzdem hat man nicht das Gefühl, dass sich André Gorz hier missachtet oder unwohl fühlt. Es ist ein absolut teilnehmendes Schweigen.

Sein Werk ist alles andere als hermetisch, selbst die einheitliche Monographie war nicht sein Metier. In vielen seiner Bücher finden wir einerseits einen Hauptteil, hinten aber auch immer wieder angehängt diverse Aufsätze. Das waren Gedanken und Überlegungen, die ihm wichtig waren, die er einerseits nicht systematisch einarbeiten, auf die er andererseits aber auch nicht verzichten wollte. So bestehen seine Werke meist aus zwei Teilen, die zwar zusammen gehören, sich aber nicht umstandslos ineinander fügen. Seine Theorie war stets auf die Praxis gerichtet, aber sie war keine Legitimationswissenschaft, sondern sollte als Vor-

schlag dienen, als Beitrag, als Geschenk. Wichtiger als die Analyse war ihm wohl doch die Intervention. Trotzdem ist Gorzens Werk weitgehend von Polemik frei. Feindschaften pflegte er nicht.

Ist Gorz ein tiefer Denker? Ich würde sagen, unser Sozialphilosoph ist ein weiter Denker gewesen. Und ein radikaler. André Gorz war kein Krieger, aber er hat auch nie Frieden gemacht mit der Herrschaft des Kapitalismus. „Diese schäbige und schmierige Welt am Ende akzeptieren“, war seine Sache nie. Man sieht das insbesondere auch an vielen Schriftstücken, die dem „Verräter“ folgten. Da ist einer stets auf der Suche, einer, der sich auch immer wieder zurücknimmt, streckenweise mehr laviert als postuliert. Kein rücksichtsloser Intellektueller war er fortan, gelegentlich sogar ein etwas vorsichtsloser. Er erlaubte sich zu irren und gab das auch unumwunden zu: „Ich gebe zu, in der Vergangenheit auch viel Blödsinn geschrieben zu haben (z. B. dualistische Wirtschaft)“, schreibt er ganz offen ohne zu relativieren.

An ein Bilderverbot hat André Gorz sich nie gehalten. Stets neigte er dazu, Konzepte zu entwerfen, Perspektiven zu entwerfen, Experimente einzufordern. Nicht, dass Skepsis ihm fremd gewesen wäre, aber in seinen Schriften war André Gorz ein Autor mit einem *euphorischen Überhang*. Das hat den Vorteil, dass man sich der stets gegenwärtigen Frage des „Was tun?“ oder „Wie geht's?“ stellt, andererseits aber den Nachteil, gelegentlich auch daneben zu greifen. Gorz ist dieses Risiko eingegangen. Nur so wird etwa ein Titel wie „Weg ins Paradies“ überhaupt verständlich. Der war aber ganz programmatisch gemeint.

Hermann Engster

Heinrich Heine, Jude und Deutscher

Von Heine wird gesagt, dass er ein in sich zerrissener Mensch gewesen sei. Heine war nicht zerrissen, sondern er wurde es, weil ihm das Verlangen, Jude und Deutscher zugleich zu sein, verwehrt wurde. Es war Deutschland, das ihn zerriss.

Düsseldorf, wo Heine 1797 geboren wird, ist eine beschauliche Stadt, in deren Kern 13.000 Menschen leben, Köln ist dreimal so groß, Hamburg zehnmal. Dort wächst er mit drei weiteren Geschwistern in einem bürgerlichen Milieu auf. Die Eltern erziehen ihre Kinder im jüdischen Glauben, orientiert an der Haskala, der jüdischen Aufklärung, gleichwohl geprägt von tiefer Religiosität.

In Düsseldorf herrscht dank der französischen Besatzung ein liberales Klima, doch wird es mit dem Sieg über Napoleon erkalten. Das preußische Judenedikt von 1812 auf der Grundlage der Hardenberg'schen Reformen hat den Juden einige bürgerliche Freiheiten gebracht, doch haben die Behörden sie nur unwillig umgesetzt, und in der Bevölkerung ändert sich am Judenhass nichts.

Die Metternich'sche Restauration errichtet auf Neue die alte Fürstenherrschaft. Auf der Grundlage der Karlsbader Beschlüsse wird der unter preußischer Vormacht stehende Deutsche Bund im Verein mit Österreich zu einem Polizeistaat, in dem Überwachung und Verfolgung herrschen. Von den sog. Demagogenverfolgungen sind viele Tausende betroffen, die sich für demokratische Rechte einsetzen: Künstler, Intellektuelle, Handwerker, Arbeiter; sie werden in den Kerker geworfen oder flüchten ins Exil, in das freiere Frankreich und in die Schweiz, unter ihnen auch Jüdinnen und Juden, die von der demokratischen Bewegung, die in Tei-

len sogar eine sozialistische ist, auch für sich Freiheitsrechte erhoffen. Das mobilisiert den Antisemitismus.

Das Ungeheuer regt sich

1819 erscheint das Pamphlet *Der Judenspiegel. Ein Schand- und Sittengemälde aus alter und neuer Zeit* von Hartwig von Hundt-Radowsky. Dieser bezeichnet Juden als „Untermenschen“ und „Ungeziefer“. Er empfiehlt, alle Juden als Sklaven an die Engländer zur Arbeit in deren Kolonien zu verkaufen, sie in Bergwerken zu vernutzen, sie zu kastrieren und die Jüdinnen als Prostituierte in Bordellen zu versklaven. Die Tötung eines Juden solle nicht als Mord, sondern als Polizeivergehen, also noch unterhalb eines Verbrechens eingestuft werden.

Im selben Jahr, als der *Judenspiegel* erscheint, gründen jüdische Hegelianer den „Verein für Cultur und Wissenschaft der Juden“. Schlüsselbegriff ist der Hegel'sche Begriff der Vermittlung, dergestalt dass das Judentum sich vermitteln solle mit dem universalen Geist der Freiheit und Humanität. Sie glauben an die Macht des Geistes – und scheitern wie alle, die diesen Traum träumen.

Im August 1822 nimmt der preußische König die Hardenberg'schen Reformen zurück, die den Juden den Zugang zu öffentlichen Ämtern erlaubten. Im selben Monat tritt Heine dem „Verein für Cultur und Wissenschaft der Juden“ bei. Für seine berufliche Karriere ist das ein Hindernis. Die Heine-Biographin Kerstin Decker stellt fest: „Ein bloßer Aufsteiger verhielte sich anders, er würde alles verleugnen, was an seine Herkunft erinnert. Heine wird das nie tun. Im Gegenteil.“

1819 brechen die Hepp-Hepp-Krawalle aus, gewalttätige Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden. „Hepp-hepp!“ sind die Rufe der Viehtreiber. Der Mob macht daraus „Hepp-hepp! Jud verreck!“ Die Pogrome gehen aus von sog. braven Bürgern, von Handwerkern, Händlern, die sich zusammenschließen, jüdische Bürger beschimpfen und misshandeln, ihre Synagogen, Geschäfte und Wohnungen angreifen und verwüsten.

Aufschlussreich ist zu sehen, welches Motiv die Pogrome haben. Sie richten sich hauptsächlich gegen die jüdische Emanzipation, die seit der Französischen Revolution auch deutsche Gebiete erreicht hat. Damit waren Juden zu gleichberechtigten Konkurrenten von Christen geworden, was bei den christlichen Wutbürgern nun Konkurrenzneid entfacht, zudem noch legitimiert vom traditionellen christlichen Judenhass. Die Pogrome zielen auf die Vertreibung aller Jüdinnen und Juden und drohen mit Massakern. In Heines Heimatstadt Düsseldorf werden im August 1819 an jüdischen Wohnhäusern Plakate angeschlagen, auf denen es heißt:

Schon zu lange hat die Herrschaft der Juden über den Betrieb des Handels gedauert. Mit ruhigen Augen haben die Christen diesem unerlaubten Unwesen zugesehen, die Zeiten haben sich geändert. Sind bis 26ten dieses Monats dem Handel und Moral verderbenden Volke nicht Schranken gesetzt, so soll ein Blutbad entstehen, das anstatt Bartholomäus-Nacht Salomoni-Nacht heißen soll.

Auswege, Schleichwege

Angesichts dieser Umstände hat, wer das Ghetto verlassen und an der deutschen Kultur teilhaben will, kaum eine andere Wahl, als sich taufen zu lassen, so z.B. Rahel Varnhagen, Henriette Herz, Ludwig Börne, und eben auch Heine.

1826/27 studiert Heine in Göttingen, lässt sich dann 1827 in aller Stille in der Wohnung eines Pfarrers in Heiligenstadt, einem Städtchen nahe Göttingen, taufen. Die Taufe ist für ihn, wie er sagt, das „Entrébilliet zur europäischen Kultur“. Er lässt sich protestantisch taufen, denn, so sagt er später: „Der Protestantismus war für mich nicht nur eine liberale Religion, sondern auch der Ausgangspunkt der deutschen Revolution“, und für ihn der Ursprung der Rechte der Vernunft und der Geistesfreiheit.

Doch bringt ihm die Taufe wenig Nutzen, denn, so stellt er resigniert fest:

Ich bin jetzt bei Christ und Jude verhasst. Ich bereue sehr, dass ich mich getauft hab; ich seh noch gar nicht ein, dass es mir seitdem besser gegangen sei, im Gegenteil, ich habe seitdem nichts als Unglück.

Nach seiner Promotion zum Dr. jur. in Göttingen will ihm trotz der Konversion niemand eine Stelle geben. Ein Jahr nach der Taufe drängt es ihn, Deutschland zu verlassen. 1826 schreibt er in einem Brief:

Es ist ... ganz bestimmt, dass es mich sehnlichst drängt, dem deutschen Vaterland Valet zu sagen. Minder die Lust des Wanderns als die Qual persönlicher Verhältnisse (z.B. der nie abzuwaschende Jude) treibt mich von hinnen.

Heimat Sprache

Er bleibt aber zunächst im Land, weil er mit seinem *Buch der Lieder* großen Erfolg hat. Trotzdem ist es, so stellt Marcel Reich-Ranicki fest, ein Triumph „auf gefährlich schwankendem Boden ... Man wollte den Juden, ob getauft oder nicht, als deutschen Dichter nicht gelten lassen“.

Zusätzlich zermürben Heine die Kämpfe mit der Zensur, bis dann 1833 in Preußen und 1835 im gesamten Deutschen Bund seine Schriften verboten werden. Aber mehr noch als diese Drangsalierungen ist es die Ausgrenzung aus der deutschen Gesellschaft, die ihn in die Emigration treibt. In Frankreich, wo es durchaus auch Antisemitismus gibt, sei, so Reich-Ranicki, Heine als Ausländer betrachtet worden, in Deutschland hingegen galt er immer als Jude und damit als Nicht-Dazugehöriger und Ausgestoßener.

Dennoch: Ein Zurück in den abgespaltenen Geborgenheitsraum einer jüdischen Gemeinschaft kommt für ihn nicht infrage. Er will als Deutscher anerkannt sein, wird aber von seinem „Vaterland“ zurückgestoßen. Als Reaktion auf die ständig zu ertragenden Demütigungen entwickelt er seinerseits einen Hass gegen das Deutsche und die deutsche Sprache selbst. Er schreibt er in einem Brief an einen Freund:

Alles was deutsch ist, ist mir zuwider ... Alles Deutsche wirkt auf mich wie ein Brechpulver. Die deutsche Sprache zerreißt mir die Ohren. Die eigenen Gedichte ekeln mich zuweilen an, wenn ich sehe, dass sie auf Deutsch geschrieben sind. ... “ (Erbittert wechselt er ins Französische, kehrt dann aber wieder ins Deutsche zurück.) „O Christian, wüsstest du, wie meine Seele nach Frieden lechzt, und wie sie doch täglich mehr und mehr zerrissen wird. Ich kann fast keine Nacht mehr schlafen.

Doch kommt er von Deutschland nicht los. Da ihn die Gesellschaft zurückweist, sucht er seine Heimat in der von ihm geliebten deutschen Sprache; denn das deutsche Wort sei, so schreibt er in einem Brief, „ein Vaterland selbst demjenigen, dem Torheit und Arglist ein Vaterland verweigern“. 1824 schreibt er:

Ich wei nur zu gut, dass mir das Deutsche das ist, was dem Fisch das Wasser ist, dass ich aus diesem Lebenselement nicht heraus kann ... Ich liebe sogar das Deutsche mehr als alles auf der Welt, ich habe meine Lust und Freude dran, und meine Brust ist ein Archiv deutschen Gefühls.

Wie innig er der deutschen Sprache verbunden ist, zeigt der Beginn seines Versepos *Deutschland, ein Wintermrchen*. Als er nach zwölfjährigem Exil 1843 wieder nach Deutschland zu reisen wagt, übermannt ihn beim berschreiten der Grenze die Wehmut, die er in bekannter Manier durch Ironie vor Abrutschen in Sentimentalität bewahrt:

*Im traurigen Monat November war’s,
Die Tage wurden trüber,
Der Wind riss von den Bäumen das Laub,
Da reist’ ich nach Deutschland hinüber.*

*Und als ich an die Grenze kam,
Da fühlt ich ein stärkeres Klopfen
In meiner Brust, ich glaube sogar
Die Augen begunnen zu tropfen.*

*Und als ich die deutsche Sprache vernahm,
Da ward mir seltsam zumute;
Ich meinte nicht anders, als ob das Herz
Recht angenehm verblute.*

Das altertümlich gewordene Präteritum „begunnen“ gebraucht er ironisch-distanzierend, und im Vers, dass sein „Herz recht angenehm verblute“, mischt er den Schmerz mit Selbstironie.

Von der blauen Blume zur roten Fahne

Seine Tragik als romantischer Dichter ist, dass er ein Zu-spät-Gekommener ist. Denn als er 1797 geboren wird, bricht die romantische Dichtung gleichsam wie ein Vulkan aus und erreicht ihren ersten Höhepunkt mit Dichtern wie Brentano, Tieck, Novalis, Wackenroder.

Heine spielt zunächst virtuos auf der romantischen Klaviatur und schreibt Gedichte von unwiderstehlicher Schönheit (z.B. *Der Tod, das ist die kühle Nacht*). Doch wendet er sich bald ab von der Romantik und treibt sein ironisch-spöttisches Spiel mit ihr und seinen Dichterkollegen, die „Blümlein, Mondglanz, Sternlein und uglein“ besingen, und schließt mit den Worten: „Wie sehr das Zeug auch gefllt, / So macht’s doch noch lang keine Welt“ (im Gedicht *Wahrhaftig*). Eichendorff schmht ihn deswegen einen „Totengräber der Romantik“.

Aus dem romantischen Traumreich der Phantasie wendet Heine sich der Welt zu, wie sie wirklich ist, der gesellschaftlichen und politischen Realität. In Paris, genannt die Revolutionshauptstadt der deutschen Demokraten, weil sich hier Hunderte in Deutschland verfolgte Demokratinnen und Demokraten versammeln, nimmt Heine Verbindung zu ihren führenden Köpfen auf und wandelt sich zum politischen Dichter.

Anstoß dazu gibt der Aufstand der schlesischen Weber im Jahr 1844. In der Konkurrenz mit billigerer Ware aus England und durch die Veränderung der Produktionsstruktur – die bis dahin selbständigen Handwerker werden zu Lohnarbeitern – geraten die Weber in eine Armut, die sogar zu Hungerrevolten führt. Der Aufstand wird vom preußischen Militär niedergeschlagen; viele Weber kommen ins Zuchthaus, andere wandern nach Amerika aus.

Zornbebend, nicht mit dem Florett, sondern mit dem Säbel schreibt Heine ein Gedicht, das später als *Weberlied* berühmt wird. Marx, mit dem Heine eng befreundet ist, sie sind sogar Cousins dritten Grades, veröffentlicht es im Pariser „Vorwärts“; 50.000 Flugblätter mit dem Gedicht werden in den Aufstandsgebieten verteilt. Der preußische Innenminister bezeichnet das Gedicht als „eine in auf-rhrerischem Ton gehaltene und mit verbrecherischen Äußerungen angefüllte Ansprache an die Armen im Volke“. Er hat Recht, das Gedicht

ist staatsfeindlich und blasphemisch. Es wird verboten, einer, der es öffentlich rezitiert, landet im Zuchthaus, Heine ist in Paris und in Sicherheit.

Das ist der radikale politische Heine. Aber zurück nach Deutschland, zum jungen Heine!

Dichter in der Diaspora

Im *Buch der Lieder*, das ihn in Deutschland berühmt gemacht hat, steht ein rätselhaftes Gedicht, geschrieben um 1822:

*Ein Fichtenbaum steht einsam
Im Norden auf kahler Höh'.
Ihn schläfert; mit weißer Decke
Umhüllen ihn Eis und Schnee.*

*Er träumt von einer Palme,
Die, fern im Morgenland,
Einsam und schweigend trauert
Auf brennender Felsenwand.*

Das Gedicht wird traditionell interpretiert als ein Gedicht über eine unerwiderte Liebe. Das ist es wohl, aber es ist viel mehr als eins der üblichen romantischen Liebesgedichte. Sehen wir es uns genauer an!

Es beginnt mit dem Bild eines Fichtenbaums, der „im Norden auf kahler Höh“ steht und „einsam steht“, in lebensfeindlicher Kälte, umhüllt von Eis und Schnee. Er ist müde, Schlaf überkommt ihn, und er fängt an zu träumen. Im Traum reist er ins ferne Morgenland, er träumt von einer Palme, dem für den Orient charakteristischen Baum, und auch diese Palme steht einsam und trauert schweigend. Und während der nordische Fichtenbaum in der Kälte steht, umhüllt von Eis und Schnee, ist die morgenländische Palme von Feuer und Glut umgeben.

Ein Liebender und eine Geliebte verzehren sich in Sehnsucht zueinander. Welche Rolle spielt aber der Gegensatz von Norden und Osten, von Okzident und Orient? Ist das nur exotische poetische Dekoration? Nein, es ist viel mehr, und das rätselhafte Gedicht beginnt zu sprechen, wenn man es einordnet in die Tradition von jüdischen Liebesgedichten, die an das ferne und unerreichbare Jerusalem gerichtet sind.

Vorbild ist der von Heine verehrte sephardische Dichter Jehuda ben ha Levy. Dieser gilt als der bedeutendste hebräische Philosoph des Mittelalters, der zudem ein vielgestaltiges dichterisches Werk hinterlassen hat; und nicht nur Dichtungen in hebräischer Sprache, sondern auch in Altspanisch, sodass man sagen kann, dass er der erste namentlich bekannte Dichter in spanischer Sprache war. Hier ein Auszug aus seinen hebräischen *Zionsliedern*:

Ach, wie sitzt so einsam die Stadt, einst reich an Volk!

Wie ist sie zur Witwe geworden, die groß war unter den Völkern!

Die da Fürstin war unter den Städten, ist dienstbar geworden.

Sie weint und weint durch die Nacht, Tränen auf der Wange;

Keiner ist da, der sie tröste (...)

Mein Herz ist im Osten, doch ich bin am westlichsten Ende –

Was kann mir mein Brot da bedeuten, wie könnt' ich es kosten mit Lust, (...)

Nichts bedeutet es mir, allen Reichtum Spaniens zu verlassen,

Aber alles bedeutet mir ein Blick nur auf den Staub des zerstörten Tempels.

Wenn man Heines Gedicht vom Fichtenbaum in dieser Tradition sieht, so erweist es sich durchaus als Liebesgedicht, aber als ein entschieden religiöses, ein Gedicht von einer Sehnsucht getragen, die sich in dem alten Abschiedsgruß ausdrückt: „Nächstes Jahr in Jerusalem!“ Ein Gruß, der traditionell am Schluss des jüdischen Sederabends und des Versöhnungstags ausgesprochen wurde und dessen Wunsch nach zweitausend Jahren verwirklicht worden ist.

Heines Lieblingspsalm ist der Psalm 137, wo es heißt:

An den Strömen Babylons saßen wir und weinten, wenn wir an Zion dachten ... Wenn ich dich vergesse, Jerusalem, so verdorre meine Rechte! Es klebe meine Zunge am Gaumen!

In seinem Versepos *Romanzero*, geschrieben zwischen 1848 und 1851, gedenkt er im Dritten Buch, genannt *Hebräische Melodien*, des von ihm bewunderten Jehuda ben ha Levy:

Hebräische Melodien

„Bei den Wassern Babels saßen
Wir und weinten, unsre Harfen
Lehnten an den Trauerweiden“ –
Kennst du noch das alte Lied?

(...)

„Lechzend klebe mir die Zunge
An dem Gaumen, und es welke
Meine rechte Hand, vergäß' ich
Jemals dein, Jerusalem –“

Wort und Weise, unaufhörlich
Schwirren sie mir heut im Kopfe,
Und mir ist, als hört' ich Stimmen,
Psalmierend, Männerstimmen –

Manchmal kommen auch zum Vorschein
Bärte, schattig lange Bärte –
Traumgestalten, wer von euch
Ist Jehuda ben Halevy?

Zurück zum Gedicht vom Fichtenbaum! Der von Eis und Schnee umhüllte Fichtenbaum träumt „von einer Palme, / Die, fern im Morgenland, / Einsam und schweigend trauert / Auf brennender Felsenwand“. Ist es zu verwegene interpretiert, wenn mit der Felsenwand der Felsenberg gemeint ist, auf dem der Tempel stand und der von den Römern zerstört wurde? Und dass die einsame Palme in ihrer Trauer der Zerstreuung der Juden in der Diaspora gilt, einer Zerstreuung, dessen Extremität der einsame Fichtenbaum in der Kälte des Nordens darstellt?

Im Innersten ist Heine immer Jude geblieben. Einmal bekennt er: „Ich bin zwar getauft, aber nicht bekehrt.“ Für seinen Herausgeber und Biographen Klaus Briegleb ist dieses Zitat und sind weitere Zitate Schlüsselbelege dafür, dass Heine als „genuin jüdischer Schriftsteller in der Diaspora“ (Briegleb) zu verstehen sei: ein Getaufte, der im Herzen jüdisch geblieben ist, und dass dieses jüdische Selbstverständnis prägend sei für seine Denk- und Schreibweise.

Verstoßen in die Freiheit

Heine ist, trotz allen Spotts über mancherlei religiöse Bizarrerien, tiefreligiös. Früh vom Judentum geprägt, schreibt er in seinem Essay *Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland* (1834):

Der Verfasser dieser Blätter ist sich einer solchen frühen ursprünglichen Religiosität aufs freudigste bewusst, und sie hat ihn nie verlassen. Gott war der Anfang und das Ende aller meiner Gedanken.

Sein Bekenntnis zum Judentum ist aber nicht eine Rückkehr zum Judentum des Mittelalters; denn dieses erscheint für ihn ebenso überwunden wie das Christentum seiner Epoche. Schon 1834 schwebt ihm in einem Gedicht aus dem Zyklus *Seraphine* ein Drittes vor: ein drittes Testament, und er spielt an auf Jesu Wort zu Petrus, dass er auf ihm – „auf diesem Felsen“ (griech. pétros: Fels) – seine Gemeinde bauen wolle (Matthäus 16,18; nebenbei ein, wie die Bibelkritik festgestellt hat, erfundenes Jesus-Wort zur Legitimation von Kirche und Papsttum):

*Auf diesem Felsen bauen wir
Die Kirche von dem dritten,
Dem dritten neuen Testament;
Das Leid ist ausgelitten.*

Vernichtet ist das Zweierlei,
Das uns so lang betöret;
Die dumme Leiberquälerei
Hat endlich aufgehört.*

*Hörst du den Gott im finstern Meer?
Mit tausend Stimmen spricht er.
Und siehst du über unserm Haupt
Die tausend Gotteslichter?*

*Der heilige Gott der ist im Licht
Wie in den Finsternissen;
Und Gott ist alles, was da ist;
Er ist in unsern Küssen.*

Diese Utopie erinnert an das Schiller'sche und Beethoven'sche Pathos der universalen Menschenliebe in der *Ode an die Freude*: „Alle Menschen werden Brüder ... / Diesen Kuss der ganzen Welt!“ Nur dass Heines Küsse durchaus sinnlicher imaginiert sind als die seiner strengen Vorgänger. Dieses „dritte neue Testament“, das Heine erhofft, stellt nicht eine Abwendung vom Judentum dar, sondern ist die Vision eines modernen, welt- und

geschichtsbewussten, zur Freiheit sich entfaltenden Judentums. Das stellt auch den alten Jehova-Gott infrage. Die Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies und ihren Weg ins Erdenleben zeichnet Heine in seinem Gedicht *Adam der Erste* von 1844 prophetisch als Weg des Judentums in die Freiheit. Adam I. bedeutet: Dieser Adam ist der erste wirkliche, weil freie Mensch. Der auf diesen Weg sich aufmachende Adam spricht zu Gott:

Adam I.

*Du schicktest mit dem Flammenschwert
Den himmlischen Gendarmen,
Und jagtest mich aus dem Paradies,
Ganz ohne Recht und Erbarmen!*

*Ich ziehe fort mit meiner Frau
Nach andren Erdenländern;
Doch dass ich genossen des Wissens Frucht,
Das kannst du nicht mehr ändern.*

*Du kannst nicht ändern, dass ich weiß,
Wie sehr du klein und nichtig,
Und machst du dich auch noch so sehr
Durch Tod und Donnern wichtig.
(...)*

*Vermissen werde ich nimmermehr
Die paradiesischen Räume;
Das war kein wahres Paradies –
Es gab dort verbotene Bäume.*

*Ich will mein volles Freiheitsrecht!
Find ich die geringste Beschränknis,
Verwandelt sich mir das Paradies
In Hölle und Gefängnis.*

Diese Frage nach dem Wesen Gottes ist für Heine zentral. Erkannt wird dieses Wesen, wenn die alte Aufspaltung von Leib und Seele, Geist und Materie aufgehoben und wenn der Mensch wieder in sein ursprüngliches Freiheitsrecht eingesetzt wird.

Schmerzensmann

Dem Atheismus seiner Freunde Marx, Feuerbach, Bauer ist Heine nicht gefolgt. Nach verschlungener philosophischer Wanderschaft bekennt er sich ab 1848 offener zum Gott der Juden. Sieben Jahre vor seinem Tod schreibt er:

*Ja, ich bin zurückgekehrt zu Gott, wie der verlorene
Sohn ... Das himmlische Heimweh überfiel mich und*

*trieb mich fort durch Wälder und Schluchten, über
die schwindligsten Bergpfade der Dialektik.*

1833 lernt Heine in Paris die junge Schuhverkäuferin Augustine Crescence Mirat kennen, die er Mathilde nennt. Sie ist attraktiv und temperamentvoll, er liebt sie sehr, sie heiraten, und sie steht ihm bis zu seinem Tode bei.

Seit 1845 quält ihn ein Nervenleiden, 1848, als in Paris die Revolution ausbricht, kommt es zu einem Zusammenbruch, der eine acht Jahre dauernde Erkrankung einleitet, die mit Schmerzen, Krämpfen, Sehstörungen, Lähmungen und Fieberanfällen einhergeht, sodass er ans Krankenlager gefesselt ist, das er sarkastisch seine „Matratzengruft“ nennt. Er bleibt aber geistig klar und literarisch produktiv – es ist eine ungeheure Willensanstrengung, mit der er diese Produktivität seiner Krankheit abringt.

Jedoch quälen ihn Zweifel ob seiner Konversion zum Christentum. In seinen späten Gedichten zwischen 1846 und 1856 findet sich unter dem Titel *Lamentationes* folgendes Gedicht, das wohl das bitterste ist, das Heine je geschrieben hat:

*„Nicht gedacht soll seiner werden!“
Aus dem Mund der armen alten
Esther Wolf hört' ich die Worte,
Die ich treu im Sinn behalten.*

*Ausgelöscht sein aus der Menschen
Angedenken hier auf Erden,
(...)
Nicht gedacht soll seiner werden,
Nicht im Liede, nicht im Buche –
Dunkler Hund im dunkeln Grabe,
Du verfaulst mit meinem Fluche!*

*Selbst am Auferstehungstage,
Wenn, geweckt von den Fanfaren
Der Posaunen, schlotternd wallen
Zum Gericht die Totenscharen,*

*Und alldort der Engel abliest
Vor den göttlichen Behörden
Alle Namen der Geladnen –
Nicht gedacht soll seiner werden!*

(Esther Wolf, eine unbekannte Jüdin.) Der Fluch „Nicht gedacht soll seiner werden“ ertönt refrainartig im Gedicht; er ist ein Zitat aus dem Buch He-

sekiel (21,37). Im Namen des Herrn spricht Hesekiel den Fluch gegen die feindlichen Ammoniter aus:

Du sollst dem Feuer zur Nahrung werden, dein Blut soll im Land vergossen werden, und man wird deiner nicht mehr gedenken; denn ich der Herr habe es geredet.

Es ist ein vernichtender Fluch, denn selbst beim jüngsten Gericht soll des Schuldigen nicht gedacht werden; es ist der wildeste Fluch, den ein Jude auszustoßen vermag. Jedoch gibt es auch Gottes Zusage des immerwährenden Gedenkens, so beim Propheten Jesaja (49,14 f.):

Zion spricht: „Der Herr hat mich verlassen, der Herr hat meiner vergessen.“ Gott spricht: „Kann auch eine Frau ihres Kindes vergessen, dass sie sich nicht erbarme über den Sohn ihres Leibes? Und wenn sie auch seiner vergäße, so will ich doch deiner nicht vergessen.“

Wir können kaum ermessen, was Heine durchgemacht hat. Religiös, wie er im Innern geblieben ist, sucht er Frieden mit Gott. Wir lesen Bekenntnisse eines über viele Jahre ans Bett gefesselten, zeitweise gelähmten, schmerzgepeinigten, geistig aufgewühlten, seelisch zerrissenen Menschen – menschliche Bekenntnisse, allzu menschliche. Nietzsche hat den Gedanken formuliert, dass wir aus Treue zu uns selbst zu Wanderern zwischen Extremen werden müssen:

Wer nur einigermaßen zur Freiheit der Vernunft gekommen ist, kann sich auf Erden nicht anders fühlen, denn als Wanderer.

(Menschliches, Allzumenschliches, I, 638)

Heines Todeskampf ist quälend. Den Tod vor Augen dichtet er:

*Keine Messe wird man singen,
Keinen Kadosch wird man sagen,
Nichts gesagt und nichts gesungen
Wird an meinen Sterbetagen.*

*Doch vielleicht an solchem Tage,
Wenn das Wetter schön und milde,
Geht spazieren auf Montmartre
Mit Paulinen Frau Mathilde.*

*Mit dem Kranz von Immortellen
Kommt sie mir das Grab zu schmücken.
Und sie seufzet: „Pauvre homme!“
Feuchte Wehmut in den Blicken.*

Als er im Sterben liegt, kniet seine Frau an seinem Bett und betet zu Gott, dass er ihm alle Sünden verzeihen möge. Daraufhin sagt Heine mit schwacher Stimme:

*Ma chère, ne t'inquiète pas, Dieu me pardonnera,
c'est son metier.
(Meine Liebe, mach dir keine Sorgen, Gott wird mir schon verzeihen, das ist sein Beruf.)*

Begraben wird er auf dem Friedhof Montmartre. Kein Rabbi, kein Pastor, kein Priester darf ihn begleiten. Rebell bis zuletzt, hat er es so bestimmt.

Auf der Grabplatte ist ein Gedicht von ihm eingemeißelt:

*Wo wird einst des Wandermüden
Letzte Ruhestätte sein?
Unter Palmen in dem Süden?
Unter Linden an dem Rhein?
(...)
Immerhin mich wird umgeben
Gotteshimmel, dort wie hier,
Und als Totenlampen schweben
Nachts die Sterne über mir.*

Neben ihm liegen Hector Berlioz, Edgar Degas, Stendhal, Alexandre Dumas fils, Jacques Offenbach. Jahre später schreibt Gustave Flaubert, ein enger Freund Heines, in einem Brief voller Grimm:

Ich denke mit Bitterkeit daran, dass bei Heinrich Heines Begräbnis nur neun Personen anwesend waren! O Publikum! O Bürger! O Lumpenpack!

Vortrag im Jüdischen Lehrhaus
zu Göttingen, Februar 2023

Brigitte Kratzwald

Wo blieb der Aufschrei?

Warum Kritik an den Pandemiemaßnahmen auch links sein kann

Im Zusammenhang mit der Pandemiapolitik wurde in Wissenschaft, Medien und Literatur häufig und mit Recht auf den von Michel Foucault geprägten Begriff der Biopolitik zurückgegriffen. Foucaults Diskurstheorie jedoch wurde in diesem Zusammenhang kaum beachtet. Seine Beschreibung der Materialität der Diskurse, die keineswegs nur im virtuellen Raum existieren, sondern sich zu Praktiken, Gesetzen, Institutionen verdichten und sich in Form von Machtdispositiven in die Gesellschaft und die Subjekte selbst einschreiben, war in den vergangenen Jahren nahezu idealtypisch zu beobachten. Während solche Prozesse normalerweise über Jahrzehnte andauern, zumindest jedoch einen Generationenwechsel erfordern, verliefen sie in diesem Fall in atemberaubender Geschwindigkeit. Möglich war dies durch die schon zuvor bestehende Macht- und Medienkonzentration in der aktuellen Ausprägung des Kapitalismus und weil auch jene Medien und große Teile des zivilgesellschaftlichen Segments, die sich üblicherweise als macht- und kapitalismuskritisch verstehen, die Diskurse mitgetragen haben.

Ein Pandemiedispositiv

Bereits das Wort „Pandemie“ hat alles verändert: Die Sicht der Menschen aufeinander, grundlegende gesellschaftliche Alltagspraktiken, die Rolle von Politik und Wissenschaft. In der ersten Zeit tauchte gar die Hoffnung auf, es könne ein Umdenken in der Produktionsweise selbst Platz greifen, soziale Aspekte plötzlich wichtiger werden als des Florieren der „Wirtschaft“. Diese Hoffnung hat sich jedoch bald zerschlagen. Die Wirtschaft und deren Wachstum stehen nach wie vor an erster Stelle, andere Phänomene haben sich jedoch verstetigt.

Es folgten Begriffe wie „social distancing“ – viel zu spät und nur sporadisch in „physical distancing“ geändert – „Virenschleuder“, „Gefährder“, eine Unmenge an Verordnungen, die an den demokratischen Organisationen vorbei das Verhalten der

Menschen reglementierten, Gesetze, neue Institutionen wie Testzentren und Dashboards, Testzertifikate und der „Grüne Pass“, der regelte, wer am gesellschaftlichen Leben teilnehmen darf und wer davon ausgeschlossen ist. All das und noch vieles mehr formte ein Dispositiv, das auch nach dem offiziell verkündeten Ende der Pandemie die Gesellschaften prägt. Wenn eine Frau in den sozialen Medien im März 2023 schreibt, sie sei nicht zu einer Veranstaltung gefahren, weil sie nicht mit möglichen Virenträger*innen gemeinsam im Zug sitzen wollte, bezeichnet das eine grundlegende Veränderung der Selbst- und Fremdwahrnehmung. Das Empfinden der eigenen Verletzlichkeit und die Sicht auf andere vorwiegend als Bedrohung hätte in Vorpandemiezeiten als psychisch oder sozial auffällig gegolten, heute erntet die Dame Verständnis, ihre Sicht wird von vielen geteilt.

Nach Foucault bestimmen Dispositive, was in der jeweiligen Gesellschaft überhaupt denk- und sagbar ist und was in einen Raum des Unsagbaren und Udenkbaren verschoben wird. Nun konnte in einer derart kurzen Zeitspanne das Unsagbare nicht ganz verdrängt werden. Es meldete sich immer wieder zu Wort, wurde aber mit Vehemenz diffamiert (Verschwörungstheorie, Fake News) und dem rechten bis rechtsextremen Segment der Gesellschaft zugeordnet. Begriffe wie „Coronaleugner“ und „Coronaverharmloser“ wiesen den Kritiker*innen der Maßnahmen eine klare Position zu. Sie wurden zumindest mit Leugner*innen des Klimawandels gleichgesetzt, unterschwellig jedoch durchaus auch mit Menschen, die den Holocaust leugnen oder verharmlosen, also als antisemitisch eingestuft – eine derzeit besonders beliebte Kategorie, um kritische Fragen zu delegitimieren. Diese Zuordnung von Kritiker*innen der Pandemiapolitik ins rechtsextreme Milieu gilt noch immer. So war sich die taz nicht zu gut, um in einem Artikel vom 7.12.2022 über die Razzia bei den Reichsbürgern, darauf hinzuweisen, dass sich mehrere der

Betroffenen im „Coronaverharmlosermilieu“ bewegten. Eine Vergewisserung, wohin die Kritiker*innen der Coronapolitik gehören, kann offenbar nie schaden, um die eigene Rolle in der Pandemie zu legitimieren.

Als eine, die sich Zeit ihres Lebens politisch links verortet und ihre Lektionen gelernt hat, beobachtete ich diesen Prozess mit zunehmender Ratlosigkeit und Verstörung. Es geht mir mit diesem Text nicht darum, richtig oder falsch zu benennen. Am Beginn der Pandemie war das kaum abzuschätzen. Spätestens ab Sommer 2020 hätte es aber genügend Wissen gegeben, Risiken und Nutzen verschiedener Maßnahmen abzuwägen und vom Verordnungsweg zu demokratischen Prinzipien zurückzukehren. Das ist jedoch nicht geschehen. Die Frage, die mich umtreibt, ist, warum das von Links nicht vehement eingefordert wurde, warum das von der Regierung vorgegebene Narrativ von vielen Linken so kritiklos übernommen und teilweise – vor allem in den (un)sozialen Medien – noch mit zur Schau gestellter Selbstgerechtigkeit und moralischem Zeigefinger verstärkt wurde.

Eine zentrale Rolle in der diskursiven Auseinandersetzung spielten die Begriffe Solidarität und Freiheit, wobei sich ein Großteil der Linken hinter dem Begriff Solidarität versammelte. Das war einerseits verständlich, weil einzelne Personen des rechtsextremen Spektrums, die Gunst der Stunde nutzend und die Unzufriedenheit großer Gruppen der Bevölkerung aufgreifend, die Kritik an der Pandemiepolitik an sich rissen – zynischerweise unter dem Begriff „Freiheit“ – während die Regierungen – ebenso zynisch – mit dem Begriff „Solidarität“ an die Akzeptanz der Einschränkungen appellierten. Andererseits müsste aber eine Aufforderung zur Solidarität von Seiten der Herrschenden ebenso auf Skepsis bei den Linken stoßen. Kommt die Aufforderung zur Solidarität von den oberen Klassen, so fußt sie meist auf der Behauptung „wir sitzen alle im gleichen Boot“. In Bezug auf den Klimawandel wurde diese Behauptung längst enttarnt und führte zum Begriff der Klimagerechtigkeit. Eine Vorstellung von Pandemiegerechtigkeit hätte eine linke Politik in dieser Situation leiten können.

Eine fundierte linke Analyse wäre es gewesen, die missbräuchliche Verwendung beider Begriffe zu entlarven. In der Tradition der Werte der französischen Revolution wäre es darum gegangen, beide Aspekte zusammen zu denken – auch und gerade

in einer Situation der Pandemie. Ein linker Freiheitsbegriff wendet sich nicht an ein autonomes Individuum, das allein seinen Interessen folgt. Vielmehr bezeichnet er eine Handlungsmächtigkeit, die sich durch soziale Beziehungen der Solidarität erst herausbildet und vervielfältigt. Freiheit ist also nicht ohne Solidarität zu haben, umgekehrt braucht aber Solidarität die freie Entscheidung nach einer Abwägung, warum ich mit wem solidarisch sein soll. Solidarität kann nicht verordnet werden. Statt einer solchen Analyse hat sich ein Großteil der Linken auf die Seite der Regierenden geschlagen. Warum?

Anstatt die Freiheit als inhaltsleeres Abstraktum den Rechten zu überlassen, hätte es auch aus linker Sicht einiges an Freiheit zu verteidigen gegeben. Grundrechte, Meinungs- und Pressefreiheit und die Freiheit der Wissenschaft sollten gerade in Krisensituationen nicht leichtfertig aufgegeben werden. Es gab allerdings auch andere Gründe für eine Kritik der Pandemiemaßnahmen als die Sorge um die Freiheit, zum Beispiel Empathie oder eben – Solidarität. Es hätte während der Pandemie genügend Möglichkeiten gegeben, Solidarität jenseits der von der Politik verordneten zu üben, aber auch aufzuzeigen, was sicher nicht solidarisch ist. Einige Beispiele dafür schlage ich im Folgenden vor.

Lockdown für die Laptop-Klasse?

Es war von Anfang an klar, dass nie alle Menschen gleich von der Pandemie und den Maßnahmen dagegen betroffen waren. Es erkrankten und starben viel mehr arme als reiche Menschen, sowohl innerhalb von Österreich als auch aus globaler Perspektive. Häufig wurde ihnen das individuell angekreidet; sie würden die Maßnahmen nicht einhalten. Während aber diejenigen, die sich ins Homeoffice zurückziehen konnten, die Zeit häufig nicht in der Stadt verbrachten und wenn, dann dort zumindest eine ausreichend große Wohnung, vielleicht noch mit Balkon oder Terrasse zur Verfügung hatten, mussten sich diejenigen, deren Arbeit plötzlich „systemrelevant“ war (auch so ein Begriff des Pandemiedispositivs) jeden Tag der Ansteckungsgefahr aussetzen, in der Fabrik oft ohne Schutzmaßnahmen arbeiten, während sie nicht wussten, wie sie mit den Kindern im Homeschooling umgehen sollten. Gerade diese Menschen wohnen häufig auf beengtem Raum. Kein Wunder, dass sich ob dieser ungleichen Verteilung von Risiken einerseits und Bewältigungsmöglichkeiten andererseits Unmut breit machte – ein explizit linkes Thema, das anzusprechen die Linke stärken hätte

können. Stattdessen war von dieser Seite nur ein arrogantes „stay at home“ zu hören. Warum?

Aber auch viele alte Menschen, zu deren Schutz das alles angeblich gedacht war, konnten nichts von der Solidarität erfahren. Es ist nicht solidarisch, alte Menschen über Wochen zu isolieren, wissend, dass das ihren Gesundheitszustand massiv verschlechtern kann und sie erst recht anfällig für Infektionen macht. Es ist auch nicht solidarisch, sie alleine sterben zu lassen, Angehörigen zu verwehren, sich von ihnen zu verabschieden. Es ist nicht solidarisch, Familien mit mehreren Kindern in Substandardwohnungen einzusperren, Parks und Spielplätze zu schließen, zuzulassen, dass Kinder aus dem Unterrichtszusammenhang herausfallen, der Schule „verlorengehen“, wie man es bereits nach dem ersten Lockdown wusste.

Wenn man die Lockdowns für notwendig hielt – darüber will ich hier kein Urteil fällen – dann wäre es solidarisch gewesen, sofort mit Schulen und Pflegeheimen gemeinsam Konzepte zu entwickeln, wie alte Menschen geschützt werden können, ohne sie zu isolieren, was es braucht, damit Kinder, die zuhause nicht die Möglichkeit haben, dem Unterricht zu folgen, nicht verloren gehen. Das Motto hieß „koste es was es wolle“, damit wäre vermutlich viel möglich gewesen, wenn es jemand eingefordert hätte. Stattdessen wurden Menschen, die auf diese Probleme hingewiesen hatten, bezichtigt unsolidarisch zu sein und den Tod von Menschen in Kauf zu nehmen. Warum?

Während des ersten Lockdowns, als die Bedeutung von Pflegearbeit und ihre bisherige Vernachlässigung überdeutlich wurden, fanden Kollektivvertragsverhandlungen für Pflegepersonal statt. Der Abschluss kann vor diesem Hintergrund nur als zynisch bezeichnet werden. Wieder wurde das Argument bemüht, mitten in dieser existenziellen Krise müssten alle an einem Strang ziehen. Wäre es nicht eine linke Forderung gewesen, gerade in dieser existenziellen Krise die Bedeutung des Pflegepersonals entsprechend zu würdigen und auch die vernachlässigten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen schnell anzugehen? Heute, drei Jahre später, gibt es noch immer keine adäquaten Arbeitsbedingungen und die Situation in der Pflege ist prekärer denn je. Solidarität mit den Beschäftigten in den Krankenhäusern hat sich in der Pandemie auch von Links meist auf Klatschen beschränkt. Warum?

Systemrelevantes Wissen

Ein anderer Aspekt, der sich für eine linke Analyse angeboten hätte, war die Rolle der Wissenschaft. Bereits bei der Verordnung des ersten Lockdowns war jenen, die sich mit gesellschaftlichen Phänomenen beschäftigen, klar, dass verschiedene soziale Gruppen sehr unterschiedlich von den Maßnahmen betroffen waren. Zudem waren alle damals gesetzten Maßnahmen per se ebenfalls gesundheitsschädlich. In den letzten Jahrzehnten gab es in der Wissenschaft bahnbrechende Erkenntnisse, die klar zeigen, dass Gesundheit und Krankheit keine rein biologischen Phänomene sind, und schon gar nicht, dass die Abwesenheit eines Virus Gesundheit sicherstellen kann. Der Einfluss psychischer und sozialer Faktoren auf das Immunsystem ist längst nachgewiesen. Bei alten Menschen, vor allem bei solchen mit beginnender Demenz, bewirkt eine Isolation von nur wenigen Tagen eine massive Verschlechterung des Gesundheitszustandes, der zu erhöhter Anfälligkeit für Infektionen führt, die ihrerseits wieder bei mehrfach erkrankten alten Menschen dann die auslösende Todesursache sind. Vielfach wurde vor der Pandemie auf den Bewegungsmangel von Kindern und Jugendlichen hingewiesen und die überbordende Nutzung digitaler Medien kritisiert. Viele Kinderärzt*innen bezeichneten den körperlichen und psychischen Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen bereits vor der Pandemie als besorgniserregend. Es war leicht abzusehen, dass die Lockdowns, die Schließung von Schulen ebenso wie die Isolation der alten Menschen in den Heimen eine weitere Verschlechterung des Gesundheitszustandes herbeiführen würden. Viele anerkannte Wissenschaftler*innen haben darauf hingewiesen und nicht mehr und nicht weniger eingefordert, als dass auch dieses nicht virologische Wissen als „systemrelevant“ in die Pandemiepolitik Eingang finden sollte. Vormalig angesehene Wissenschaftler*innen wurden darauf hin als unseriös oder gar als Coronaverharmloser oder -leugner diffamiert. Es wurde ihnen unterstellt, Menschen zu gefährden. Für manche bedeutet das den Verlust der Arbeitsstelle oder Berufsverbot – nur weil sie das vertreten haben, was ihr ureigenstes Fachgebiet war. Hier wäre es tatsächlich sinnvoll gewesen, die Freiheit der Wissenschaft einzufordern und sich dem eindimensionalen Blick entgegenzustellen.

Schließlich gibt es unter Linken einen seit Jahrzehnten etablierten kritischen Blick auf die Wissenschaft unter der Perspektive, wessen Agenda sie verfolgt. Es gibt – oder es gab zumindest vor

Corona – ein Bewusstsein dafür, dass Wissenschaft keine absoluten Wahrheiten verkünden kann, dass Erkenntnisse immer vom Untersuchungskontext abhängen und Wissenschaftler*innen nur eine Perspektive einnehmen können, während sie blinde Flecken in Bezug auf andere Perspektiven haben. Darum wäre es doch gerade in einer solchen Situation angebracht gewesen, all diese Perspektiven anzuhören, um Nutzen und Schaden von Maßnahmen abzuwägen. Auch aus sachlich kompetenten Kritiker*innen der wissenschaftlichen Engführung wurden im Diskurs schnell „Wissenschaftsskeptiker*innen“. Es wurde ihnen unterstellt, wissenschaftlichen Erkenntnissen grundsätzlich zu misstrauen. Solche gibt es sicher, vor dem Hintergrund des Missbrauchs „der Wissenschaft“ durch die Regierungen ist es aber nicht verwunderlich, dass die Zahl der Menschen, die dieser Absolutstellung einer Wissenschaft nicht folgen wollten, zunahm. Auch das ein explizit linkes Diskursgebiet, das kampfflos aufgegeben wurde. Warum?

Die Macht der Pharmakonzerne

Schließlich wurde auch die Machtfrage während der Pandemie kaum gestellt. Dabei gehört es zum linken Grundverständnis, dass die Mächtigen immer von Krisen profitieren, während die unten die Zeche bezahlen. Da ist einerseits die Politik mit der Angst, die es möglich macht, Kontrollmaßnahmen und Repressionen umzusetzen, die sonst keine Mehrheit fänden. Fragen, die sonst bei allen Krisen sofort gestellt wurden, wie „Wem nützt die Krisenpolitik?“, „Wer profitiert davon?“ und „Wer hat die Diskurshoheit?“, blieben aus.

Auch wenn dieser Virus neu war und offenbar mit einer höheren Sterblichkeit einher ging, wie andere, bisher bei uns bekannte Atemwegserkrankungen, so konnte man doch auf eine breite wissenschaftliche Expertise im Umgang mit Viren und Pandemien zurückgreifen. Dass am Beginn die Politik unter Handlungsdruck stand und man keine Fehler machen wollte, ist anzuerkennen. Trotzdem war es nicht nachvollziehbar, wieso alles andere Wissen dabei über Bord geworfen wurde. Wem außer der Pharmaindustrie und manchen mit autoritären Methoden liebäugelnden Politiker*innen hat das genützt?

Durch die Umstrukturierung der Universitäten haben Konzerne in den letzten Jahren großen Einfluss gewonnen. Über Drittmittel, die heute jede Universität aufstellen muss, bestimmen sie immer

häufiger, was geforscht wird und was mit den Ergebnissen passiert. Es gibt heute kaum eine medizinische Universität oder außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die nicht von Geld von Pharmaunternehmen abhängig ist. Dieser Einfluss von Konzernen auf Wissenschaft und Forschung wurde von Links in den letzten Jahren immer wieder kritisiert, ebenso wie die Gefahren, die davon ausgehen, dass Pharmaunternehmen sich in Krankenhäuser und Pflegeheime eingekauft haben. Nun, wo diese Gefahren deutlich zu Tage traten, war das plötzlich kein Thema mehr? Die Pharmaindustrie und die damit eng verbundene Bill und Melinda Gates-Stiftung (einer der wichtigsten Geldgeber der WHO, auch das ein vor der Pandemie häufig kritisierter Umstand) haben von Anfang an die Diskursführerschaft in der Pandemie übernommen. Warum haben da nicht alle linken Alarmglocken geschallt?

Mit Recht wird kritisiert, dass Ölkonzerne Forschung finanzieren, die den Klimawandel kleinreden will. Wenn eine Studie behauptet, Zucker sei gesund, dann schaut man sofort, ob sie nicht von der Zuckerindustrie gesponsert ist. Dass Pharmakonzerne die Zulassungsstudien für Medikamente selbst machen, es keine externe Evaluation gibt, ist schlimm genug. Dass dann die Herausgabe der Daten auf 70 Jahre gesperrt werden sollte, ist ein Skandal – der allerdings von den sonst üblichen „Aufdeckern“ nicht angesprochen wurde. Nahezu alle Studien zu Wirkungen und Nebenwirkungen der Impfstoffe waren von Pharmaunternehmen mitfinanziert. Wo blieb der Aufschrei?

Die Ungeimpften als Sündenböcke

Der Höhepunkt der Entsolidarisierung geschah dann bei der Diskriminierung der „Ungeimpften“. Es war lange erkennbar, dass hier von der Regierung (in Deutschland wie in Österreich) eine Gruppe zu Sündenböcken aufgebaut wurde. Allein die Verwendung des Begriffs, der Menschen allein nach einem Merkmal kategorisiert, hätte von jenen, die ansonsten sensibel auf Diskriminierungen reagieren, kritisiert werden müssen. Menschen hatten verschiedene Gründe, sich nicht impfen zu lassen. Die Skepsis gegenüber einem neuartigen Impfstoff, der in einem verkürzten Verfahren zugelassen wurde, ist nicht von der Hand zu weisen. Dazu kommt, dass Politiker*innen voll Enthusiasmus erklärten, der Impfstoff sei sicher (was man eben auf Grund des verkürzten Zulassungsprozesses seriöserweise mit dieser Bestimmtheit nicht sagen konnte) und schütze auch davor, andere an-

zustecken (was gar nicht untersucht worden war). Diese unqualifizierten Aussagen, die leicht als Propaganda zu entlarven waren, waren nicht dazu angetan, das Vertrauen in die Impfstoffe zu stärken. Viele Menschen, die der Impfung nicht trauten, waren durchaus bereit, sich regelmäßig zu testen und auch Masken zu tragen, verhielten sich also durchaus solidarisch. Auch als schon lange klar war, dass auch geimpfte Personen andere anstecken können, was selbst das verzerrte Solidaritätsargument obsolet machte, wurde an den „Ungeimpften“ als Sündenböcken fest gehalten, immer wieder Maßnahmen damit begründet und schließlich, durch 2G und den Lockdown für Ungeimpfte ohne jede wissenschaftliche Grundlage, Menschen, die sich aus welchen Gründen immer, nicht impfen lassen wollten, von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Auch hier waren es wieder Menschen aus den Pflegeberufen, die besondere Solidarität verdient hätten, die besonders unter Druck gesetzt wurden. Das alles unter Beifall und mit Unterstützung vieler Linker. Warum?

Ins Gespräch kommen

Bundeskanzler Nehammer hat eine Aufarbeitung der Krise angekündigt, um in der gesellschaftlichen Spaltung zu vermitteln. Das ist ein erster wichtiger Schritt von Seiten der Politik. Inwieweit die eingesetzte Kommission das leisten kann, ist offen. Derzeit und vor allem nach den Ereignissen in Niederösterreich überwiegt der Eindruck, dass auch diese Aufarbeitung wieder politisch instrumentalisiert werden wird. Eine Entschuldigung, wie in anderen Ländern bereits passiert, steht in Österreich noch aus. Es wird im öffentlichen Diskurs weitgehend an dem Narrativ festgehalten,

dass die Lockdowns unvermeidlich waren und die deutlich sichtbaren und unleugbaren Auswirkungen der Pandemie zugeschrieben werden – und nicht den Maßnahmen dagegen. Nach wie vor wird auch medial versucht, Kritik an den Corona-Maßnahmen „rechts“ zu verorten. Inzwischen gibt es jedoch eine Petition von Seiten der Zivilgesellschaft in Bezug auf Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission.

Menschen, die ihren macht- und gesellschaftskritischen Blick auch in der Pandemie nicht abgelegt haben, empfanden das absolute Fehlen einer linken Kritik und die Unterstützung und Verstärkung autoritärer Diskurse von linker Seite als Verlust der politischen Heimat. Diese Kritikschwäche der Linken ist meiner Meinung nach mit verantwortlich dafür, dass die Rechte während der Pandemie an Stärke massiv zulegen konnte. Eine Aufarbeitung dieser Frage innerhalb der Linken ist daher aus meiner Sicht ebenso wichtig, wie die Aufarbeitung auf der politischen Ebene. Die Verstörung und auch die Verletzungen, die passiert sind, machen es unmöglich, einfach wieder zur Tagesordnung überzugehen. Es wäre wichtig, miteinander ins Gespräch zu kommen und als ersten Schritt die jeweils anderen Positionen zu hören, ohne sie abzuwerten. Dabei ist aber auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass es zu Diffamierungen und Beschimpfungen hauptsächlich von Seite der strikten Maßnahmenbefürworter*innen kam, der Begriff „Covidioten“ wurde erschreckenderweise von links geprägt. Warum?

Und wie machen wir jetzt weiter? Schwamm drüber ist jedenfalls keine Lösung.

Streifzüge TRAFO-Club

Wer regelmäßig was springen lassen will und kann und auch im Printbereich aus dem Vollen schöpfen möchte, die/den bitten wir in den TRA(ns)FO(rmations)club der *Streifzüge*.

Eine Mitgliedschaft kostet 144 Euro pro Jahr, zahlbar auf einmal, vierteljährlich oder monatlich, per Banküberweisung:
IBAN: AT87 6000 0000 9303 8948
BIC: BAWAATWW

- Gratisbezug der *Streifzüge*
- Gratisbestellung von bis zu 10 Exemplaren der aktuellen Ausgabe
- Gratisnachbestellung aller alten Nummern (soweit vorhanden)
- Gratiszustellung ausgewählter Bücher und Broschüren, die von uns herausgegeben werden
- Sonderpreise für diverse Publikationen
- Einladungen zum Transformationsheurigen

Möchte eins aus dem Trafoclub (wieder) ausscheiden: Nichtzahlung reicht, dann verwandelt sich die Trafomitgliedschaft in ein Dreijahresabo.

Silja Samerski

Eine „verplante, technisierte Hölle“?

Zur Aktualität von Ivan Illichs *Nemesis der Medizin*

Das Medizinsystem macht krank, so lautet die Kernthese eines Buches, das Mitte der 1970er Jahre in zahlreichen Sprachen erschienen ist. Im Deutschen hat es den Titel *Die Nemesis der Medizin. Die Kritik der Medikalisierung des Lebens*; darin wirft der Philosoph und Gesellschaftskritiker Ivan Illich (1926–2002) dem modernen Medizinsystem vor, nicht der Gesundheit zu dienen, sondern vor allem dem industriellen Wachstum. Den Versuch, mit immer mehr technischen Mitteln Gesundheit zu produzieren, entlarvt er als kontraproduktiv: „Wenn sie über ein kritisches Maß an Intensität hinausgeht, ist die institutionelle Gesundheitsfürsorge – ob in Form von Therapie, Prävention oder Umweltplanung – gleichbedeutend mit systematischer Verweigerung von Gesundheit.“ (Illich, S. 13)

Die Nemesis der Medizin wurde in den 1970er Jahren weltweit rezipiert und kontrovers diskutiert. Beginnend mit dem berühmten Satz „Die etablierte Medizin hat sich zu einer ernsten Gefahr für die Gesundheit entwickelt“, löste Illichs Streitschrift in der deutschen Ärzteschaft heftige Empörung aus. Die Zeiten haben sich jedoch gewandelt. Was damals anstößig war, ist heute oftmals Allgemeinwissen: Mammographie und Prostata-Screening schaden mehr als sie nutzen, ärztlich verschriebene Medikamente sind eine der Haupt-Todesursachen in den westlichen Gesellschaften und das Krankenhaus kann ein lebensgefährlicher Ort sein. (Vgl. z.B. Götzsche; Bartens; Klauber u.a.) Dennoch ist *Nemesis* keinesfalls ein überholtes Buch – im Gegenteil: Es geht über die übliche Medizinkritik weit hinaus und ist deshalb auch heute noch brandaktuell. Illich versteht den Gesundheitsbetrieb als ein quasi religiöses Unterfangen, das von der Verheißung lebt, Krankheit und Tod mit immer ausgefeilteren technischen Mitteln kontrollieren und bekämpfen zu

können – und den Menschen dadurch die Fähigkeit nimmt, sowohl mit der Sonnenseite als auch mit der Schattenseite des Lebens zurecht zu kommen. Im Nachwort zur deutschen Neuauflage im Jahr 1995 schreibt Illich rückblickend, er habe in *Nemesis* den Versuch analysiert, „die Lebens- und Leidenskunst durch die technische Produktion von Befriedigungen zu erübrigen. Ich wollte das medizinisch orchestrierte Streben nach Gesundheit zum Paradigma für eine Megatechnik machen, die es erlaubt, von der *Conditio humana* abzusehen.“ (Illich, S. 206)

Illichs Kritik an dieser „Megatechnik“, die auf quasi religiösen Grundannahmen beruht, ist angesichts der Corona-Krise brandaktuell. Die drastischen und oftmals schädlichen Corona-Maßnahmen haben die religiöse Dimension des „Strebens nach Gesundheit“ auf besondere Weise sichtbar gemacht. Im Namen von Gesundheit fielen Oster- und Weihnachtsmessen aus, wurden KiTas, Schulen und Spielplätze geschlossen, durften Verwandte und FreundInnen sich nicht sehen und wurden Alte, Kranke und Sterbende alleine gelassen. Dieser Ausnahmezustand war in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zweifellos einzigartig. Das Buch *Nemesis* führt seinen LeserInnen jedoch vor Augen, dass es im Gesundheitsbetrieb bereits angelegt ist, alle Rechte und Freiheiten dem Ziel des Lebensschutzes und der Gesundheitsoptimierung unterzuordnen. Viele Zumutungen des Corona-Ausnahmezustandes hat Ivan Illich bereits in den 1970ern als Auswüchse des alltäglichen Medizinbetriebes diagnostiziert.

„Die Ritualisierung der Krise – ein allgemeines Merkmal einer morbiden Gesellschaft – bietet dem Medizin-Technokraten [...] Machtprivilegien, die

für gewöhnlich nur der kommandierende Offizier im Feld beanspruchen kann; unter dem Stress der Krise kann der Experte, der vermeintlich die Situation kontrolliert, leicht den Anspruch auf Befreiung von den gewöhnlichen Regeln von Recht und Anstand erheben.“ (Illich, S. 72) Dieses Zitat liest sich wie ein Kommentar zur Corona-Krise. Tatsächlich hat die Ausrufung der Pandemie Eingriffe in das Leben von Menschen legitimiert, die vorher nicht vorstellbar gewesen wären. Der „Krieg gegen Corona“ hat denjenigen, die sich „im Feld“ wähnten, vor allem VirologInnen, MedizinfunktionärInnen und GesundheitspolitikerInnen, eine einzigartige Macht über den Alltag von BürgerInnen verliehen. Grundrechte wurden suspendiert, und die Regierung – unterstützt von einem Rat aus WissenschaftlerInnen – legte per Dekret fest, wer wann wozu aus dem Haus gehen, wer sich mit wem treffen darf und welchen Immunstatus jemand haben muss, um Weihnachteinkäufe machen oder seiner sterbenden Großmutter beistehen zu dürfen. Widerstand gab es kaum. Mindestens zwei Jahre lang galten die Corona-Maßnahmen als unantastbar, Kritik wurde wie Ketzerei behandelt. „Der Medizin-Betrieb, der soviel Raum und Zeit der Gesellschaft beansprucht, bildet ein verzaubertes Grenzland – nicht ganz von dieser Welt; und ebenso sakrosankt wie sein religiöses oder militärisches Gegenstück.“ (Ebd.)

Das „Streben nach Gesundheit“ führt zu einer zunehmend überwachten und kontrollierten Gesellschaft.

Es ist erstaunlich, wie gut seine Einsichten über die Unverhältnismäßigkeit der Mittel, die Verklärung von Gesundheit und die Entmündigung von PatientInnen auf die heutige Zeit übertragbar sind. „Die Ausrichtung aller Institutionen auf die ‚Krise‘ rechtfertigt die monströse Verklärung ganz gewöhnlicher Ineffizienz.“ (Ebd.) Natürlich bezieht sich Illich, wenn er in *Nemesis* von der „Krise“ spricht, nicht auf einen gesellschaftlichen Ausnahmezustand wie die Corona-Krise. Er meint stattdessen eine ganz alltägliche medizinische Krise: das hochtechnisierte Sterben im Krankenhaus. In einer medikalisierten Gesellschaft, so seine These, wird das Sterben als Krise behandelt, in der die Medizin den Kampf gegen den Tod aufnimmt – den sie schließlich ohnehin verliert: „Der Zauberdoktor betrachtet sich als Krisenmanager. Auf heimtückische Weise führt der dem Bürger in seinem letzten Stündlein den tödlichen Traum einer Gesellschaft von unbegrenzter Macht vor.“ (Ebd.)

Was Illich damals über die medizinischen „Sterbezereemonien“ (Illich, S. 71) schlussfolgert, lässt sich genauso gut über die Corona-Maßnahmen sagen: Sie zeugen davon, dass „die religiöse Verwendung der medizinischen Technik [...] deren technischen Zweck“ überwiegt (Illich, S. 72).

Die Herrschaft der Technik

Die Nemesis der Medizin ist eine scharfsinnige Analyse des Medizinbetriebes, aber gleichzeitig auch eine grundlegende Kritik an grenzenlosem Technikfortschritt und industriellem Wachstum. Mit „Technik“ bzw. „Werkzeug“ (im Englischen *tools*) meint Illich keinesfalls nur technische Geräte oder Maschinen, sondern auch Dienstleistungen und Institutionen wie das Medizinsystem, welches das immaterielle Gut „Gesundheit“ produziert. Der Irrglaube, diese „Werkzeuge“ könnten Menschen von den Schattenseiten des Daseins wie Siechtum, Tod und Mühsal befreien, führt geradewegs in neue Formen der Abhängigkeit und Unterwerfung:

„Wenn das übermäßige Vertrauen auf industrielle Produktion und Dienstleistung die Sozialordnung so bestimmt, dass die Industrie ein virtuelles Monopol über die Anwendung neuer Errungenschaften erobert, dann wird die Versklavung der Menschen durch die Maschine nicht abgeschafft, sondern in neue, weltweit homogene Formen gepresst. Das Werkzeug wird vom Diener zum Despoten.“ (Illich, Selbstbegrenzung, S. 14)

Die Corona-Krise ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Werkzeuge zu Despoten werden. Im Sinne Illichs wird hier nicht nur ein materielles Mittel wie die Impfung als Werkzeug verstanden, sondern auch die sozialtechnologischen Eingriffe wie Lockdowns und Maskenpflichten. Diese Werkzeuge standen zu keiner Zeit in einem angemessenen, begründeten Verhältnis zu den gesteckten Zielen. Ein maßvolles, vernünftiges Management der Krise hätte klar definierte Ziele und darauf abgestimmte Strategien bzw. Mittel gebraucht, die hinsichtlich ihrer Kosten und Nutzen immer wieder kritisch überprüft werden. Viele Maßnahmen sind stattdessen schnell zum Selbstzweck geworden, ihre „religiöse Verwendung“ überwog ihren „technischen Zweck“, wie Illich über den Medizinbetrieb im Allgemeinen schreibt. (Illich, S. 72) Sie sollten glauben machen, Politik und Wissenschaft hätten Krise und Virus „im Griff“, wie Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und später Karl Lauterbach immer wieder betonten.

Der größte „Despot“ während der Corona-Krise war zweifellos die Impfung. Der Glaube an eine technische Lösung war so groß, dass das Impfen als einziger Weg aus der Pandemie galt – noch bevor man überhaupt etwas über die Wirkung der Impfstoffe wissen konnte. Ob sie Ansteckungen verhindern, war in den Zulassungsstudien der Hersteller überhaupt nicht untersucht worden. Dennoch versprach die Politik „Wir impfen Deutschland zurück in die Freiheit“ und erklärte es zum wichtigsten Ziel, dass alle Menschen eine Injektion bekommen. Viele der einschneidenden Maßnahmen des Winters 2021/22, die 2G- und 3G-Einlasskontrollen und der Ausschluss der „Ungeimpften“ aus dem sozialen Leben hatten nichts anderes zum Ziel, als die Impfquote zu erhöhen (die dennoch niemand genau kannte). Obwohl sich in Israel, dem „Impf-Weltmeister“, im Herbst 2021 die sogenannten Impfdurchbrüche mehrten und eigentlich schon klar war, dass die Impfung nicht zur erhofften Herdenimmunität führen würde, riefen Politiker und Medizinfunktionäre in Deutschland eine „Pandemie der Ungeimpften“ aus. Ungeimpfte wurden zu Sündenböcken für die Tatsache, dass das vermeintliche Allheilmittel Impfung nicht hielt, was alle hatten glauben wollen. Bis heute wertet die deutsche Gesundheitspolitik entgegen jeder Evidenz die Genesung als Weg zur Immunität systematisch ab, während sie die Impfung überhöht.

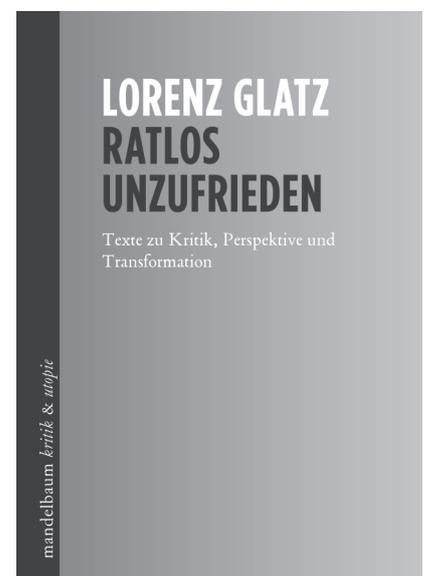
Das Corona-Management beruhte also zu keiner Zeit auf einer überlegten Abwägung von Zielen und Mitteln. Im Gegenteil: Je offensichtlicher wurde, dass die eingesetzten Mittel die formulierten Ziele nicht erreichen, desto vehementer sind sie eingefordert und verschärft worden. Für Ivan Illich ist diese Forderung nach Mehr vom Gleichen, auch wenn es offensichtlich nicht wirkt, typisch für eine fortschritts- und technikgläubige Gesellschaft. Wenn AbiturientInnen heute nicht (mehr) lesen und schreiben können, wird lediglich noch mehr Schule gefordert; wenn Krebskranke trotz Chemotherapie und Bestrahlung sterben, wird eine noch teurere und giftigere Therapie entwickelt. „Obgleich alles darauf hinweist, dass es zur totalen Niederlage führt, wenn man immer mehr vom gleichen fordert, meint man in einer dem Wachstumswahn verfallenen Gesellschaft, mehr und mehr zu brauchen.“ (Illich, Selbstbegrenzung, S. 25) Illich spricht hier von einem „modernen Regentanz“. Wenn der Regen nicht kommt, glauben die TänzerInnen, dass sie nur noch nicht intensiv genug getanzt haben.

Die Nemesis der Medizin ist ein Buch über die wachsende Unfreiheit in einer Gesellschaft, die das selbständige Tun und die eigenen Fähigkeiten durch industrielle Waren und professionelle Dienstleistungen ersetzt. Menschen werden nicht nur entmutigt, sich gegenseitig beizustehen, zu genesen, sich gesund zu erhalten sowie zuhause zu gebären und zu sterben, sondern sie werden auch regelrecht davon abgehalten. Sobald die Medizin ein Monopol über das Feld der Gesundheit errichtet hat, so Illich, „wird die Gesellschaft zum Krankenhaus“ (Illich, Selbstbegrenzung S. 14). Damit meint Illich nicht, dass nun alle hinter den Mauern von Kliniken verschwinden – im Gegenteil, die Grenzen der Institutionen lösen sich sogar auf. Es ist vielmehr so, dass Menschen zunehmend auch im Alltag ihr Leben und Denken nach den Vorstellungen, Planungen und Diagnosen von GesundheitsexpertInnen ausrichten müssen. „Die Gesellschaft insgesamt ist zur Klinik geworden, und alle Bürger sind Patienten, deren Blutdruck dauernd überwacht und reguliert wird, damit der sich ‚innerhalb‘ normaler Grenzen halte.“ (Illich, S. 119)

„Die Logik der Herrschaft beginnt mit der institutionellen Verdinglichung von Menschen durch Menschen. Sie steigert sich durch die Geschichte hindurch bis zur Selbstverdinglichung aller Menschen im Namen freier, gleicher, qualitätsloser Prinzipien des Rechts, des Gelds und seiner Vermehrung durch sinnlose Arbeit. Dank derer haben wir es so weit gebracht, wie wir sind.“

Lorenz Glatz
RATLOS
UNZUFRIEDEN
Texte zu Kritik,
Perspektive und
Transformation

mandelbaum
kritik & utopie
17.00 Euro
240 Seiten



Die Corona-Maßnahmen haben diese Medikalisierung des Alltags zugespitzt und eine dauernde Überwachung erzwungen. Wie im Krankenhaus sind Menschen in verschiedene medizinische Kategorien eingeteilt und verschiedenen „Behandlungspfaden“ zugewiesen worden. In vielen Schulen durften beispielsweise im Herbst 2021 geimpfte SchülerInnen ohne Test direkt ins Klassenzimmer marschieren, während die nicht geimpften sich erst testen mussten – oftmals in einem Extra-Raum. Manchmal fanden Schulausflüge oder Veranstaltungen sogar mit 2G-Regel statt, so dass SchülerInnen ohne entsprechenden G-Nachweis ausgeschlossen waren. In einer Gesellschaft, die zur Klinik wird, übernehmen auch Bildungsinstitutionen medizinische Überwachungs- und Kontrollfunktionen. Da sie im Namen von „Gesundheit“ geschehen, nimmt kaum jemand Anstoß daran. Wären SchülerInnen nicht aufgrund von medizinischen, sondern aufgrund von biologischen Merkmalen auf diese Weise institutionell diskriminiert worden, hätte es einen Aufschrei gegeben. Ausgestattet mit den Weihen von VirologInnen und anderen GesundheitsexpertInnen aus dem „verzauberten Grenzland“ des Medizinbetriebes konnten diese Maßnahmen jedoch „den Anspruch auf Befreiung von den gewöhnlichen Regeln von Recht und Anstand erheben“ (Illich, S. 72).

Dass MedizinerInnen das Recht zugestanden wird, Menschen in verschiedene soziale Kategorien einzuteilen und ihnen unterschiedliche Rechte und Pflichten zuzuschreiben, ist nicht neu. Wir haben uns daran gewöhnt, dass wir uns beispielsweise nicht selbst krankmelden dürfen, sondern ÄrztInnen erst beglaubigen müssen, dass es uns schlecht

geht. Diskriminierung aufgrund von biologischen Merkmalen wie Hautfarbe oder Geschlecht ist gesellschaftlich verpönt, Diskriminierung aufgrund von medizinischen Diagnosen und Attesten jedoch nicht.

„Die Medizinbürokraten unterteilen die Menschen in solche, die Auto fahren dürfen, die der Arbeit fernbleiben dürfen, die eingesperrt werden müssen, die Soldat werden sollen; in solche, die in andere Länder fahren, kochen oder die Prostitution ausüben dürfen, solche, die sich nicht um das Amt des Vizepräsidenten der USA bewerben dürfen ... und solche, die tot sind, solche, die fähig sind, ein Verbrechen zu begehen, oder die wahrscheinlich eines begehen werden.“ (Illich, S. 55)

In der Corona-Krise hat diese Klassifizierung und Attestierung beispiellose Ausmaße angenommen. Zu Illichs Liste ließen sich zahlreiche neue Corona-Kategorisierungen hinzufügen: MedizinbürokratInnen unterteilen die Menschen in solche, die – auch vollkommen gesund – für zwei Wochen zuhause eingesperrt werden dürfen, die keinen Einkaufsladen mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften betreten dürfen, die nicht mehr in ihr Heimatland reisen dürfen, die aufgrund ihrer unkonventionellen Ansichten als Gesundheitsgefahr gelten und die nach einem Stichtag trotz Impfung als „ungeimpft“ gelten und deshalb ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen dürfen.

Besonders durchdringend und umfassend wird die medizinisch begründete Klassifizierung und Überwachung von Menschen dann, „wenn sich eine Gesellschaft zur präventiven Treibjagd auf die

mandelbaum verlag	MEHR ALS SOZIALDEMOKRATIE UND SOZIALSTAATSFETISCH!	EINE RADIKALE (WERT)KRITIK DER KAPITALISTISCHEN MASENKONSTRUKTIONSWAFFE	MENSCH-MASCHINE-VERHÄLTNISSE ZWISCHEN ENTFREMDUNG UND BEFREIUNG	kritik & utopie
	 <p>ROBERT FOLTIN DIE LINKE IN ÖSTERREICH Eine Einführung 212 Seiten 14,- Euro</p>	 <p>ANSELM JAPPE BETON Massenkonstruktionswaffe des Kapitalismus 160 Seiten 20,- Euro</p>	 <p>BARBARA EDER DAS DENKEN DER MASCHINE Marx, Mumford, Simondon 116 Seiten 13,- Euro</p>	

Krankheit rüstet“ (Illich, S. 71). Als Illich diesen Halbsatz schrieb, konnte er den „Krieg gegen Corona“ nicht vorhersehen; er spricht von der Treibjagd auf die Krankheit an sich, also von einer Medizin, die das Ziel verfolgt, Krankheiten zu verhindern, bevor sie auftreten. Die „Schnüffelei nach Gesundheitsrisiken führt zu polizeimäßigen Kontrollnetzen, um jene zu erfassen, die besonderen Schutzes bedürfen.“ (Illich, S. 66f.) In der Corona-Krise wurde die „präventive Treibjagd auf die Krankheit“ zum Alltag und hat dauernde Überwachung und Verdächtigung mit sich gebracht. BürgerInnen waren aufgefordert, Infektionsrisiken im Alltag zu kontrollieren. Alle Menschen, auch die kerngesunden, galten als Risiko, als potentielle Gesundheitsgefahr. Der britische National Health Service (NHS) beispielsweise hat BürgerInnen dazu aufgerufen, sich auch bei bester Gesundheit als Gefahr für ihre Mitmenschen zu verstehen: „Act like you’ve got it.“ Was die „Schläfer“ beim Kampf gegen den Terror, waren die „asymptomatisch Kranken“ beim Kampf gegen das Virus: unauffällige und daher besonders gefährliche Risikopersonen. (Eigentlich handelt es sich bei der Rede von „asymptomatisch Kranken“ um ein Oxymoron, einen Widerspruch in sich. Wer keine Symptome hat, ist nicht krank. Die neue Patientenkategorie der „asymptomatisch Kranken“ gab es zuvor schon in der Genetik, wenn ein Laborbefund einem kerngesunden Menschen einen „Gendefekt“ bescheinigte. In beiden Fällen mutiert ein biochemischer Befund zu einer vermeintlichen Diagnose und macht aus gesunden Menschen medizinische Fälle und Risikoträger.)

Der Verdacht wurde also verallgemeinert; BürgerInnen galten nicht mehr als TrägerInnen von Rechten, sondern in erster Linie als TrägerInnen von Infektionsrisiken. Erst dann, wenn sie nachweisen konnten, dass sie frisch getestet, kürzlich genesen oder geimpft waren, durften sie z.B. ins Hotel gehen oder in die Bahn steigen. Innerhalb kurzer Zeit wurde eine digitale Infrastruktur geschaffen, die dazu verpflichtete, bei alltäglichen Verrichtungen immer wieder nachzuweisen, kein „Superspreader“ zu sein. Die rechtsstaatliche Unschuldsvermutung (und mit ihr die Beweislast) wurde umgekehrt – eine typische und folgenreiche Perversion des Rechts im Präventionsregime. In einem Rechtsstaat gilt jeder Mensch als unbescholten, solange nicht etwas anderes bewiesen werden kann. Eine Gesellschaft, die sich dem Ziel der Prävention verschrieben hat, verallgemeinert jedoch den Verdacht und macht es für ihre Mit-

glieder zur Pflicht, ihre Normalität oder Unverdächtigkeit nachzuweisen. (Bröckling, S. 38ff.)

Ein Weg aus der „Hölle“?

Wer die Frage „Cui bono“ stellt, um die Corona-Maßnahmen zu analysieren, macht schnell kapitalistische Profiteure wie *Pfizer* und die Gates-Stiftung als einflussreiche Hintermänner oder gar Drahtzieher aus. Dass die Pharmaindustrie die Zulassungsbehörden und Politik besticht und auch nicht vor mafiösen Methoden zurückschreckt, ist vielfach dokumentiert. (Vgl. u.a. Götzsche) Die intransparente Zulassung, massive Vermarktung und mangelnde behördliche Kontrolle der Corona-Impfstoffe ist fraglos ein Skandal. Doch es wäre irreführend, die Schuld für Impfwang und Corona-Panik vornehmlich bei *Pfizer* und Bill Gates zu suchen – ungefähr „ebenso unsinnig, als wolle man die Mafia für den illegalen Drogenkonsum verantwortlich machen.“ (Illich, S. 53) Die technokratischen Maßnahmen der vergangenen drei Jahre sind Ausdruck der Irrationalität einer Gesellschaft, die vom Glauben an technische Machbarkeit beherrscht wird. In Gesellschaften, in denen „der Markt für Konsumgüter einen bedrohlichen Umfang erreicht hat“, so Illich, sind Menschen davon überzeugt, „dass im Bereich der Gesundheitspflege wie auch auf allen anderen Gebieten menschlichen Strebens die Technik dazu dienen könne, die Lebensbedingungen des Menschen in beinahe jeder Richtung zu ändern“ (ebd.). Diese Erwartung führt in eine „Gesundheitsherrschaft“ (Hontschik) mit einem „nie dagewesene[n] Maß an hierarchischen Kontrollen“ (Illich, S. 200), um allen Menschen medizinisch bereitzustellen, was Gesundheitsbürokratien als ihr Bedürfnis diagnostizieren. Die Folge ist ein „zwanghafte[s] Überleben in einer verplanten, technisierten Hölle“.

Die unerträgliche Verplanung und Technisierung des Alltags, die Illich in den 1970ern voraussah, haben wir während der Corona-Krise besonders drastisch erlebt. „Noch nie in der Geschichte ist das Leben der Menschen außerhalb von Gefängnissen so strikt reguliert worden wie in der Corona-Zeit.“ (Prantl, S. 8) Die Abschaffung von Freiheiten und die zunehmende Programmierung von Umwelt und Verhalten sind aber nicht etwa präzedenzlose Maßnahmen einer vermeintlichen „Corona-Diktatur“, sondern die unvermeidlichen Folgen des Bestrebens, Gesundheit institutionell und technisch zu kontrollieren. Die Corona-Krise hat lediglich zugespitzt oder gesellschaftlich akzeptabel gemacht, was im Gesundheitsbereich schon vorher

alltäglich war. Auch ganz ohne Ausnahmezustand bahnt sich im Gesundheitsbereich beispielsweise durch die Digitalisierung ebenfalls eine „verplante, technisierte Hölle“ an – eine massive Zunahme an technokratischer Verwaltung und Gängelung im Namen der Gesundheit. DigitalexpertInnen, PolitikerInnen, Krankenversicherungen und IT-Konzerne träumen von einer datengetriebenen und präventiven Medizin, in der digitale Maschinen das „Streben nach Gesundheit“ überwachen und steuern. In Zukunft soll jeder Mensch qua Geburt eine elektronische Gesundheitsakte erhalten, in der möglichst viele Daten gesammelt werden können. Die „Schnüffelei nach Gesundheitsrisiken“ kann dann automatisiert werden und erscheint nicht mehr als Überwachung, sondern als vermeintlich objektive Aufklärung und Information. Gezielte Gesundheitsinformationen und Entscheidungsarchitekturen können Menschen dann ganz ohne menschliche Autoritäten zu denjenigen Optionen und Verhaltensweisen drängen, die ExpertInnen als „rational“, „faktenbasiert“ und „gesundheitskompetent“ qualifizieren. Menschen mit Gesundheitsrisiken oder Verweigerer von Vorsorgeuntersuchungen oder Impfungen können ohne Aufwand in Datenbanken identifiziert und pädagogisch oder verhaltensökonomisch bearbeitet werden. Geht es nach den Plänen von Digitalkonzernen und der WHO, sind die Corona-Impfpässe ein erster entscheidender Schritt auf dem Weg zu allgemeinen Impfpässen bzw. zu einer digitalen Identität. Diejenige „Manipulation, die notwendig ist, um Bevölkerungen den Bedürfnissen technischer Systeme anzupassen“ (Illich, S. 188), wird in einer digitalisierten Gesellschaft also zunehmend von einer anonymen Infrastruktur übernommen. Vor der Corona-Krise mussten sich die PlanerInnen einer solchen digitalen Überwachung und Verhaltenssteuerung noch um die Akzeptanz in der Bevölkerung sorgen; mittlerweile ist der „Big Brother, der Präventionsstaat, [...] in der Corona-Zeit ein Freund und Partner geworden“ (Prantl, S. 8).

Eine umfassende, kritische und offene Aufarbeitung der Corona-Krise würde die Chance bieten, nach denjenigen Selbstverständlichkeiten zu fragen, die sowohl dem „Krieg gegen Corona“ als auch dem „Krieg gegen den Krebs“ oder den Verheißungen einer digitalisierten Präventionsmedizin zugrunde liegen. Ivan Illichs *Nemesis* ist eine äußerst fruchtbare Lektüre auf der Suche nach tiefgründigen Antworten sowie nach neuen, weiterführenden Fragen. Illich kritisiert nicht nur

diejenigen, die vorgeben, Gesundheit zu produzieren und zu verkaufen, sondern auch diejenigen, die glauben, sie konsumieren, steuern und optimieren zu können. Wenn es jedoch Hoffnung geben soll, dass wir uns unsere Fähigkeiten füreinander zu sorgen, gesund zu sein, zu gebären, zu genesen, zu heilen, uns beizustehen und zu sterben nicht gänzlich von einer „Megatechnik“ (Illich, S. 206) rauben lassen wollen, dann führt an der Lektüre und Diskussion von Illichs *Nemesis* kein Weg vorbei.

SILJA SAMERSKI ist
Sozialwissenschaftlerin und Biologin

LITERATUR

- | | |
|--|---|
| <p>Werner Bartens (2008),
Vorsicht Vorsorge! Wenn
Prävention nutzlos oder
gefährlich wird.</p> <p>Ulrich Bröckling (2008),
Vorbeugen ist besser... Zur
Soziologie der Prävention,
in: Behemot. A Journal on
Civilisation 1(1).</p> <p>Peter C. Göttsche (2014),
Tödliche Medizin und
organisierte Kriminalität.
Wie die Pharmaindustrie
das Gesundheitswesen
korrumpiert.</p> <p>Bernd Hontschik (2022),
Heile und herrsche. Eine
gesundheits-politische
Tragödie.</p> | <p>Ivan Illich (1975), Die
Nemesis der Medizin. Die
Kritik der Medikalisierung
des Lebens, München 1995.
>> Im Text nur mit „Illich“
bezeichnet</p> <p>Ivan Illich (1973),
Selbstbegrenzung. Ein
politische Kritik der
Technik, München 1998.</p> <p>Jürgen Klauber u.a. (Hg.),
Krankenhausreport 2014.
Schwerpunkt
Patientensicherheit.</p> <p>Heribert Prantl (2021), Not
und Gebot. Grundrechte in
Quarantäne.</p> |
|--|---|

Dieser Text ist ein Auszug aus ihrem Buchbeitrag:
„Kontraproduktiv“ und „todfeindlich“. *Zur Aktualität von
Ivan Illichs Nemesis der Medizin angesichts der Corona-
Krise.*

Erschienen in: Andreas Urban (Hg.): *Schwerer Verlauf.
Corona als Krisensymptom*, Promedia Verlag, 2023.

Lorenz Glatz

Es geht voran. In die „letzten Tage der Menschheit“?

Seit über einem Jahr rollt eine mediale Dampfwalze durch „den Westen“. Sie soll unsere Gedanken über den Krieg in der Ukraine auf die Parole einebnen, „dass wir vor allem dafür sorgen müssen, dass Putin besiegt wird. Das muss das aktuelle Ziel sein. Das ist eine Frage der Sicherheit für die Zukunft Europas und für die Zukunft der Welt“ (EU-Ratspräsident Charles Michel zu CNN 23.3.2022). Die Frage, wie weit die NATO an die Grenzen Russlands vorrücken oder wie weit „Putin“ sie mit der Besetzung der Krim und dem Überfall auf die Ukraine auf Distanz halten kann, soll von den vereinigten Demokraten des Westens durch den Bürgerkrieg in der Ukraine und die massive Unterstützung der ukrainischen Regierung seit 2014 und erst recht seit 2022 mit einem Endsieg auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung gelöst werden.

Grenzen der westlichen Propaganda ...

Eine erstaunlich offene Erhebung jedoch, ob „die Ukraine Friedensgespräche beginnen (sollte), auch wenn das bedeutet, bestimmte besetzte Gebiete an Russland abzutreten“, beantworten zwei Drittel der Befragten in Österreich zustimmend (heute.at), und selbst aus einem NATO-Land meldet euractiv.com, „das führende Medium zur Europapolitik“ unwirsch: Die „Hälfte der Spanier wollen Frieden auf Kosten von Landverlusten“ (euractiv.de). In der demokratischen Ukraine selbst herrscht Pressezensur, Oppositionsparteien sind verboten, und Menschen können dem Patriotismus ihrer Regierung kaum lauter widersprechen als jene im autoritären Russland.

Überraschen sollte ein solches Ergebnis angesichts der zigtausend ermordeten und verwundeten Soldaten bei den Angegriffenen wie bei den Angreifern und bei den Zivilisten in der Ukraine (die für die Flucht in den diesmal aufnahmebereiten Westen zu

arm oder zu alt sind), der Verwüstung der Städte, der Vergiftung von Ackerböden, Grundwasser und angrenzendem Meer, aber auch der von Krieg und Sanktionen ausgelöste Welle von Inflation und Teuerung nicht wirklich.

In den Augen des übergroßen „Rests der Welt“ steht der Westen nicht gut da: „Das Paradoxe am Krieg in der Ukraine ist, dass der Westen zugleich geeinter und weniger einflussreich in der Welt ist als je zuvor“, sagt ein anderes Studienergebnis (orf.at). Das hat wohl damit zu tun, dass im „Rest der Welt“ die westliche Propaganda den Blick weniger verstellen kann als „daheim“. Die Toten der Bombardierung Jugoslawiens und Libyens, der zwanzigjährigen Besetzung Afghanistans, der Zerstörung Iraks und des vom Westen angeheizten Bürgerkriegs in Syrien, aber auch die NATO-Osterweiterung und von Dollars tatkräftig unterstützten „Farbenrevolutionen“ in der Ukraine und Georgien sind eine Liste von neueren, im „Rest der Welt“ noch nicht vergessenen Aktionen der Hochburgen der Demokratie.

... und was uns dahinter – so oder so – „blüht“

Russland wird in der „National-Security-Strategy“ der USA nicht mehr als „competitor“, sondern nur noch als „an immediate and ongoing threat to the regional security order in Europe“ und als Bundesgenosse des wahren „competitors“ China betrachtet und behandelt. Dessen Aufstieg ist es, was es für die verbliebene Supermacht und ihre Verbündeten mit allen Mitteln einschließlich ihrer gewaltigen Militärmaschine und Rüstungsindustrie zu verhindern gilt. Auf dieser fußt ja die ökonomisch-finanzielle Überlegenheit des Westens. Sie bietet der Kapitalverwertung weltweit einen sicheren

Hafen, solange diese sich in der Form einer globalisierten Produktion durch den bei Bedarf freigeschossenen Zugang zu den Ressourcen und Märkten des Planeten verwirklichen kann, für die USA noch zusätzlich durch den Dollar als Leitwährung des Welthandels. Die Globalisierung nutzt das Lohn- und Konsumgefälle zum Großteil des Globus, das neben Superprofiten auch das Stillhalten der eigenen Bevölkerung sichern soll; und die Weltgeltung des Dollars ermöglicht es den USA dazu noch, ihre in diesem Treiben immens gewordenen Staatsschulden in der eigenen Währung per „Gelddruckerei“ zu begleichen.

Herrschaft kann ohne Krieg nie Frieden geben und erst recht nicht die gegenwärtige Form davon, zu der unsere globale Staatenwelt gehört. Ob als demokratisch bejubelt oder als autoritär beschimpft, beruht sie auf dem Streben nach der Dominanz in einer stets instabilen Pyramide der im „Krieg aller gegen alle“ jeweils Siegreichen.

Die ökonomische Dominanz von USA & Co. ist freilich im Schwinden begriffen. Erst jüngst hat der wichtigste Ölstaat, Saudiarabien, die Weichen seines Erdölhandels mit China, das zum wichtigsten Kunden geworden ist, für eine Verrechnung in chinesischer Währung gestellt. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China 2009, Südafrika 2011) sind auf dem Weg, nicht nur ihren Erdölhandel, sondern ihren Handel überhaupt in Landeswährung abzuwickeln. Sie arbeiten seit einem Jahrzehnt daran, Alternativen zu Weltbank und Internationalem Währungsfonds zu schaffen, und „vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs und des Konflikts um Taiwan“ versucht „der Staatenbund ... sich als Alternative zur G7 zu positionieren“. Der aktuelle Zulauf zu den BRICS-Staaten ist jedenfalls bemerkenswert: „Dreizehn Länder haben formell um den Beitritt gebeten und sechs weitere haben informell darum gebeten“, erklärte der südafrikanische BRICS-Botschafter. Zu den Beitrittsaspiranten gehören Argentinien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien, Ägypten, Bahrain und Indonesien. Am bemerkenswertesten jedoch sind die Beitrittswerber Saudi-Arabien und Iran, ersteres ein Schützling der USA und Feind des zweiten, mit dem es bis dato im Jemen einen kostspieligen Krieg geführt und nun auf chinesische Vermittlung beendet hat.

Angesichts dieser für den Westen negativen ökonomischen und politischen Entwicklungen haben die USA ihre Provokationen und China seine Demonstrationen um die Insel Taiwan verstärkt. Diese hat dank ihrer Halbleiterindustrie für die militarisierte Weltwirtschaft eine strategische Bedeutung, wird von China mit mehr oder weniger Völkerrecht beansprucht und besteht – Recht hin oder her – seit langem nur dank der „militärischen Unterstützung“ durch die USA. Auf die jüngsten Auseinandersetzungen antwortete aber nunmehr der EU-Vizepräsident Joseph Borrell mit der Forderung, auch europäische Kriegsschiffe in die Meeresstraße vor der Insel zu schicken, denn „Taiwan ist eindeutig Teil unseres geostrategischen Perimeters, um den Frieden zu sichern und unsere Interessen zu verteidigen“ (zeit.de).

„Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg“ sagten schon ein paar hundertmillionen Kriegstote früher die Herren des Imperium Romanum. Herrschaft kann ohne Krieg nie Frieden geben und erst recht nicht die gegenwärtige Form davon, zu der unsere globale Staatenwelt gehört. Ob als demokratisch bejubelt oder als autoritär beschimpft, beruht sie nicht auf der kooperativen Sorge menschlicher Gemeinschaften für einander und die Welt, sondern auf dem Streben nach der Dominanz in einer stets instabilen Pyramide der im „Krieg aller gegen alle“ jeweils Siegreichen, an der Spitze zusammengefasst in der aktuell erfolgreichen Verteidigung und Vermehrung investierten Kapitals. Angesichts der Verheerungen, die diese untergangsunfähige Lebensweise nach einigen hundert Jahren Entwicklung unter den Menschen und in der ganzen lebendigen und anorganischen Welt des Planeten anrichtet, und in der Gefahr einer Zuspitzung zu Kriegen unter den destruktivsten, weil auch atomar bewaffneten Banden, ist eine Unterscheidung von guten und bösen oder auch nur schwächeren und stärkeren Kombattanten nur noch unsinnig und schädlich.

Das beginnt trotz aller Propaganda im Bewusstsein vieler eher machtlosen Menschen durchaus anzukommen. Ob es gelingt, solches Bewusstsein in Aktivität, Versuche und Experimente kooperativer, ökologisch zuträglicher Lebensweisen umzusetzen, für diese inmitten des Gegenteils Platz zu schaffen und sie mit List und Klugheit zu verteidigen und auszuweiten, wird in recht schnellem Tempo zu einer Überlebensfrage nicht nur unserer Tierart.

Andreas Urban

Realitätsverlust und Bellizismus

In den vergangenen Monaten hat sich nicht nur der Verlauf des in der Ukraine tobenden Stellvertreterkrieges zwischen Russland und dem „kollektiven Westen“ weiter zuungunsten der Ukraine und ihrer westlichen Verbündeten zugespitzt, sondern Hand in Hand damit auch der Realitätsverlust im Westen neue Höhen erklommen. Seit der ukrainischen „Herbstoffensive“, die besonders in westlichen Medien zu einer bevorstehenden Trendwende im Krieg gegen Russland hochgejubelt wurde, in Wahrheit jedoch strategisch nur wenig relevante Gebietsgewinne brachte, dafür aber für die Ukraine extrem verlustreich verlief, sind selbst diese minimalen Erfolge größtenteils wieder zunichte gemacht worden und hat Russland nicht nur seine Luftangriffe auf ukrainische Städte intensiviert, sondern auch an der Front beträchtliche Fortschritte erzielt. Wenn nach Soledar (Mitte Jänner) auch die schwer umkämpfte Stadt Bachmut fällt, wäre der Weg für Russland frei zur Einnahme der restlichen Regionen im und zur vollständigen Kontrolle über den Donbass.

Davon unbeeindruckt wird im Westen am Narrativ festgehalten, dass „Russland verliert“ und die „Ukraine gewinnt“. Man verbreitet in den Medien auch weiterhin bei jeder Gelegenheit Selenskyjs Halluzinationen über eine Rückeroberung der Krim und einen bald zu erringenden Sieg über Russland. Mittlerweile ist die reale Situation freilich schon so trist, dass nur wenige Tage später über das Eingeständnis des ukrainischen Präsidenten berichtet werden muss, dass die Lage an der Front immer schwieriger wird. Der für die Ukraine und den Westen desaströse Kriegsverlauf wird sodann als eine „Pattsituation“ schöneredet, in der beide Seiten gleichermaßen hohe Verluste erleiden würden.

Vor diesem Hintergrund ist es nur mit Realitätsverlust zu erklären, wenn ein Sieg der Ukraine prophezeit wird, und das womöglich noch im Laufe der kommenden Monate. Dergleichen sagt etwa ein „Militärexperte“ der ETH Zürich voraus, der auf der Grundlage seiner Berechnungen behauptet, dass die Ukraine „Russland im Oktober besiegen“ wird. (blick.ch, 1.3.2023) Wir begegnen hier mithin derselben Abgehobenheit von jeglicher objektiven Wirklichkeit wie schon bei der „Pandemie“-Modellierung, deren „Modelle“ und daraus abgeleitete Prognosen sich oft genug als grotesk falsch erwiesen haben. Die „Modellannahmen“ zum Krieg bauen vor allem auf dem seit Kriegsbeginn erzählten Märchen auf, wonach den Russen demnächst – jetzt aber wirklich! – die Munition ausgehen werde. Selbst wenn man einmal annehmen wollte, dass der russische Verbrauch an Munition irgendwann in nächster Zeit die Produktionskapazitäten übersteigen sollte, so stünde die Ukraine immer noch schlechter da, da diese von westlichen Lieferungen abhängig ist, die jedoch im Versiegen begriffen sind.

Wem geht die Munition aus?

Wie die Dinge tatsächlich liegen, kann sogar in westlichen Medien nachgelesen werden: Laut *Süddeutscher Zeitung* vom 7. März 2023 plant die EU für eine Milliarde Euro Artilleriegeschosse zu kaufen – und zwar „sowohl um die Ukraine damit zu beliefern als auch, um die eigenen, weitgehend geleerten Bestände wieder aufzufüllen.“ Der Artikel enthält auch Angaben über die ukrainische im Vergleich zur russischen Feuerkraft: Die russischen Streitkräfte könnten demnach täglich ca. 20.000 Artilleriegranaten abfeuern, während der Ukraine lediglich 4.000 bis 6.000 Schuss pro Tag zur Verfügung stünden. Dem ukrainischen Verteidigungs-

minister Resnikow zufolge benötige die Ukraine, „um militärisch effektiv zu sein“, mehr als 350.000 Schuss pro Monat. Das übersteigt freilich, wie selbst dem Autor jenes Artikels nicht verborgen bleiben kann, die Möglichkeiten der EU bei weitem. So rechnet die *Süddeutsche* in ihrem Artikel vor, dass eine „einfache 155-Millimeter-Granate, die zum Beispiel nicht über eine Laser- oder GPS-Lenkeinheit verfügt – mithin eine sogenannte ‚dumme Bombe‘ – [...] um die 3000 Euro pro Stück [kostet]. Mit einer Milliarde Euro lassen sich also etwas mehr als 330 000 Geschosse beschaffen – weniger, als die Ukraine nach eigenen Angaben pro Monat benötigt.“ Völlig offen lässt der Artikel (wie auch die EU) dabei die Frage, wer die Munition in ausreichender Menge herstellen soll, zumal fraglich ist, ob Europa aktuell überhaupt über die dafür erforderlichen Rüstungskapazitäten verfügt. Nicht zufällig sieht der „Plan“ der EU als eigenen Punkt vor, „langfristig die Rüstungskapazitäten in Europa [zu stärken].“ Vor diesem Hintergrund kann also kaum ein Zweifel bestehen: Wenn jemandem demnächst die Munition ausgeht, dann der Ukraine noch lange vor Russland.

Abnutzungskrieg

Auch auf praktisch-politischer Ebene bleibt der Westen beim „bewährten“ Maßnahmenportfolio, d.h. es werden immer neue Sanktionen verhängt, die schon bisher nicht die Wirkung gezeigt haben, die man sich von ihnen versprochen hatte, dafür aber nicht geringe ökonomische „Kollateralschäden“ nach sich zogen. Die EU verabschiedete etwa am 24. Februar 2023, also exakt am ersten Jahrestag des „russischen Angriffskrieges“, ihr insgesamt zehntes Sanktionspaket. Unbeirrt festgehalten wird auch an der „Strategie“ immer neuer Waffenlieferungen in die Ukraine. Wie groß die Verzweiflung (aber auch der Wahnsinn) im Westen inzwischen ist, kann insbesondere daran abgelesen werden, dass immer mehr rote Linien überschritten werden, die das Potenzial haben, den Konflikt zu einem Dritten Weltkrieg hochzueskalieren. Darunter fällt vor allem die Entscheidung etlicher westlicher Länder, Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern. Mittlerweile, nachdem sich die Panzerlieferungen als Farce erwiesen haben, wird sogar über die Lieferung von Kampfjets diskutiert. Wenn hier nicht bald Zurückhaltung eintritt, darf erwartet werden, dass in nicht allzu ferner Zukunft womöglich auch noch der vom ukrainischen Vizeregierungschef Kubrakow auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023 erhobenen Forderung nach Streumunition nähergetreten werden könnte –

womit der Westen immerhin seinen Willen zum Kriegsverbrechen bekunden würde. Gegen ein rechtzeitiges Aufblitzen rudimentärer Restvernunft spricht aber, dass die USA kürzlich angekündigten, Langstreckenraketen an die Ukraine liefern zu wollen, was den Krieg zweifellos auf eine weitere Eskalationsstufe heben würde.

Diese vom Westen mit absurden bis brandgefährlichen Mitteln betriebene Verlängerung eines schon verlorenen Krieges geht auf Kosten zahlloser Menschenleben, insbesondere in der ukrainischen Bevölkerung und unter den in immer größerer Zahl an der Front verheizten Männern (und Frauen). Der ganze Zynismus der westlichen „Strategie“ kommt im medial und politisch herumgereichten Vokabel des „Abnutzungskriegs“ zum Ausdruck: „Abgenutzt“ wird hier vor allem die Ukraine, die „bis zum letzten Ukrainer“ einen Stellvertreterkrieg kämpfen soll und dafür mit Waffen, Munition, Finanzmitteln etc. ausgestattet wird, in der desperaten Hoffnung, Russland letztendlich doch noch zur Kapitulation zu zwingen oder zumindest eine Verhandlungsposition zu erringen, in der der Westen dem Gegner alle möglichen Maximalforderungen aufoktroieren kann. Nichts davon ist nach dem bisherigen Kriegsverlauf auch nur annähernd realistisch. Und je mehr Zeit vergeht, desto schlechter wird die ukrainische Verhandlungsposition werden und desto größer und umfassender werden die schon heute massiven Zerstörungen ausfallen. Die westlichen Projektionsleistungen machen daraus freilich einen Abnutzungskrieg Putins, garniert mit der üblichen Dämonisierung und Psychopathologisierung des russischen „Autokraten“, dem Menschenleben schlicht „gleichgültig“ seien – als hätte man sich im Krieg (zumal in den westlichen Weltordnungskriegen von Jugoslawien über Afghanistan und Irak bis Libyen und Syrien) jemals um „Menschenleben“ geschert, und als trage der Westen durch seine beharrliche Eskalationspolitik nicht maßgeblich zu der immer desolateren Situation in der Ukraine bei.

Reduzierte Funktionsintelligenz

Darüber hinaus darf trotz des durchaus nicht geringen Unterhaltungswerts, den so manche kabarettreife Einlagen der westlichen Funktionseliten ohne Zweifel haben mögen, nicht übersehen werden, dass davon ein ungeheures Eskalationspotential ausgeht, das mit Leichtigkeit bis hin zur Provokation eines menscheitsbedrohenden Atomkriegs gehen könnte. Auf der *doomsday clock*

steht der Zeiger bei 90 Sekunden vor Mitternacht – die Gefahr einer globalen Katastrophe ist demnach so groß wie nie zuvor. Gerade die Lächerlichkeit und Wahnwitzigkeit vieler westlicher Aktionen im „Krieg gegen Putin“ verweisen letztlich nur auf den hochgradig desolaten Zustand, in dem sich der „kollektive Westen“ samt seiner „reduzierten kapitalistischen Funktionsintelligenz“ (Robert Kurz: *Weltordnungskrieg*) mittlerweile zu befinden scheint: Er riskiert eine immer weitere und immer größere Eskalation des Krieges mit Maßnahmen, die im Endeffekt zu kaum mehr als einer zahnlosen Symbolpolitik taugen, aber in ihrer Signalwirkung an den Kriegsgegner allemal dazu angetan sind, den Konflikt über die Schwelle zum Dritten Weltkrieg zu heben. Etwa, wenn der Westen mit der Lieferung von Kampfpanzern de facto eine Handlung setzt, die der Gegner ohne weiteres als Kriegserklärung auffassen und ihm damit unter Umständen die völkerrechtliche Legitimation geben könnte, westliche Stützpunkte anzugreifen, auf denen z.B. ukrainische Soldaten für die Bedienung der Panzer ausgebildet werden. Zumal Figuren wie Annalena Baerbock inzwischen schon selbst ausdrücklich davon reden, sich mit Russland im Krieg zu befinden.

Demselben Panoptikum des Irrsinns entspringt die ad nauseam propagierte und prolongierte Sanktionspolitik, die ihre bescheidene Wirksamkeit, dafür aber umso größere Schädlichkeit längst unter Beweis gestellt hat. Auch hier ist der „Zweck“ in Anbetracht der überwiegend autodestruktiven Effekte der Sanktionen wohl in erster Linie ein symbolischer: Solidarität demonstrieren, Flagge zeigen und – in zunehmendem Maße – vom Scheitern der eigenen „Strategien“ ablenken („der eingeschlagene Weg ist der richtige“). Anders als die Sanktionspolitik selbst verbleiben die verursachten Schäden jedoch nicht auf einer *symbolischen* Ebene, sondern fallen auf einer ganz handfesten *materiellen* Ebene an. Die westliche Sanktionspolitik ist also nicht nur *virtuell*, sondern *wirklich* zerstörerisch. Noch gelingt es den Funktionsebenen, wenn auch nur mit äußersten Verrenkungen, sich an den materiellen Effekten ihres Handelns einigermaßen vorbeizumogeln – oder zumindest so zu tun, als ob. Die beharrlich verleugnete Realität schlägt aber auch hier zusehends zurück (Inflation, Flüchtlingskrise, Energiekrise, drohende Rezession etc.), und der Tag ist wohl nicht mehr fern, an dem die Funktionsebenen und die derzeit noch im Kriegstaumel befindlichen Teile der Bevölkerung auf den harten Boden der Tatsachen zurückgeholt werden.

Context XXI | W3-Kooperative Digitales Archiv

Aktuell verfügbar: ca. 4.600 Beiträge von ca. 1.260 AutorInnen. Mehr als 17.000 Beiträge sind bereits indiziert und sollen im Volltext verfügbar gemacht werden!

Wir wollen den Zyklen des Vergessens und Neugründens sowie der gegenseitigen Ignoranz möglichst kräftig entgegenwirken. Was braucht es dafür? Richtig: Euch, Euer Interesse, Eure Unterstützung und Eure Teilnahme!



Werdet und werbet fördernde Mitglieder!

<http://contextxxi.org/>

Kriegshetze

Auf neue Höhen geklettert ist in den letzten Monaten, neben dem Verlust des Realitätsbezugs, nicht zuletzt auch die westliche Kriegshetze und die damit einhergehende Verrohung des öffentlichen Diskurses, insbesondere unter den linksliberalen und grünen „Wohnzimmergenerälen“. Freilich war der Umgangston schon unmittelbar nach Kriegsbeginn nicht gerade zimperlich und hat etwa der sich für einen Punk haltende *Spiegel*-Kolumnist Sascha Lobo – der schon während der „Pandemie“ durch übelste Hetze gegen „Maßnahmengegner“ und „Ungeimpfte“ aufgefallen war – bereits im April 2022 Kriegsgegner und Friedensaktivisten als „Lumpenpazifisten“ verunglimpft. (*spiegel.de*, 20.4.2022) Der Kriegsverlauf und das kaum noch zu leugnende Zerschellen der eigenen „Narrative“ an der objektiven Wirklichkeit haben jedoch deutliche Spuren am Nervenkostüm der „solidarischen“ Bellizisten hinterlassen und den Aggressionslevel nochmals beträchtlich nach oben geschraubt. So beschimpfte der *Standard*-Blogger Christian Kreil Ende Februar 2023 auf *Twitter* die Initiatorinnen des „Manifests für Frieden“, Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht, als „Putinfotzen“ und andere sich gegen den Krieg positionie-

rende Prominente männlichen Geschlechts ganz gendergerecht als „Putinschwanzlutscher“. (Der Tweet wurde mittlerweile gelöscht.) Bereits im Jänner hatte der bis Herbst 2022 in Deutschland als ukrainischer Botschafter sein Unwesen treibende Andrij Melnyk Sahra Wagenknecht auf *Twitter* (21. Januar 2023) als „widerliche Hexe“ bezeichnet. Den vorläufigen Höhepunkt in diesem zumindest schon verbal angetretenen Marsch in die Barbarei markierte aber sicherlich ein Gastbeitrag der israelisch-französischen Soziologin Eva Illouz in der *Zeit*, in dem sie sich ausdrücklich „einen totalen und vernichtenden Sieg für die Ukraine“ wünschte. Der Beitrag erschien zunächst am 16. Februar 2023 in der Print-Ausgabe, zwei Tage später auch online – also exakt am 80. Jahrestag der berühmt-berüchtigten Rede von Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 („Wollt ihr den totalen Krieg?“).

Solche unüberhörbaren und geradezu unverhohlenen Anklänge an die Sprache des Faschismus vermögen selbst den so einiges gewöhnten und gewiss nicht irgendwelchen Illusionen über die „Zivilisiertheit“ moderner, demokratischer Bürgerlichkeit aufsitzenen Wertkritiker sprachlos zu machen. Es scheint sich heute auf so eindrucksvolle wie schauerhafte Weise zu bestätigen, was bereits Adorno über das Fortwesen des Faschismus konstatierte und wovon das sich traditionell als „antifaschistisch“ verstehende, sich immer und überall im Kampf gegen „Nazis“ und „Demokratiefeinde“ wahnende, heute jedoch allerorten zum Vernichtungskrieg gegen alle möglichen äußeren wie inneren Feinde blasende linksliberale und linksakademische Milieu schon längst nichts mehr wissen will: „Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen.“ (Theodor W. Adorno, 1971: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt/Main, S. 28.) Die Ursachen für den bis heute nicht gebrochenen „Bann“ des Faschismus liegen nicht in der Ewiggestrigkeit, Unbelehrbarkeit, Dummheit oder gar generellen Bösartigkeit von „Rechten“, „Nazis“, „Verschwörungsideologen“ usw., sondern gerade in jener „Demokratie“, in deren Namen der heute nur noch zu einer hohlen Phrase verkommene „Antifaschismus“ in den Krieg zieht und dabei selbst vor immer faschistoideren Methoden nicht zurückschreckt. Man kann im Ansehen solcher massiv fortgeschrittenen Verwilderungstendenzen auch nur immer wieder darüber staunen, dass weite Teile der Wert- und Wert-Abspaltungskritik ihre



Moritz Zeiler

Materialistische Staatskritik

Eine Einführung

Reihe Theorie.org, 200 Seiten, 12 EUR

ISBN 978-3-89657-671-2

Während der Staat für die einen als Garant des Allgemeinwohls gilt, betrachten ihn andere als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft und wieder andere sehen in ihm das Terrain sozialer Kämpfe. In seiner Einführung präsentiert Moritz Zeiler die zentralen Thesen marxistischer Theorie zum Staat: Die fragmentarischen Überlegungen bei Marx und Engels, die instrumentelle Staatstheorie bei Lenin, die Hegemonietheorien des Westlichen Marxismus von Gramsci, Althusser und Poulantzas sowie die Analy-

sen von Paschukanis zum Verhältnis von Warenform, Rechtsform und Staatsform und später daran anknüpfende Arbeiten von Agnoli, Hirsch, Holloway und anderen.

«Wer eine fundierte Einführung in die Kritik des Staates sucht, welche die wichtigsten Ansätze bespricht und eine umfangreiche Literaturliste enthält, sollte zu diesem Buch greifen.»

Moritz Strickert in «analyse & kritik», Nr. 632



schmetterling verlag

Zeit und ihre Aufmerksamkeit auf eine Kritik an den fraglos in einem historischen Anachronismus befangenen, aber sich immerhin jener bizarren und gemeingefährlichen Kriegstreiberei verweigernden Antimperialisten verschwenden. (Vgl. Tomasz Konicz, Die Alternativimperialisten, in: *konkret* 9/2022). Denn die „Avantgarde der Barbarei“ – das verdeutlichen die mittlerweile zur Regel gewordenen diskursiven Entgleisungen in der öffentlichen Debatte und in sozialen Medien – wird in der gegenwärtigen Situation bestimmt nicht von den „Antiimps“ gebildet, ja wahrscheinlich nicht einmal von den „Rechten“ (oder was mittlerweile alles darunter subsumiert wird), sondern vor allem von jener völlig verwilderten, nun ihre letzten bürgerlich-demokratischen Masken fallen lassenden „linksliberalen“ Intelligentsia.

Angela Merkel

Erwähnenswert sind schließlich noch so manche Ereignisse der letzten Monate, über die sich die westlichen Medien beharrlich ausschweigen – wohl weil sie das Potenzial haben, das „Narrativ“ vom „Krieg gegen Putin“ als eines Kampfes für die „westlichen Werte“ und eines gerechten „Verteidigungskrieges“ erheblich zu beschädigen. So etwa ein Interview von Angela Merkel in der *Zeit* vom 7. Dezember 2022, in dem sie in entwaffnender Offenheit ausspricht, dass das Minsker Abkommen, mit dem der seit 2014 tobende Bürgerkrieg in der Ukraine hätte beigelegt werden sollen, von westlicher Seite nur dazu diente, der Ukraine Zeit zu verschaffen, um „stärker“ zu werden und gegen Russland aufzurüsten. Dieses „Geständnis“ ist unter dem in diesem Beitrag primär interessierenden Aspekt der wachsenden Dysfunktionalität des Westens und seiner Institutionen unabhängig davon relevant, ob Merkel in diesem Interview die Wahrheit sagt oder nicht. Treffen sie zu, sind solche Worte nachgerade Wasser auf die russischen Mühlen, wo ohnehin (nicht zu Unrecht) ein Bild des Westens und seiner Vertreter als Akteure vorherrscht, die sich an ihre eigenen Regeln nicht halten und Vereinbarungen brechen, wo immer es ihnen gelegen kommt. In Russland existiert dafür sogar ein eigenes Wort (недоговороспособны, was so viel bedeutet wie „not agreement capable“ oder, in einer unzulänglichen deutschen Übersetzung, „nicht abkommens-“ oder „vereinbarungsfähig“). Damit wären die Türen für alle möglicherweise noch folgenden und irgendwann wohl auch notwendigen Verhandlungen mit Russland nachhaltig zugeschlagen, ganz zu schweigen von allfälligen späteren „internationalen Bezie-

hungen“. Entsprechen Merkels Aussagen nicht der Wahrheit oder sind sie zumindest als übertrieben zu qualifizieren, stellt sich die Frage, was sie damit bezweckte. Ging es ihr womöglich bloß im Sinne des heute ubiquitären *virtue signalling* darum, aus ihrer Politpension heraus und möglichst medienwirksam ihre „Solidarität“ mit der Ukraine zu bekräftigen? In dem Fall wäre dies abermals nur ein Indiz für die Dysfunktionalität der (jegliche Realpolitik zunehmend ersetzenden) westlichen Neigung zur Symbolpolitik und dabei im Übrigen auch ein Hinweis auf einen bemerkenswerten Mangel an politischer Kompetenz bei der deutschen Ex-Kanzlerin. Einen Beitrag zur Inkompetenzthese lieferte Merkels Interview freilich auch dann (und erst recht), wenn ihre Aussagen den Tatsachen entsprechen. Denn was außer Inkompetenz könnte sie dazu veranlassen, eine derartige geopolitische Dummheit zu begehen und offen zuzugeben, dass der Westen niemals vorhatte, sich an das Minsker Abkommen zu halten und damit den „Feind“ dermaßen unnötig zu brüskieren?

Naftali Bennet

In einem anderen Interview vom 4. Februar 2023 plauderte sodann der ehemalige israelische Premierminister Naftali Bennett so manche Details über die im März 2022 von ihm geführten Vermittlungsgespräche zwischen Russland und der Ukraine aus. („Bennett speaks out“, youtube.com, 4.2.2023) Bennett war am 5. März 2022, also relativ kurz nach dem Angriff Russlands, nach Moskau gereist, um sich mit Putin zu treffen und über die Bedingungen eines baldigen Waffenstillstandes zu verhandeln. Dieses Treffen sei mit den USA, Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich koordiniert gewesen. Beide Seiten, so Bennett, hätten dabei Bereitschaft zu weitgehenden Zugeständnissen signalisiert. Die russische Seite habe z.B. zugesagt, auf die Entwaffnung der Ukraine als Grundlage für einen Waffenstillstand zu verzichten. Für die ukrainische Seite habe wiederum Selenskyj zugestanden, keine NATO-Mitgliedschaft mehr anzustreben, was letztlich auch eine der Hauptforderungen Russlands und einen der Gründe für seine „militärische Intervention“ darstellt. Bekanntlich scheiterten die Verhandlungen letztlich, und zwar, wie Bennett sagt, auf Druck des Westens, insbesondere Großbritanniens. Im April 2022 habe der britische Premierminister Boris Johnson Kiew besucht und Selenskyj nachdrücklich aufgefordert, nicht mit Russland zu verhandeln. Damit bestätigt Bennett im Prinzip die russische Version über den Abbruch der damaligen

Verhandlungen, die im Westen, wie vieles andere auch, als „russische Propaganda“ abgetan wurde und wird. Freilich konnte schon im Mai 2022 etwa in der *Ukrainska Pravda*, nicht gerade einem russischen Propagandablatt, nachgelesen werden, dass es tatsächlich Boris Johnson war, der bei seinem Besuch in Kiew dem ukrainischen Präsidenten zu verstehen gab, dass die westlichen Unterstützer einem Abkommen mit Russland keinesfalls zustimmen würden, selbst wenn die Ukraine bereit sein sollte, ein solches zu unterzeichnen.

Nord Stream 2

Ein besonders interessantes Beispiel für eine „Verschwörungstheorie“ und „russische Propaganda“ hat ebenfalls erst vor Kurzem einiges Aufsehen erregt. Der US-amerikanische investigative Journalist Seymour Hersh – eine Art Legende seines Fachs, der sich bereits in zahlreichen anderen Gelegenheiten als „Aufdecker“ verdient gemacht hat (etwa im Watergate-Skandal oder im Zusammenhang mit Folterpraktiken des US-Militärs in Abu Ghraib) – ist Anfang Februar 2023 mit einer aufschlussreichen „Story“ über die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines an die Öffentlichkeit getreten. Dass die USA hinter diesem Anschlag stecken dürften, piffen freilich schon längst sämtliche Spatzen von den Dächern. Anfangs hatten westliche Medien noch recht verkrampft und unge-

schickt versucht, Russland für die Zerstörung der Pipelines verantwortlich zu machen. Schon bald war man jedoch in betretenes Schweigen übergegangen – es war einfach zu offensichtlich, dass nicht die Russen für diesen Terrorakt verantwortlich waren, sondern der oder die Urheber eher unter den westlichen Verbündeten selbst, insbesondere in den USA, zu suchen waren, aber niemand schien es aussprechen zu können oder zu wollen. Die von Hersh im Februar veröffentlichte Recherche legt nun detailreich dar, dass und wie die Zerstörung der Pipelines von der US-Regierung mit Unterstützung Norwegens herbeigeführt worden ist. Auch wenn damit noch kein zweifelsfreier Beweis erbracht ist und sich westliche Medien redlich bemühten, Hersh und seine Recherche mit den altbekannten Methoden unglaublich zu machen, erscheint die Rekonstruktion des „Tathergangs“ nicht unplausibel. Demnach seien die Sprengladungen bereits im Juni 2022 während einer NATO-Sommerübung („BALTOPS 22“) durch Tiefseetaucher der US Navy platziert und am 26. September 2022 mittels einer von einem norwegischen Flugzeug abgeworfenen Sonarboje zur Detonation gebracht worden. Brisant ist diese „Verschwörungstheorie“ nicht zuletzt deshalb, weil vor diesem Hintergrund auch so manche Ereignisse im Vorfeld des Krieges in einem neuen Licht erscheinen, so etwa die Aussage von US-Präsident



Die zweite Ausgabe des marxistischen Jahrbuchs :
Von der Stadt als Ort der Solidarität zu Jacques Rancières „Marx im Wald“

Das Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie versteht sich als Reaktion auf und als Alternative zur akademistischen Entwicklung im Wissenschaftsbetrieb.

Das Marxsche Denken soll nicht philologisch rekonstruiert werden, sondern den Hintergrund einer Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen bilden.

Dieser Anspruch wird in der Ausgabe #2 anhand einer breiten Palette von Themen eingelöst : Formelle und reelle Subsumption, Arbeit und Solidarität bei Durkheim, Ideologie der Kreativität bei Reckwitz, die Stadt als Ort der Solidarität, Produktion als Totalität, Arendts Interpretation der Amerikanischen Revolution, Arbeitskritik bei Walter Benjamin und Jura Soyfer.

Mit Beiträgen von Helen Akin, Zanan Akin, Slave Cubela, Simon Duncker, Daniel Gönitzer, Peter Grönert, Konstantin Klur, Monika Mokre, Peter Nowak, Karl Reitter, Livia Schubert, Gerold Wallner sowie Martin Weber

Das Redaktionskollektiv sind **rené bohnstingl**,
monika mokre, **linda lilith obermayr** und **karl reitter**.

Joe Biden während einer Pressekonferenz mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz am 7. Februar 2022, also etwas mehr als zwei Wochen vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, man werde dem Projekt *Nord Stream 2* „ein Ende setzen“, falls Russland eine Invasion beginnen sollte – und auf Nachfrage einer Journalistin, wie die USA dies bewerkstelligen wollen, zumal das Projekt unter deutscher Kontrolle stehe: „Ich verspreche, dass wir in der Lage sein werden, es zu tun.“ Ebenso die noch etwas früher gemachte Aussage von State Secretary Victoria Nuland in einem Pressebriefing des US-Außenministeriums, *Nord Stream 2* werde bei einer Invasion Russlands „auf die eine oder andere Weise“ gestoppt werden. Die Brisanz dieser Aussagen läge – wenn Hershs Story der Wahrheit entsprechen sollte – nicht nur in ihrer keineswegs zu gering zu gewichtenden Bedeutung für die Indizienkette einer führenden Beteiligung der USA an diesem beispiellosen Sabotage- oder vielmehr Terrorakt. Dass die USA über die Zerstörung der Pipelines sehr erfreut sind und nicht zuletzt ökonomisch davon zu profitieren hoffen, da sie damit zum führenden Anbieter von Flüssiggas in Europa werden könnten, darum machen sie ohnehin kein großes Geheimnis. Die Brisanz bestünde vielmehr in der beeindruckenden Indiskretion, auf die die Aussagen von Biden und Nuland verweisen würden. Im Kontext der in diesem Beitrag im Zentrum stehenden Frage nach einer fortschreitenden Dysfunktionalität des Westens und seiner Institutionen wäre dies daher auch unter dem Gesichtspunkt der offenkundig auf allen Ebenen um sich greifenden Inkompetenz, insbesondere unter der an den Schalthebeln der Macht sitzenden Personage, ein weiteres Mosaiksteinchen von einiger Aussagekraft.

Die Nord-Stream-Causa ist schließlich noch in eine weitere Runde gegangen. Am 7. März 2023 berichtete die *New York Times*, laut US-Geheimdienst sei die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines durch eine „pro-ukrainische Gruppe“ verübt worden. Damit rückten die USA ab von der ohnehin unglaubwürdigen Version, der zufolge Russland der Urheber der Zerstörung gewesen sei. Dass dies wenig plausibel ist, wird nun auch von der *NYT* explizit zugegeben, denn es sei ja unklar, „welche Motivation der Kreml haben könnte, die Pipelines zu sabotieren, da sie eine wichtige Einnahmequelle und ein Mittel Moskaus sind, um Einfluss auf Europa auszuüben“. Damit wird aber bloß eine unplausible, aber immerhin geopolitisch genehme Version durch eine andere, nicht minder unplausi-

ble Geschichte ersetzt wird. Die Art und der Umfang der Schäden, die an den Pipelines verursacht wurden, lassen auf eine äußerst anspruchsvolle Operation schließen, die den Einsatz hochqualifizierter und ausgebildeter Tiefseetaucher, unterstützt von einem U-Boot oder Spezialschiff, erfordert. Nicht einmal die Ukraine dürfte derzeit über die Mittel für eine solche Operation verfügen, geschweige denn irgendeine „pro-ukrainische Gruppe“. Bemerkenswert ist aber an der Geschichte, dass implizit eine ukrainische Beteiligung angedeutet und so der Schwarze Peter in Richtung des Verbündeten in Osteuropa geschoben wird, weil, so die *NYT*, die Möglichkeit offen gelassen wurde, „dass die Operation inoffiziell von einer stellvertretenden Kraft mit Verbindungen zur ukrainischen Regierung oder ihren Sicherheitsdiensten durchgeführt worden sein könnte.“ Berücksichtigt man hier noch die Tatsache, dass die im Artikel zitierten „U.S. officials“ zu einem Zeitpunkt mit dieser Geschichte an die Öffentlichkeit gehen, an dem die militärische Lage der Ukraine eher trister wird, so könnte man dies eventuell als erste Anzeichen einer sich anbahnenden Absetzbewegung der USA interpretieren.

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen gekürzten und leicht überarbeiteten Auszug aus der dreiteiligen Abhandlung *Realitätsverlust und suizidale Drift*, veröffentlicht zwischen November 2022 und März 2023 auf wertkritik.org. Detaillierte Verweise und Quellenangaben sind dort nachzulesen.

Franz Schandl

Eingesessen und Ausgesessen

Über den Stammtisch und seine Knotzer. Ruf. Verruf. Nachruf.

Teil II

Immer wieder ist die Rede von ihm. Die einen meinen ihn zu haben, die anderen möchten sich auf ihn berufen, und die dritten wollen ihn zurückerobern. Doch wovon reden sie, wenn sie von ihm reden?

Der Stammtisch ist ein Ort der Regression, wo ein ehernes Programm abläuft. Dieses kann nicht umgedreht, sondern nur abgedreht werden. Der Stammtisch erzeugt demnach einen Sog, dem man sich lediglich entziehen kann, wenn man sich nicht daran beteiligt, d.h. nicht dazu setzt. Natürlich mag man den Provokateur geben, aber das wird dann ein einmaliger Auftritt gewesen sein, der dem Charakter des Tisches nichts anhaben kann. Es gibt jedenfalls keine Evidenz, dass die Bearbeitung von Stammtischen zu positiven Ergebnissen geführt hätte. Derlei Phantasien tragen nicht. Der Stammtisch ist eine Einrichtung dieser Welt für diese Welt. Er funktioniert bloß als ein Betriebssystem der bürgerlichen Gesellschaft. Mehr geht nicht. Mehr ist nicht. Mehr wird nicht. Die Orte gesellschaftlicher Verrückungen und somit Entwicklungen liegen anderswo. Nicht darin, dass man sich dort einsetzt, sondern dass man sich von dort absetzt. Jede Eroberung des Stammtisches ist eine Illusion, die programmatische Absicht kann somit nur darin bestehen, diese Form der Kommunikation zu überwinden, aufzulösen. Weglocken statt andocken!

Der Hausverstand

Ideelle Grundlage des Stammtisches ist der gesunde Menschenverstand, landläufig auch Hausverstand geheißen. Er steht, gerade jetzt auch wieder, hoch im Kurs. Sich auf ihn zu berufen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wer sagt, das sagt der Hausverstand, glaubt schon ein gewichtiges Argument vorgebracht zu haben. Wer jenen heute

prinzipiell in Frage stellt, setzt sich dagegen dem Vorwurf aus, verrückt zu sein.

Das einfache Gemüt tritt in Erscheinung, aber nicht in bescheidener, sondern in forscher Form. Dieses Forsche hat nichts mit Forschen zu tun, im Gegenteil, nirgendwo wird weniger geforscht als mit dem gesunden Menschenverstand. Ignoranz gibt sich ganz selbstbewusst und hält sich für selbstverständlich. Die naheliegende Frage nach diesem *Selbst* wird gar nicht erst aufgeworfen. Wozu auch? Die Ignoranz ist aber weniger überheblich als unterirdisch. Sie versteht sich als fester Boden, keineswegs als gemeiner Bodensatz. Geistige Hilflosigkeit verkleidet sich als Machtphantasie. Sie ist überzeugt, sintemal sie viele Zeugen hat. Das macht sie stark. Der kleine Mann wird in der Massierung geradezu großwahn sinnig. *Wir könnten, wenn wir täten, was wir wären.* An den Stammtischen halluzinieren sich Amateure als Politabenteurer, aber dort sitzt noch keine Masse. Dazu müssten sie das Feld wechseln.

Fertigkeiten sind entwickelter als Erkenntnisse. Die Leute mögen heute über sehr vieles Bescheid wissen, über gar manches sinnieren, sie kommen aber nicht dazu, ihre Gedanken zu ordnen, sie zueinander und zur Welt in Beziehung zu setzen, zu relativieren oder zu festigen, zu hinterfragen und zu systematisieren. So bleibt dieses Denken in den Erfahrungen des Alltags hängen, verfängt sich in seinen Maschen, ist befangen und reicht kaum über die Möglichkeiten des Unmittelbaren hinaus. Ganz stolz sind die Leute auf ihren Realismus, der nichts anderes ist als willige und tüchtige Affirmation. Wie die Logik des Kapitals ist auch der gesunde Menschenverstand als ideologische Ausbrütung des Alltags blind. Diese Blindheit ver-

steckt sich allerdings hinter der routinierten Bewältigung des Trotts, woraus dann ja auch gleich voreilig auf die Gesundheit der Betrachtungsweise geschlossen wird. Die Kategorie unterstellt weiters, dass alles von ihm abweichende Denken krankhaft und eine zu bekämpfende Infektion sei. Linda Lilith Obermayr hat das sehr präzise zusammengefasst: „Im gesunden Menschenverstand findet eine Naturalisierung der unmittelbaren Überzeugungen und Vorstellungen der Menschen statt, die ideologisch mit dem Prädikat ‚gesund‘ attribuiert werden. Dass der gesunde Menschenverstand daher schon begrifflich nicht imstande ist, über die je besondere Ordnung, der er als gesund gilt, hinauszudenken, ist ihm kein Mangel, vielmehr verkehrt er diese seine Unfähigkeit in das moralische Urteil, dass die bestehende Wirklichkeit, so wie sie sich unmittelbar darbietet, also die Positivität der staatlich gesetzten Zwangsnormen und sittlichen Konventionen, zu bewahren ist. Der gesunde Menschenverstand ist daher auch gleichgültig gegen das zu Legitimierende, weil er nur Ausdruck der herrschenden Gedanken seiner Zeit ist.“ (Die „Drachensaat“ des Hegelianismus. Widerspenstigkeit und Kritik spekulativen Denkens; *Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie* #1: Staatskritik, Marxistisches Denken, Wien/Berlin 2022, S. 79)

Doch selbstbewusst ist er, zweifelsohne. Wenn der gesunde Menschenverstand auf die Bühne tritt, attestiert er sich und dem Publikum, alles sei klar. Sein Erklären ist ein Klären, dem jede Widersprüchlichkeit abgesprochen wird: „In dem Erklären ist eben darum so viel Selbstbefriedigung, weil das Bewusstsein dabei [um] es so auszudrücken, in unmittelbarem Selbstgespräche mit sich, nur sich selbst genießt, dabei zwar etwas anderes zu treiben scheint, aber in der Tat sich nur mit sich selbst herumtreibt.“ (Hegel, Werke 3, S. 134) Unsicherheit ist seine Sache nicht, wo er doch zu versichern meint, was als sicher gilt – so seine felsenfeste Überzeugung. Er diskutiert nicht, er konstatiert. Er bewegt sich ganz auf der Ebene der sinnlichen Gewissheit, eines Verständnisses ohne Verstand. Die Konstitution des Wissens wird auf die Intuition reduziert. Der synthetische Reflex wird der analytischen Reflexion vorgezogen. Wirkliches Denken ist jedoch kein Reflex, es ist mehr als ein Reproduzieren, es ist ein Erkennen, somit auch Denken über das Denken, kurzum: *Reflektiertes Reflektiertes*. Es ist ein Aufraffen, ein Ausharren, ein Hingeben, ein Auseinandernehmen, ein Zusammenfügen, ein Scheiden und Entscheiden. „Die öffentliche Meinung verdient daher ebenso geachtet als

verachtet zu werden, dieses nach ihrem konkreten Bewusstsein und Äußerung, jenes nach ihrer wesentlichen Grundlage, die, mehr oder weniger getrübt, in jenes Konkrete nur scheint. Da sie in ihr nicht den Maßstab der Unterscheidung noch Fähigkeit hat, die substantielle Seite zum bestimmten Wissen in sich heraufzuheben, so ist die Unabhängigkeit von ihr die erste formelle Bedingung zu etwas Großem und Vernünftigen.“ (Hegel, Werke 7, S. 485f.)

Antonio Gramsci nannte das Alltagsbewusstsein einen „schrecklichen Sklavenhändler des Geistes“. (Gefängnishefte, zit. nach Umberto Cerroni, Gramsci Lexikon. Zum Kennen- und Lesen lernen. Hamburg 1980, S. 45.) Dem gesunden Menschenverstand liegt die Verallgemeinerung unmittelbarer Erfahrungen zugrunde. Erfahrung ist lediglich ein passives Hinnehmen, ein In-Sich-Aufnehmen des Geschehens, ja noch mehr: ein *Darin-Aufgehen*. Erfahrung verlässt die Form des Passivs niemals als Negation, sondern bloß als sich ständig wiederholende Positionierung des Vorgefundenen. Als Repetition. Es ist ein Charakteristikum der Erfahrung, dass sie über das Herkömmliche nicht hinauswill und auch nicht hinaus kann. Erfahrung ist Beschränkung des menschlichen Geistes auf das, was sich ihm täglich aufdrängt. Nützlich zur unmittelbaren Bewältigung des Alltags, aber nicht zu mehr. Ihr Denken ist ein Registrieren, ein Kاپieren, ein Speichern. Der Alltag als der erscheinende Rest, der das Wesentliche sinnlich überdimensionierenden objektiven Tatsächlichkeiten und subjektiven Vollzugspflichten, ist die träge Aufdringlichkeit schlechthin. In seiner penetranten Art des Soseins lässt er kein Entfliehen zu. Einmischung funktioniert dann als Eingemischtwerden. Jedem Entzug folgt die Heimholung. Die Frage ist: Gilt es ans Alltagsbewusstsein anzuknüpfen oder dieses zu zersetzen? Anknüpfen läuft durch Betätigen stets auf Bestätigen hinaus. Das Alltagsdenken ist nur zu berühren im Sinne von an(zu)greifen. Man lässt sich bloß gegen es mit ihm ein, ansonsten wird man akkordiert.

Leo Kofler schreibt: „Dieser Alltagsverstand bewegt sich auf der Oberfläche der Alltagserfahrung, auf der Ebene des ‚Tatsachen‘scheins, der das Wesen und das Wesentliche verschleiert, für den Alltagsmenschen unkenntlich und unverständlich macht. Sowohl für diese Alltagshaltung wie für deren theoretische Reflexion trifft der – auf eine nicht zu leugnende, oft subtile Weise – von den theoretischen Akteuren selbst gewählte Begriff des

„Positivismus“ zu. Der Alltagsmensch, erst recht der in das empiristische Räderwerk eingespannte Arbeiter, ist notwendiger- und gezwungenermaßen Positivist. Das Durchschauen des Alltags-scheins ist ihm fremd, es würde das Bestehende transzendieren und dem Menschen die Fähigkeit rauben, sich anzupassen, mitzumachen, zu funktionieren, wie es ihm die ihm angetane Funktion in einem System der Selbstreproduktion der repressiven Ordnung abverlangt. Ein auf Totalitätsdenken beruhendes Durchschauen der Verhältnisse würde die für das Funktionieren unerlässliche Bedingung der Identifikation mit wesentlichen Einrichtungen der bestehenden Ordnung unmöglich machen. Identifikation in irgendeiner Form ist in jeder Gesellschaft unvermeidlich und notwendig (...):“ (Zur Kritik der „Alternativen“, Hamburg 1983, S. 41)

Der gesunde Menschenverstand ist in seine Schranken zu verweisen. Demobilisierung ist angesagt. Wenn etwas der Hausverstand sagt, dann sollten eigentlich die Alarmglocken läuten.

Völlig zurecht war der gesunde Menschenverstand bei bedeutenden Philosophen äußerst schlecht angeschrieben. „Dich auf Beistimmung der allgemeinen Menschenvernunft zu berufen, kann dir nicht gestattet werden; denn das ist ein Zeuge, dessen Ansehen nur auf dem öffentlichen Gerüchte beruht“, schrieb Immanuel Kant in seinen „Prolegomena“ (Werkausgabe Bd. V, S. 137). Laut Georg Wilhelm Friedrich Hegel ist es dezidiert so, „dass in dieser Wissenschaft ganz andere Bestimmungen vorkommen als im gewöhnlichen Bewusstsein und im sogenannten gemeinen Menschenverstande, der nicht gerade der gesunde, sondern auch der zu Abstraktionen und zu dem Glauben oder vielmehr Aberglauben an Abstraktionen heraufgebildete Verstand ist.“ (Hegel, Werke 5, S. 85f.) Über dessen Beschränkungen schrieb er: „Dagegen im ruhigen Bette des gesunden Menschenverstandes fortfließend, gibt das natürliche Philosophieren eine Rhetorik trivialer Wahrheiten zum besten. Wird ihm die Unbedeutendheit derselben vorgehalten, so versichert es dagegen, dass der Sinn und die Erfüllung in seinem Herzen vorhanden sein müsse, indem es überhaupt mit der Unschuld des Herzens und der Reinheit des Gewissens und dgl. letzte Dinge gesagt zu haben meint, wogegen weder Einrede stattfindet, noch etwas weiteres gefordert werden könne.“ (Hegel, Werke 3, S. 64) Der gesunde Menschenverstand ist das „bewusstlose Urtei-

len“ (ebd., S. 241f.), er „ist daher etwas End- und Bodenloses, das nie dazu kommen kann zu sagen, was es meint, weil es nur meint und sein Inhalt nur Gemeintes ist.“ Karl Marx bescheinigte ihm einen „grobianischen“ Charakter, er sei „plebejische Form für spießbürgerlichen Inhalt“ (MEW, Bd. 4, S. 331). Und Theodor W. Adorno resümierte einen gerade „durch seine Gesundheit erkrankte(n) Menschenverstand“ (Negative Dialektik (1966), Frankfurt/M. 1992, S. 295) Man beachte das „durch“!

Der gesunde Menschenverstand mobilisiert einen niederen Instinkt gegen eine höhere Diversität. Der Appell an ihn hat inzwischen an Dichte gewonnen, ohne dass jemand den Kopf schüttelt. Die Anrufungen werden regelmäßig abphrasiert: „Das sagt doch der Hausverstand“, heißt es allerorten. Indes ist der Hausverstand Folge einer ungemeynen Komplexitätsreduktion. Diese ist im Alltagsleben objektiv notwendig wie subjektiv obligat. Der gesunde Menschenverstand verdeutlicht jedenfalls keine Vielschichtigkeit, sondern kapriziert sich auf Oberflächenphänomene. Er steht weder besonders hoch, noch geht er besonders tief, er ist seicht und platt. Er ist eine Grundrechnungsart der primitiven Sorte, Zusammenzählen erscheint ihm als hohe Kunst. Ständig kommt der gesunde Menschenverstand mit den Grundrechnungsarten. Man muss 2 und 2 zusammenzählen können, behauptet er. Ja schon, muss man, aber wie weit kommt man damit? Gerade mal in das zweite Semester der 1. Volksschulklasse. Dass einfache Anforderungen des Alltags mit ihm tadellos gelöst werden können, sagt nichts über seine Qualität aus, sondern nur über sein Gebiet.

Der gesunde Menschenverstand ist in seine Schranken zu verweisen. Demobilisierung ist angesagt. Wenn etwas der Hausverstand sagt, dann sollten eigentlich die Alarmglocken läuten. Gerade der Stammtisch agiert jenseits aller Ambivalenzen. So etwas wie Grenzen der eigenen Beschränktheit gibt es für ihn nicht. Gravierende Rücksichtslosigkeit setzt sich gegen lavierende Rücksichtnahme. Der Hausverstand ist uferlos auf seine eigene Art. Ganz den Alltagsphänomenen verfallen, kommt er über sie nie hinaus. Gesellschaftliches Unglück erscheint ihm stets als Verunglückung, sei es die eigene, aber noch deutlicher irgendein Fremdverschulden. Die anderen sind es. Irgendjemand hat Schuld zu sein, an realen wie an eingebildeten Missständen. Dass das Unglück die eigene Verstrickung ist, dass es also weder eindeutig subjektiver noch objektiver Natur ist, will und will und darf

und darf nicht kommen. Das wäre Dialektik, und die wird gescheut wie verscheucht. Sie würde dem kruden Identitäts- und Zuordnungswahn auch zuwider laufen. Verstrickt ist man weniger, weil man sich mit etwas eingelassen hat, sondern weil man so hineingeboren wurde und aufgewachsen ist, in die Verhältnisse via Alltagspraxis eingemischt wurde und sich nichts mehr anderes vorstellen will. Was freilich nur eine Erklärung ist und keine Entschuldigung. Denn keins muss letztlich akzeptieren, was eins so alles widerfährt.

Dass alles, was erhebend und erhellend ist, nicht am Bürgersteig genannten Trottoir zu finden ist, sondern höheren Etagen menschlicher Regungen entspringt, seien es Erkenntnisse oder Empathien, ist zu ergänzen. Das Geistige und das Mentale werden jedoch in die Gosse gezerrt, sie werden minimiert, ohne dass dies als Manko erscheint. Schaurig wie traurig. Ein gepanzertes Rudel streicht als Kollektiv das Individuum durch, auch, ja insbesondere das eigene. Autoaggression führt geradewegs in die Selbstverstümmelung. Der Hausverstand ist ihr Überträger.

Tisch und Netz

Stammtische sind Bestandteil der analogen Welt. Sie mögen seriell aufgestellt sein, aber sie sind nicht als solche vernetzt, geschweige denn können sie sich retwitten. Der Stammtisch bleibt in seinem Raum gefangen, er tagt auch nicht in Permanenz, und er ist angewiesen auf ein physisches Gegenüber. Die Botschaften treffen sich nicht ohne die Menschen, die zu ihnen gehören. Daher stimmt das eingangs behauptete „Alle reden von ihm“ nur noch bedingt. Die Rede wird seltener. Die täglichen Erfordernisse des Erwerbslebens und des Konsums, inklusive der von der Kulturindustrie bestimmten Freizeit, erlauben kaum, sich diese Auszeit zu nehmen, ja sie sich überhaupt genehmigen zu können. Die Hochblüte der Stammtische ist vorbei. Die Knotzerei dauert einfach zu lange. Diesem Trend postmoderner Hurligkeit Rechnung tragend, ist vor allem an den Theken der Tankstellencafés aus dem Knotzen ein Hocken, ja Stehen geworden. Diese könnte man durchaus als Rückzugsgebiete zweiter Ordnung begreifen.

Das Prinzip „Gach geht gar nix“, ist im Niedergang. Wo alles flott zu sein hat, alles prompt zu erledigen ist, wirken solch behäbige Treffen zusehends anachronistisch. Träger Trott ist Schrott von gestern. Nicht ausgeschlossen, dass es nicht mehr lange dauert, bis es sich ausgesessen hat für die Eingee-

sessenen. Die Terminkalender lassen das nicht zu. Das Tempo der neuen Zeiten zerstört Gemächlichkeit und Gemütlichkeit, sie sind an den Stammtischen immer weniger praktikierbar, sieht man vielleicht von den Pensionisten ab. Doch auch die befinden sich zunehmend in einem Unruhestand. Außerdem steigt die Gefahr, dass man sich etwas holt. Der direkte Kontakt ist in Verruf gekommen, nicht erst seit Corona. Digital ist alles sicherer. Solange Computerviren nicht auf Menschen überspringen können, ist kein Trojaner für die Lunge des Users eine Gefahr. Der Leib bleibt auf den ersten Blick unversehrt. Aber bloß auf den ersten, sieht man, wie sehr Kränkung und Störung zu Ergebnissen digitaler Kommunikation aufgestiegen sind.

In ihrer Gesamtschau besaßen Stammtische eine informelle Wucht, aber kein formelles Gewicht. Im Netz jedoch geraten das Informelle und das Formelle, das Private und das Öffentliche, völlig durcheinander. Als getrennte Einheiten sind sie kaum noch wahrzunehmen. Die Bedeutung des Stammtischs ist durch das Überhandnehmen und die Ausstülpungen des Internets mittlerweile entschieden zu relativieren. So wenig Stammtisch war noch nie. Die Pandemie beschleunigte die Erosion. Die Hochstimmung ist verflogen. Der Ruf gerät als Verruf zum Nachruf und erhält so ungewollt eine fast wehmütige Note. Die digitalen Alternativen zu ihm sind kein Fortschritt. In der Dimension sind sie sogar monströser, weil es die Beschränkungen des Stammtischs in der virtuellen Welt nicht mehr gibt. Der Stammtisch steht in einem behüteten Bereich, im Netz hingegen sind alle Flanken offen. Inklusive Arsch. Die digitale Okkupation ist viel umfassender. An allen Ecken und Ende poppt es auf, kein Raum, kein Zusammenhang, der dem entgegen kann. Es marschiert ein, sobald der Rechner läuft oder das Mobiltelefon läutet. Stets ist man zugegen. Wo man auch weilt, die Botschaften sind an allen Orten zu empfangen. Man kommt nicht aus. „Ich bin nicht erreichbar!“, war schon gestern ein lächerlicher Satz von vorgestern. „Ich bin mal weg!“ wird zusehends unmöglich. Und selbstverständlich hat man nicht nur zu empfangen, sondern auch zu senden. Des Bürgers Recht ist des Bürgers Pflicht!

Der Stammtisch braucht eine Stätte, meist eine Gaststätte. Das Internet benötigt keine solche Stätte mehr, weil es invasiv in alle Räume eingedrungen ist und überall intensiv genutzt wird. Wenn es denn doch eine Stätte ist, dann eine Richtstätte,

nicht nur weil Videos von Köpfungen und Todessprüngen ins Web gestellt werden. Das Virtuelle eröffnet eine zweite, ganz eigene Matrix, dort braucht man sich gar nicht mehr körperlich zu konfrontieren. Zum Stammtisch muss man noch hingehen, sich aufrufen. Um ans Handy oder ins Netz zu gelangen, bedarf es keines realen Ortswechsels. Man schaltet ein, ist angeschlossen und dabei. Beim Mobiltelefon muss man nicht einmal einschalten um eingeschaltet zu sein. Man wird eingeschaltet. Es läutet und summt, es klingelt und piepst. Schon ist man parat, steht „Habt Acht!“

Der Stammtisch ist ein besonderer, beinahe antiquierter Ort, das Netz dagegen verströmt kosmopolitische Universalität. Es ist raumübergreifend aber raumlos, weil überall. Man *ist* zwar nicht überall, aber man ist allorts erreichbar. Unspezifische Ortlosigkeit bedeutet: Punkte werden von Netzen abgelöst. Das Dasein schlägt seltsame Kaperien. Um uns zu treffen, benötigen wir keinen Ort mehr, verfügen wir bloß über die entsprechenden Geräte und Programme. Nicht nur Präsenz wird obsolet, auch Absenz wird nicht geduldet. Man hat da zu sein und gleichzeitig dort zu sein, und man hat dort zu sein, ohne fort zu sein. Man muss nicht da sein, aber trotzdem zugegen. Da geht zusammen, was sich früher ausgeschlossen hat. Das Virtuelle wird zum Modus der Welt, das Reelle gerät in eine museale Sonderzone. Auch hier beschleunigt das aktuelle Virus und seine absehbaren Nachfolger diese Tendenz. Das Besondere und das Allgemeine tauschen Platz. Auch die Zeiten geraten übrigens durcheinander. Da alles jederzeit aufgerufen werden kann, wird aus Vergangenheit nicht Geschichte, sondern virtuelle Reprise. Die Chronologie wird beschädigt. Vorher und nachher geraten durcheinander, Zeiten und Geschwindigkeiten kollabieren.

Am Stammtisch wird jeder Unsinn dosiert, weil faschiert. Anders im Netz: Da geht er ungefiltert auf Sendung. Der Stammtisch mag zwar nicht vertrauenseinflößend sein, aber er ist doch in sich wie nach außen halbwegs vertraulich. Somit auch aufgrund der Portionierung verdaulich. Die Kolportage mag anmaßend sein, sie ist aber nicht vermessen. Ihre Inputs hängen an kleinen Glocken, und die oft sich widersprechenden Gerüchte bringen manchmal mehr durcheinander als auf Linie. Getätigte Aussagen sind nicht nur verschwommen, sie schwimmen auch. Am Stammtisch dominiert außerdem ein versöhnlicher Hang zum Konsens, nicht ein eherner Zwang zum

Schlag, wie es die Hits (nomen est omen!) im Netz erfordern. Das Verhältnis der Knotzer zueinander ist freundlich, lässig bis schlampig, nicht cool und straight. Der reelle Knotzer ist kein virtueller Killer. Lässig heißt nachlässig wie durchlässig. Das Verhältnis ist zwar nicht wirklich transparent, aber auch nicht richtig opak.

Digitale Kloake

Der Stammtisch exkludiert, das Netz inkludiert. Am Stammtisch wird man kooptiert. Der Einstieg bedarf der Protektion. Es herrscht eine implizite Gesichtskontrolle, aber kein formelles Aufnahmeverfahren. Ins Netz wiederum darf jede und jeder rein, dort verfängt und verheddert man sich leichter, weil es zugänglicher ist als der Stammtisch. Am Stammtisch wird eins noch direkt konfrontiert, nichts ist anonym. Weggehen ist leichter als Ausschalten. Das Netz kennt keine Prozedur der Aufnahme, wer rein möchte, ist drinnen. Aber auch wer nicht rein will, hat rein zu wollen. Netzzwang versteht sich als Nutzzwang. Wer nicht möchte, wird relegiert. Das Netz hat nun gar nichts mehr von einem Reservat. Es ist keine Zone, eben weil es sich über die gesamte Gesellschaft spannt. Um dabei zu sein, muss man dezidiert nicht an einem gemeinsamen Tisch sitzen. Um zugegen zu sein, kann man überall sein. Außerdem gibt es eine Unmenge Platz, genauer gesagt Speicherplatz, so sind auch diverse, ja unendlich viele Aborte vorhanden, wo man sich so richtig entäußern, also auskotzen und ausscheißen kann. Der in die Kotkanäle des Netzes eingespeiste Dreck addiert sich nicht nur, er multipliziert sich, eben weil kopierfähig. In der digitalen Kloake geht zwar (schon aufgrund der unfassbaren Menge) mehr unter als in den analogen Pfützen, aber das, was nicht untergeht, strahlt und prahlt in voller Impertinenz, kann sich buchstäblich in phantastisch-irre Dimensionen potenzieren.

Kein Netz ist so vernetzt wie das Netz. Und die Maschen der asozialen Medien werden enger. Man weiß mitunter nie, wer alles mitliest und mithört. Unterwirft man sich am Stammtisch noch eines konventionellen und kontrollierten Auftritts, so ist jener im World Wide Web weitgehend unregelt, wenn auch nicht unkontrolliert. Diese Kontrolle liegt nicht in der Selbstbegrenzung, sondern in der wechselseitigen Fremd- oder gar Feindbeobachtung. „Das geht nicht“ schlägt um in „Alles geht!“. In den virtuellen Welten kann man wirklich rauslassen, was man immer schon rauslassen wollte. Solch Auftritt kann zwar untergehen, aber er wird nie verschwinden. Er ist aufrufbar und abrufbar.

Was ein veritables Problem darstellt, da man nun ad infinitum darauf festgelegt werden kann. Die Punzen sitzen. Jeder Auftritt eine Aufzeichnung, die verfügbar gemacht werden kann und nach einigen Kopiervorgängen, Downloads und Uploads auch nicht mehr beseitigbar ist. Aufstieg und Relevanz der Suchmaschinen verdeutlichen das. Alles kann transparent gemacht werden. Das Untergegangene ist nicht perdu. Es kann immer wieder auftauchen. Adäquate Suchbefehle bringen es an die Oberfläche. Die Frage von Fritz an Hans, was Otto über Karl vor vier Wochen am Stammtisch genau gesagt haben soll, scheitert bereits an den verschiedenen Erinnerungen, Vorstellungen, Haltungen, Interessen.

Vieles, was an den Tischen gesprochen wird, wird in Vergessenheit geraten, vor allem diverse Details und Verbalinjurien. Das ist auch gut so, sowohl für die Sprecher als auch für die Angesprochenen, insbesondere für die Ausgerichteten. Es mag vieles nicht so ernst gemeint sein, und auch das ist gut. Was hingegen im Netz geäußert wird, kann jederzeit im Netz wieder nachgeladen werden. Löschen ist schwierig, stets bleiben Spuren. Zum Ernst wird auch das, was gar nicht so ernst gemeint gewesen ist. Einmal im Netz gelandet, ist es fortan immer da, weil irgendwo abgespeichert. Volatile Virtualität bedeutet, dass alles zwar schnell entschwindet, ohne dass es freilich reell verschwindet. Auch wenn es vergessen schien, kann es auf- und abgerufen werden, es ist nicht verloren. Reanimation ist auf Knopfdruck möglich. Das Tote wird zombiotisch. Die weltumspannende Maschine, das Web, vergisst nichts, es hat via Speicher ein unendliches und unheimliches Gedächtnis. „Vergiss es!“ muss man vergessen.

Das „Unter-uns-gesagt“ des Stammtischs, das Objekten wie Subjekten gleichzeitig Schutz gewährt, ist im Netz nicht mehr realisierbar. Unter sich bleibt nichts. Gerücht und Nachrede erreichen zahlreiche Adressaten, auch wenn die Absender das gar nicht gewollt haben oder mittlerweile nicht mehr wollen. Zwischen Blöd-Reden und Blöd-Senden ist mehr als ein gradueller Unterschied. Privates Schimpfen ist unabdingbar für die eigene Psychohygiene, das in die Vervielfältigungsmaschinen geratene öffentliche Geifern coram publico ist unerträglich und grauslich. Vor allem weil und wenn Multiplikatoren multiplizieren. Es ist schon tolerierbar, die blöde Pappen nicht halten zu können und heiße Luft abzulassen. Es ist aber abstoßend, dies in alle Welt zu posaunen.

Jeder und jede hat unter diesen Bedingungen den Anspruch verloren, nicht abgekanzelt und somit verletzt zu werden. Umgekehrt: Vorsätzliches Beleidigen wird zum Menschenrecht. Niedertracht lauert überall. Die Pranger sind aufgestellt. Ihre virtuelle Form, die den historischen Ausgangsstücken weit entrückt ist, erreicht ungeheure und unfassbare Dimensionen. Der Rufmord wird zur Normalität. Das Blöd-Senden verlässt den Tisch, der nun ein Schreibtisch ist (aber zunehmend nicht einmal mehr ein solcher sein muss!), auch wenn es gar nicht beabsichtigt war. Digitale Einsamkeit ist dabei, die (klein)bürgerlich gestutzte Geselligkeit zu überwinden. Jeder Rempler ist vernehmbar, da alles medial verwertet werden kann. Transparenz vernichtet die wechselseitige Protektion. Im Netz ist der Abort nun universell geworden. Er ist kein stilles Örtchen mehr, und das ist der Stammtisch zweifellos, trotz allem Gepolter. Während man am Tisch gelegentlich in die Scheiße treten kann, hagelt es im Netz regelrecht Kot. Noch eins: Öffentlich ist die Sendung, intransparent der Sender, der sich hinter zahlreichen Pseudonymen verstecken kann und das auch weidlich nutzt. Am Stammtisch gerät die Botschaft keineswegs zur seriellen Sendung, außerdem ist klar, wer was gesagt hat. Besagte Personen sitzen Gesicht zu Gesicht am gemeinsamen Tisch. Dokumentation und Transparenz betreffend Tisch und Netz sind jedenfalls völlig unterschiedlich akzentuiert. Was ist ein reeller Kobold gegen einen virtuellen Troll? Man lese Postings. (Vgl. ausführlich: Franz Schandl, Vom Weiden in den Eingeweiden, *Streifzüge* Nr. 83, Herbst 2021, S. 3ff.)

Privates Schimpfen ist unabdingbar für
die eigene Psychohygiene, das in die
Vervielfältigungsmaschinen geratene öffentliche
Geifern coram publico ist unerträglich
und grauslich.

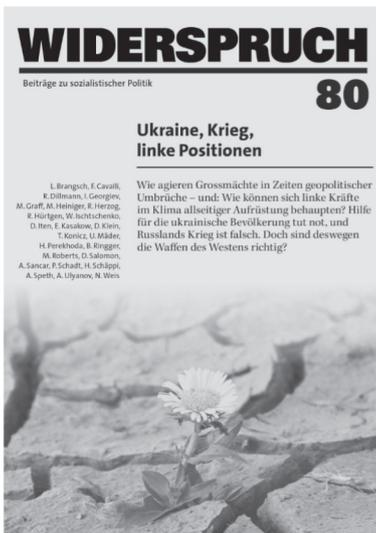
Das virtuelle Wesen kommt bei vielen Autoren ganz neutral daher, etwa bei Timo Daum: „Digitale Plattformen sind inhaltsleere, leblose Strukturen, die von uns allen mit Inhalten gefüllt und dadurch erst zum Leben erweckt werden. Facebook, Twitter oder YouTube produzieren selbst keine Inhalte, das unterscheidet sie von klassischen Medienunternehmen. Die User füttern ein System, das es ohne sie nicht gäbe, haben aber kein Mitbestimmungsrecht über dessen Form und keine Kenntnisse über dessen Struktur.“ (Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie, Hamburg 2017, S. 122) Es

ist schon interessant wie hier wieder einmal einer simplen wie rigiden Trennung von Form und Inhalt der Mund geredet wird. Doch was nun? Gibt es Struktur, oder ist sie leblos, also tot? Und gilt Ähnliches auch für die Plattform geheißene Form? Ist sie wirklich leer, bevor sie gefüllt wird? Fragen sind das, die in solch blanker Affirmation regelrecht untergehen. Das beschriebene Kommunikationsgehäuse ist keineswegs leblos und inhaltsleer, es gibt vor, was es spiegeln möchte. Gerade eben üben die „neutralen“ Medien des Internets sich zusehends wieder im Ausschließen und Sperren. Digitale Megamaschinen determinieren, was zulässig ist und was nicht.

„Der Informationsgehalt eines Zeichens ist durch seine statistische Auftrittswahrscheinlichkeit bestimmt“ (ebd.), weiß unser Autor weiters zu berichten. Was vorkommt, ist, was nicht vorkommt, ist nicht. Der Gehalt wird gemessen an Klicks und Quoten. Also muss eins mitmachen, will es nicht keins sein. Es ist wohl kein Zufall, dass Daum hier die ökonomiefizierte Kategorie *Gehalt* der des Inhalts vorzieht. Ohne Zahl keine Existenz. *Wie viel?* hat *Was?* weitgehend abgelöst. Der Gehalt und das Gehalt werden zusehends identisch. User haben darauf zu schauen, geliked und gefollowed zu werden. Statistik ist ihr täglich Brot. Indes, was eine Information hergibt, kann gar nicht von der Summe der Rezipienten abhängig sein. Da weiß ich höchstens, wie viele diese Botschaft gehört oder gesehen haben. Ich weiß nicht einmal, wie die scrollenden Visitanten sich damit befasst haben,

geschweige denn, was sie sich gemerkt haben. Die Güte der Notiznahme ist in der Situation weder feststellbar noch überprüfbar. Die Relevanz einer Aussage ist im Wesentlichen qualitativ zu ermitteln, nicht quantitativ abzulesen.

Die deliberative Potenz der digitalen Welt ist bisher auf jeden Fall geringer als die negativen Sequenzen, die sie in den verschiedensten Lebensbereichen (Alltag, Umwelt, Beruf, Freizeit, Infotainment, Entertainment ...) verursacht. Es ist nicht ersichtlich, warum sich das ändern soll, auch wenn ihre Propagandisten von rechts bis links alles Mögliche versprechen. Es ist eine dieser uns anlabernden Tiraden, das ob ihrer unentwegten Erzählung zum sozialen Narrativ geworden ist und als Vision des Daseins erscheint. Perspektive, die diesen Namen verdient, kommt aber nicht aus den Maschinen, sie verschwindet vielmehr dort. Doch derlei Einsichten wirken mitunter wie antiquierte Ansichten. Da wir nicht mehr anders können und in naher Zukunft auch nichts mehr anderes kennen, ist derlei Kritik wohl schon in Bälde Streusalz von gestern. Vorgetragen sei sie trotzdem.



Ukraine, Krieg, linke Positionen

Wie agieren Grossmächte in Zeiten geopolitischer Umbrüche – und: Wie können sich linke Kräfte im Klima allseitiger Aufrüstung behaupten?

Hilfe für die ukrainische Bevölkerung tut not, und Russlands Krieg ist falsch. Doch sind deswegen die Waffen des Westens richtig?

ISBN 978-3-85869-994-7, 248 Seiten, € 18.–

Jahresabonnement (2 Hefte) € 27.–

Förder-Abonnement (2 Hefte) € 100.–

Gönner:innen mindestens € 350.– pro Jahr

Info zu Abo und Heft: widerspruch.ch

Maria Wölflingseder

„... nur der Verstörte wagt zu stören“

Zum 110. Geburtstag von Robert Jungk

„Das Leben selbst in die Hand nehmen“

Im Leben und Wirken des Philosophen, Publizisten, Friedens- und Zukunftsforschers, des Pioniers der Anti-Atomwaffen-, Anti-AKW-, und Umweltbewegung Robert Jungk spiegelt sich das 20. Jahrhundert mit all seinen Katastrophen und Umbrüchen besonders klar. Jungk wurde am 11. Mai 1913 als Robert Baum, Kind assimilierter Juden, in Berlin geboren. Da sein Vater David Baum aus der Tschechoslowakei – damals Teil der Habsburger Monarchie – stammte, bekam auch Jungk die österreichische Staatsbürgerschaft. Beide Eltern waren Schauspieler. Der Vater, mit Künstlernamen Max Jungk, überdies Dramaturg und Regisseur. Die Mutter Sara Bravo führte den Künstlernamen Elli Branden.

Bereits ab 1933 – nach einer Inhaftierung – mit 20 Jahren zur Flucht aus seiner Heimatstadt Berlin gezwungen, war Robert Jungk sein ganzes Leben lang unterwegs. Überall in der Welt. Im Schweizer Exil schrieb er zwischen 1939 und 1944, da Flüchtlingen die Berufsausübung verboten war, unter mehreren Pseudonymen, vor allem für die *Weltwoche* Berichte über den Terror des NS-Regimes. Sonst rare zuverlässige Informationsquellen in Deutschland ermöglichten ihm diese viel diskutierten Artikel. Als er jedoch als erster über die Gräueltaten in den Konzentrationslagern berichten wollte, wurde dies zunächst selbst seitens französischer, amerikanischer und englischer Zeitungen abgelehnt. Solch planmäßigen Massenmord trauten sie nicht einmal der „Hitlerbande“ zu.

Nach dem Zweiten Weltkrieg durchleuchtete Jungk die rasanten, vielfach fragwürdigen wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen in den USA. Es gab wohl nur wenige, die sich so akribisch und kritisch in diese Thematik vertieften. Wenige, die mit Atomforschern so eingehende Gespräche führten. Wenige, die die Menschen und ihr Schicksal in Hiroshima nach dem Atombombenabwurf so gut kennenlernten. Wenige, die ab

1959 so vehement zu den Ostermärschen gegen die Atombewaffnung Westeuropas aufriefen und daran teilnahmen. Wenige, die ab 1976 so oft als Redner an den zahlreichen Anti-AKW-Demonstrationen und -Blockaden in Wyhl, Brokdorf, Wackersdorf, Gorleben und Kalkar auftraten. Wenige, die so leidenschaftlich forschten, recherchierten, publizierten – über 4,5 Millionen Exemplare seiner Bücher wurden weltweit verbreitet. Wenige, die ihre Erkenntnisse so freudvoll zur Debatte stellten. Vor allem wenige, die so unermüdlich in der ganzen Welt unterwegs waren, um sich mit Menschen aus allen Schichten auszutauschen. Wenige, die so unverdrossen ermutigten und in sogenannten Zukunftswerkstätten anregten, die Entscheidungen über unser Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Als einer der ersten Zukunftsforscher im deutschsprachigen Raum wurde Jungk bezeichnet, obwohl er diesen Begriff unpassend fand. Er würde suggerieren, wie Naturforscher, objektiv richtige und beweisbare Aussagen über das Kommende machen zu können. Er wollte sich jedoch vielmehr „mit ganz unzeitgemäßen Wünschen und Vorstellungen beschäftigen, die einer vorwiegend aufs Humane und Soziale gerichteten Phantasie entsprechen“. Immer mit der Perspektive einer radikal anderen Lebensweise. Parlamentarismus sei zu wenig. Wahlen bezeichnete Jungk als „demokratischen Analphabetismus“. Warum sollten die Menschen nicht selber Ideen entwickeln und erproben dürfen?

Griff nach der Allmacht

Grundlegende Erkenntnisse, das Fundament seines Wirkens, hat Jungk bereits 1952 in seinem ersten Buch „Die Zukunft hat schon begonnen – Amerikas Allmacht und Ohnmacht“ veröffentlicht. – Dieses Werk war übrigens für Günther Anders eine entscheidende Anregung zu seinem ersten Band der „Antiquiertheit des Menschen“. Die bei-

den Philosophen waren einander bis dahin noch nicht persönlich begegnet. Später wurden sie gute Freunde. – Scharfsinnig und hellsehtig beschreibt Jungk in „Die Zukunft hat schon begonnen“ die Hybris, die sich damals längst ausgebreitet hatte und heute im Jahr 2023 gerade einen gewaltigen Sprung nach vorne macht. Es geht nicht nur um den „Griff nach dem Atom“, sondern auch um den „Griff nach der Natur, nach dem Menschen, nach dem Weltraum, nach dem Geist, nach der Zukunft“. In den USA stieß Jungk aber auch auf Wissenschaftler, die im „Griff nach der Allmacht“ bereits große Gefahren erkannten. Er zitiert eine treffende Kritik, die Mitglieder des *Institute of Advanced Study* in Princeton, New Jersey übten: „Wir haben mit den Mächtigen paktiert und uns von ihnen für ihre Ziele einspannen lassen. Wir lehnen die Präntention der angewandten Wissenschaft ab, denn die Technik, die Atomindustrie, die in die Natur eingreifende Biologie, die menschenortierende und praktische Psychologie haben den Weg der Wahrheit verlassen und sich zu Instrumenten der Versklavung machen lassen. Indem sie der Unmenschlichkeit Vorschub leisten, gefährden sie die Quelle jeden möglichen wirklichen Fortschritts: die furchtlos fühlende und denkende Persönlichkeit.“

In seiner Autobiografie „Trotzdem“ gibt Jungk Worte von Pierre Fornallaz wieder, die er als für ihn wegweisend bezeichnet. Fornallaz war Professor an der Technischen Hochschule in Zürich. Aber wie viele andere zwischen 1975 und 1985 gründete er ein eigenes Umweltinstitut, weil es an den Universitäten nicht möglich war, die drängenden Fragen zu behandeln. „Es gibt in der Wissenschaft in Fragen, die das Leben betreffen, keine Objektivität. Es gibt nur Lehrmeinungen. Deshalb dürfen wir unsere Entscheidungen nicht an Experten delegieren, sondern müssen selbst entscheiden.“

Unmögliche Kritik

Diese beiden Zitate können geradewegs an all jene gerichtet werden, die heute *die* Wissenschaft beschwören. Nämlich die *eine, die einzig wahre, gute und objektive* Wissenschaft, über die autorisierte oder selbsternannte Faktenchecker wachen. Wo hat es jemals eine solche Wissenschaft gegeben? Aber jene, die diese bevollmächtigte Wissenschaft kritisieren oder sie auch nur nicht genug bejubeln, werden als Wissenschaftsskeptiker verunglimpft, die angeblich außerdem demokratiefeindlich seien. Das EU-Barometer hat in Österreich besonders

viele davon verortet. Deshalb werden hierzulande eifrig Maßnahmen erdacht, diese „Ignoranten“, „Scharlatane“, „Schwurbler“ und andere Dummköpfe auf den rechten Weg zu leiten. Stets wird auch bemängelt, sie würden allzu einfache Erklärungen für komplexe Probleme verbreiten. Das kommt wohl auch vor. Aber warum wird all den differenzierenden Kritikerinnen ebenfalls der Mund verboten? Zwar genau von jenen, die selber in haarsträubendster Simplifizierung „die Wissenschaft“ wie einen Fetisch vor sich her tragen.

Jungk und seine zahlreichen Mitstreitenden – darunter Ivan Illich, Erwin Chargaff, Günther Anders, Heinrich Böll, der Friedensforscher Johan Galtung, die beiden *small is beautiful* Erkennen Ernst Friedrich Schuhmacher und Leopold Kohr, oder Freimut Duve, der Herausgeber der aufgabenstarken Buchreihe *rororo aktuell* – sie alle wurden einst als bedeutsame Querdenker titulierte. Unter ihnen ein Nobelpreisträger und drei Träger des Right Livelihood Award – Jungk war einer davon. Ihre radikale Kritik an lebensfeindlichen Systemen, Strukturen und Techniken wurde als unerlässlich erachtet. Wer es hingegen heute wagt, sich quer zum herrschenden Narrativ zu positionieren, wird als Querdenker beschimpft. Weil neben den herrschen Sichtweisen keine anderen mehr *möglich* sind, werden aber nicht nur andere Erkenntnisse, sondern sogleich auch die Menschen, die sie äußern, *unmöglich* gemacht. Sie werden punziert. Sie dürfen alles geheißt werden: „Verschwörungserzähler“, „Antisemiten“, „Friedensschwurbler“, „Analogversther“. Einmal mit tatsächlichen Obskuranten und Rechten in einen Topf geworfen, gibt es kein Entrinnen mehr. Eine wirksame Methode der Gleichschaltung. Diese neuen totalitären Tendenzen und die digitale Hybris brauchen kein Kampfgetöse, sie wirken subtil. Weniger besorgniserregend sind sie trotzdem nicht.

ROBERT JUNGK
bei rowohlt repertoire
neu aufgelegt:

Die Zukunft hat schon
begonnen, 1952

Heller als tausend Sonnen –
Das Schicksal der Atom-
forscher, 1956

Strahlen aus der Asche –
Geschichte einer Wieder-
geburt, 1959

Der Jahrtausendmensch –
Bericht aus den Werkstät-
ten der neuen Gesell-
schaft, 1973

Der Atomstaat –
Vom Fortschritt in die
Unmenschlichkeit, 1977

jungk-bibliothek.org/

Maria Wölflingseder

Robert Jungk – Ururenkel des Ahasver

Robert Jungks 550 Seiten starke, 1993, im Jahr vor seinem Tod erschienene Autobiografie „Trotzdem – Mein Leben für die Zukunft“ gibt nicht nur Auskunft über sein Leben und seine Tätigkeiten, sondern gewährt auch tiefe Einblicke in das 20. Jahrhundert mit all seinen epochalen Katastrophen, aber auch emanzipatorischen Möglichkeiten. Jungk hatte wohl eine besondere Gabe, die Welt, die Menschen, die Lebensumstände sinnlich wie auch analytisch präzise wahrzunehmen. Der erste Teil des Buchs bietet aufschlussreiche Perspektiven und Aspekte über die Zeit vorm Zweiten Weltkrieg. Lebhaft beschreibt er die gesellschaftliche „Hochstimmung“, in der kaum jemand die nationalsozialistische Gefahr ernst genommen hat. Nie war die Theater- und Filmbegeisterung, der Enthusiasmus für die großen Boxkämpfe und die nächtlichen Prämienjagden der Berufsradler des Sechstagerrennens größer als kurz vor der Machtübernahme Hitlers. „Die fanatischen, immer gewaltsameren politischen Auseinandersetzungen wurden im Grunde auch als Drama, als Sensationsfilm, als Sportmatch erlebt.“

Rasender Reporter wie Egon

Schon als Kind packte den kleinen Robert der „Wandertrieb“. Seine „wirkliche Schule“ war „diese aufgeregte, ausgedehnte und unheimliche Großstadt Berlin“. Sie schien ihm „so riesig wie ein ganzes Land, so wechsellvoll wie ein Kontinent“. Ohne Wissen der Eltern „reiste“ er mit der Straßenbahn durch entfernte Berliner Stadtteile. Auf dem zugigen Vorderperron stehend, fuhr er durch Fabrikgelände und Geschäftsstraßen, durch alte und neue Wohnviertel und durch die noch fast ländlichen Gegenden. Zunächst nur als neugieriger Zuschauer, bald aber als eifrig notierender Beobachter. „Denn seit einiger Zeit stand für mich fest, dass ich ‚rasender Reporter‘ werden wollte. Wie ein alter Prager Freund meines Vaters namens Egon Erwin Kisch.“ Er war voller Stolz, diese

Berliner Berühmtheit zu kennen. Wenn die Eltern Egonnek – wie er genannt wurde – etwas Essbares aus der Küche ihrer fleißigen böhmischen Köchin in die nahe gelegene Wohnung überbringen lassen wollten, drängte er sich gerne als Bote auf. „Ich liebte diese halbdunklen Zimmer mit ihren Türmen von Zeitungspapier und war dankbar für die einfache kameradschaftliche Art, in der sich dieser ‚große Mann‘, den ich im Bademantel oder in Hemdsärmeln, telefonierend, diktierend oder einmal auch wütend seine Gefährtin anschreiend kennengelernte, mit einem jungen ‚Lausbuben‘ wie mir von gleich zu gleich unterhielt.“ (S. 29)

Auch Robert Jungk wurde ein passionierter Zeitungsleser. „Zeitungen waren bei uns zu Hause fast so wichtig wie Lebensmittel. Sobald ich lesen konnte, war ich immer der erste, der noch barfuß zur Wohnungstür lief und die beiden Morgenzeitungen, die unter die Tür geschoben worden waren, durchblättert. So konnte ich den Eltern beim Frühstück erzählen, ‚was los war‘. Das hat mir niemand beigebracht. Die Liebe zu den frisch bedruckten Blättern war ganz spontan und wurde bald zur Leidenschaft.“ (S. 36)

Welche Studienrichtung Jungk einschlagen wollte, dessen war er sich nach dem Abitur noch nicht sicher. Er besuchte Philosophie- als auch Geschichte-Vorlesungen. Am liebsten hielt er sich jedoch in der Preußischen Staatsbibliothek auf. Hier fand er „Zugang zu einem unerschöpflichen Reichtum“, den er in den Vorlesungen und Seminaren vermisste. Besonders die Zeitschriften-Lesesäle zogen ihn an – mit den neuesten Periodika aus den verschiedenen Fachgebieten. Bereits als junger Student fragt er sich, „welch einem in seiner Unvollständigkeit unwissenschaftlichen Bild der Wirklichkeit hingen die angeblich so exakten Wissenschaftler an, wenn sie über Einzelkenntnisse die Vielfalt und die großen Zusammenhänge vernachlässigten?“ (S. 81) Die Ablehnung von

Spezialistentum und Expertenherrschaft ist ein wichtiges Merkmal, das Jungk mit seinen Mitstreitern Erwin Chargaff und Ivan Illich teilt.

Robert Jungk berichtet auch über Erfahrungen und Erlebnisse, die seinen Lebensweg bestimmten. Vor allem die erlebte Ohnmacht gegen das Naziregime – Familienangehörige wurden ebenfalls ermordet – war ein lebenslanger Antrieb für sein Wirken. Es gab aber auch eine Erkenntnis, die ihn wie ein Blitz getroffen hat. Im zweiten oder dritten Jahr nach seiner ersten Flucht im März 1933 aus Deutschland traf er im Pariser Flüchtlingsfoyer am Parc de Luxembourg einen Schicksalsgenossen namens Litwin, der behauptete, Ahasver, jene mythische Figur des „ewigen Juden“, sei nicht eine negative, bedauernswerte oder hassenswerte Erscheinung, sondern ein durch Leiden Erfahrener, Berufener, den Unbekümmerten und Ahnungslosen die Augen zu öffnen. „Wir alle hier in diesem Raum sind die Ururenkel des Ahasver“, verkündete der Mann mit dem gewaltigen Haarschopf, der sein ausgemergeltes Gesicht als wirrer Heiligenschein umgab. Zugehört hat ihm selten jemand, wenn er wieder einmal seine Weisheiten von sich gab.

„Das hilflose Erdulden als würdelos entlarven“

Jungk jedoch hat diese Umkehrung des jüdischen Schicksals tief geprägt: „Wir waren nicht mehr nur Opfer eines sinnlosen Schicksals. Es war uns aufgegeben zu warnen, zu beunruhigen, lästig zu fallen. Denn nur der Verstörte wagt zu stören. Das kann eine produktive Störung sein. ... Sie kann Gleichgültigkeit erschüttern, die Resignation, die Bequemlichkeit, das hilflose Erdulden als würdelos entlarven. Wer nicht zu sprechen, nicht aufzustehen, nicht zu widerstehen wagt, den beschämt Ahasver, der sich weiterschleppende Geschundene, durch das Beispiel seines Lebensmuts ...“

Viele Jahrzehnte später war Jungk auch klargeworden, wie entscheidend der Jugendbund, eine Gruppe innerhalb der jüdischen Jugendbewegung, für seinen ganzen weiteren Weg war. Heimabende, Wanderungen, Abenteuerfahrten und vor allem endlose intensive Diskussionen prägten diese wichtige Zeit. „Die Erinnerungen an die kleine, durch persönliche Freundschaften und einen eigenen beispielhaften Lebensstil verbundene Gruppe und die Liebe zur schon damals vom industriellen Aufschwung bedrohten Natur wurden zu Leitsternen meiner Existenz.“

Robert Jungk tauschte sich nicht nur mit unglaublich vielen Menschen aus – bei ungezählten Vorträgen, Diskussionen, Zukunftswerkstätten, Demonstrationen, Buchpräsentationen, bei seinen aufwändigen Recherchen in aller Welt –, sondern er nahm sich auch Zeit, Freundschaften zu pflegen. Nachdem er sich 1970 nach Aufhalten an vielen verschiedenen Orten für den Rest seines Lebens in Salzburg niedergelassen hatte, blieb es nicht aus, dass zwei ähnlich denkende kritische Geister sich über den Weg liefen. Auch mein Vater, der Lehrer und Schriftsteller Kurt Wölflin, zählte zu Jungks Freunden. Zu Ostern 1974 war er das erste Mal bei uns zu Besuch.

Ein Weckruf

Einen besonderen Freund lernte Jungk nach seiner zweiten Flucht aus Deutschland in Prag kennen. Dort verbrachte er ab November 1936 fast eineinhalb Jahre, in denen er mit sehr vielen Menschen in Kontakt kam. Einer, der bis zu seinem Lebensende – unterbrochen nur durch einige Zeit wegen politischer Differenzen – ein vertrauter Gefährte bleiben sollte, war ein junger Maler, der ebenfalls aus Berlin stammte. Dieser konnte nicht begreifen, dass jemand mitten im Flüchtlingselend sich, wie Jungk, immer noch eine gute Zukunft ausmalte. Aber vermutlich war es gerade diese zuversichtliche Geisteshaltung, die ihn anzog. „Wir hatten uns in der Pause eines Bruno-Walter-Konzerts kennengelernt. Ob ich ihn zuerst ansprach oder er mich, haben wir nie geklärt. Im Gedränge gingen wir aufeinander zu, als seien wir verabredet, wechselten ein paar Worte über unsere Eindrücke, und damit begann ein Gespräch, das monatelang kaum mehr abriss ...“ (S. 145) Der neue Freund hieß Peter Weiss, der spätere Autor des dreibändigen Werks „Die Ästhetik des Widerstands“ (1975 bis 1981). In diesem Roman reflektiert er die Debatten und Konflikte innerhalb der kommunistischen und antifaschistischen Bewegung zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft.

„Trotzdem“, dieses Buch von Robert Jungk, ist nicht nur ein persönliches Vermächtnis und eine höchst lebendige Zeitgeschichte, sondern auch ein Weckruf, eine Aufforderung.

Robert Jungk:
Trotzdem – Mein Leben für die Zukunft
(Nur antiquarisch erhältlich.)

IMPRESSUM

ISSN 1813-3312

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER

Kritischer Kreis

Verein für gesellschaftliche Transformationskunde

Margaretenstraße 71-73/1/23, 1050 Wien

E-Mail: redaktion@streifzuege.org

DRUCK

H. Schmitz Druckerei BUTTONS4YOU e.U.

3400 Klosterneuburg

Auflage: 800

COPYLEFT

Alle Artikel der Streifzüge unterliegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei verwendet, kopiert und weiterverbreitet werden unter Angabe von AutorIn, Titel und Quelle des Originals sowie Erhalt des Copylefts.

REDAKTION

Petra Ziegler, Maria Wölflingseder,

Martin Scheuringer, Franz Schandl,

Severin Heilmann, Lorenz Glatz

Covergestaltung und Layout: zetpe

TRANSFORMATIONS RAT

Christoph Adam (Santiago de Compostela),

Dieter Braeg (Salzburg), Dora de la Vega (Cordoba,

Argentinien), Hermann Engster (Göttingen), Lorenz

Glatz jr. (Wien), Marianne Gronemeyer (Friesenheim),

Peter Klein (Nürnberg), Paolo Lago (Verona), Neil

Larsen (Davis, USA), Massimo Maggini (Livorno),

Stefan Meretz (Bonn), Emmerich Nyikos (Mexiko-

City), Ulrich Weiß (Berlin)

KONTO

Kritischer Kreis

IBAN: AT87 6000 0000 9303 8948

BIC: BAWAATWW

OFFENLEGUNG

Der Medieninhaber ist zu 100 Prozent Eigentümer

der Streifzüge und an keinen anderen

Medienunternehmen beteiligt.

Grundlegende Richtung:

Kritik-Perspektive-Transformation

ABONNEMENTS/ABORICHTPREISE

3 Nummern-Abo (1½ Jahre) um 30 €

6-Nummern-Abo (3 Jahre) um 55 €

Sozialabo auf Anfrage.

Mitgliedschaft Trafoclub: 144 €/Jahr

Streifzüge-TRANSPONSORING

Eins überweise etwa 10 € im Monat, 25 € im

Vierteljahr, 40 € im Jahr oder irgendeinen anderen

Betrag, den eins sich leisten kann und will.

Infos, Bestellung, Anmeldung unter:

www.streifzuege.org/trans-trafo-abo

Probenummer gratis

G.M. Tamás (1948-2023)

Der ungarische Philosoph und Publizist Gáspár Miklós Tamás ist am 15. Jänner im Alter von 74 Jahren verstorben. 1948 in Kolozsvár/Cluj, geboren, musste er 1978 Rumänien verlassen und lebte fortan in Budapest. 1989 war der Dissident Tamás eine der führenden Gestalten der Wende in Ungarn, nach der Umwälzung saß er einige Jahre als Abgeordneter im ungarischen Parlament. Bis 1995 war er außerdem Direktor des Instituts für Philosophie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Damals ein Liberaler, wandte sich Tamás später wieder dem Kommunismus zu. Als einer der prominentesten Intellektuellen Ungarns, stand er in unterschiedener Opposition zum Regime Viktor Orbáns.

Tamás war auch sehr interessiert an der Wertkritik und hatte seit fast 15 Jahren enge Verbindungen zu den Streifzügen. Einige Artikel aus seiner Feder (meist in Englisch – ein ganz vorzügliches Englisch!) sind auf unserer Homepage nachzulesen. Publikationen in den *Streifzügen* scheiterten leider meistens an unseren Übersetzungskapazitäten. Sein von Gerald Wallner herausgegebener Band „Kommunismus nach 1989“, erschien 2015 im Wiener Mandelbaum Verlag. In einem Nachruf seiner Tochter, der englischen Dichterin Rebecca Tamás heißt es: „I’m proud to have been his daughter, and I feel confident his activism and his philosophy will have a real legacy. If you have time today, read some of his work to remember him.“

Mit Gazsi verband mich eine jahrelange Freundschaft. Kennengelernt haben wir uns 2008 bei einer Veranstaltung zu Ehren von André Gorz im Französischen Kulturinstitut in der Währinger Straße. Seither ist der Kontakt nie abgerissen. Fast immer, wenn er in Wien gewesen ist, haben wir uns getroffen. 2017 erhielt er etwa für einige Monate ein Stipendium, um eine Studie über die Oktoberrevolution zu erstellen. Gazsi war vor allem auch ein ausgesprochen herzlicher Mensch. Mit einer großen Portion Melancholie. Ich sehe ihn noch in meiner Küche sitzen, Zigarre rauchend und Whisky trinkend. Und ich höre ihn reden und ich sehe ihn lachen. Er hatte eine ganz ungemaine Art zu lachen.

Franz Schandl

Alle schwer auf Arbeit

Petra Ziegler

Höchststand! Wir haben Rekordbeschäftigung im Land. Allerorts wird wie wild gebaut, wacker gerackert, fleißig produziert und ordentlich was geleistet. Harte Arbeit verspricht uns die Regierung, jetzt aber wirklich, und die Opposition stellt noch mehr davon in Aussicht. Sie legen sich ins Zeug für uns. Es geht schließlich um – alles. Um ehrliche Arbeit, die belohnt werden muss, egal was da jeweils produziert wird, welcher Schrott die Müllkippen dieser Welt füllt und was an Unmengen Emissionen dabei freigesetzt werden. Arbeit als ewige Notwendigkeit und Lebenssinn, ein jeder Job besser als keiner!

Beinahe alle sind drauf, chronisch: „Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht.“ (Paul Lafargue, Das Recht auf Faulheit)

Dem Arbeitsminister reicht all das nicht. Teilzeitjunkies sind ihm ein Dorn im Auge. „Wenn Menschen freiwillig weniger arbeiten, dann gibt es weniger Grund, Sozialleistungen zu zahlen“, will der Minister gegensteuern. Freilich wird sogleich zur Verteidigung der Angegriffenen ausgeritten. Sie würden ja nur zu gerne ins Lager der Vollzeitbeschäftigten wechseln, könnten sie nur etwaige Sorgeverpflichtungen besser delegieren. Nun sei hier keinesfalls gegen kompetente Unterstützung auf diesen Gebieten argumentiert, allein dem unterstellten, quasi natürlichen Drang zum Arbeitsmarkt möchten diese Zeilen widersprechen. Sie sind eindeutig als Aufruf zu lesen, sein Leben und Denken gerade nicht am Dienst der kapitalistischen Selbstzweckbewegung auszurichten.

Arbeit ist vermarktbar Tätigkeit. Was im Kapitalismus zählt, lässt sich in mehr Geld verwandeln, was bloß gebraucht wird, zählt nicht. Dabei spielt es keine Rolle, was getan wird, es geht alleine um die unendliche Vermehrung von Geld um seiner selbst willen. Staat und Kapital hängen an der Arbeit. Wir alle hängen an der Arbeit, solange unser materielles Leben und Überleben an das gekoppelt bleibt, was bei der Mehrung des Geldes für uns abfällt. Unmengen an Zeit und Energie werden verschwendet, um das marode Werkel irgendwie am Laufen zu halten.

Arbeit ist das zentrale Zwangs- und Vermittlungsprinzip unserer Gesellschaft, gleichzeitig reproduzieren wir vermittels Arbeit gesellschaftlichen Ausschluss, weil sich die Arbeit vieler schlicht nicht (mehr) verwerten lässt.

Längst sollten im Interesse von Umwelt, physischer wie psychischer Gesundheit und nicht zuletzt einer lebenswerten Zukunft auf diesem Planeten, alle alimentiert werden, die sich dem entziehen, wo und wann immer möglich. Es soll ja auch für nicht bestellte Felder Ausgleichszahlungen geben oder dafür, gefundenes Öl oder Gas eben nicht aus der Erde zu holen. Nichts Neues im Prinzip. Und auch nur als erster Schritt, solange die Mehrheit partout an der bestehenden Produktionsweise und ihren arbeitsgesellschaftlichen Verücktheiten festhalten will.

Hoffen wir auf „die Müßiggänger“, auf alle, die vom guten Leben träumen. Schließen wir uns zusammen. Vielleicht macht uns die Muße kreativ, jedenfalls produziert sie weniger Dreck. Sammeln wir unsere Kräfte, um all den Schrott zu entsorgen, einander zu umsorgen, die Schäden zu reparieren und die Verletzungen zu lindern. Wir haben allemal Besseres zu tun als zu arbeiten.